

OGPP

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Armut in der Europäischen Union – Länder, Regionen, Städte

Mag.^a Susanne Halmer, BA

Wien, Oktober 2015

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	1
TEIL 1: EINFÜHRUNG – ARMUT IN DER EUROPÄISCHEN UNION – DEFINITIONEN UND DATENLAGE	3
1. Definition von Armut	3
2. Begriffe der Armutsforschung	3
3. Armutsgefährdete Gruppe	6
4. Folgen von Armut	6
5. Armutsbekämpfung in der EU	8
5.1. Lissabon-Strategie 2000	8
5.2. 2010 Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung	8
5.3. Strategie Europa 2020	9
5.3.1. Strategie Europa 2020 – Aktionsplan Österreich	11
6. Datenlage	14
6.1. Armut in den EU-Staaten	14
6.2. Armut in den EU-Regionen	15
6.3. Armut in den europäischen Städten	15
TEIL 2: ARMUT IN DEN EU-STAAATEN	17
1. Armutsgefährdungsschwellen	17
2. Armutsgefährdung	18
2.1. Armutsgefährdungsquoten	18
2.2. Anzahl der Armutsgefährdeten	19
2.3. Armutsgefährdung im Zeitverlauf	20
2.4. Armutsgefährdung vor Sozialleistungen	21
2.5. Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten	23
3. Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung	27
4. Armut und Arbeit	29
4.1. Armutsgefährdung von Erwerbstätigen	29
4.1.1. Erwerbstätigenquote	29
4.1.2. Armutsgefährdung	33
4.2. Armutsgefährdung von Vollzeitbeschäftigten	34
4.3. Armutsgefährdung von Teilzeitbeschäftigten	35
4.3.1. Gründe für Teilzeitarbeit	35
4.3.2. Teilzeitquote	37
4.3.3. Armutsgefährdung	40
4.4. Armutsgefährdung von arbeitslosen Personen	42
4.4.1. Arbeitslosenquote	42
4.4.2. Armutsgefährdung	43
5. Armut und Bildung	45

5.1.	Bildungsstand	45
5.2.	Armutsgefährdung nach Bildungsstand	47
6.	Armut und Familie	49
6.1.	Armutsgefährdung von AlleinerzieherInnen-Haushalten	49
6.2.	Armutsgefährdung von Eltern mit drei oder mehr Kindern	51
7.	Armut von Kinder und Jugendlichen	52
8.	Armut und Alter	55
8.1.	Armutsgefährdung von Personen über 65 Jahre	55
8.2.	Armutsgefährdung einer alleinlebenden Person über 65 Jahre	59
TEIL 3: ARMUT IN DEN EU-REGIONEN		61
1.	Definition NUTS-2-Region	61
2.	Arbeitsmarktdaten und Armutsgefährdung	63
2.1.	Erwerbstätigenquote	70
2.2.	Arbeitslosenquote	71
2.3.	Armutsgefährdung	72
TEIL 4: ARMUT IN DEN EUROPÄISCHEN STÄDTEN		75
1.	Armutsgefährdung nach Verstärterungsgrad	75
2.	Armutsgefährdung in ausgewählten Städten	77
ZUSAMMENFASSUNG		79
ANHANG		84
QUELLENVERZEICHNIS		93

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Armutsgefährdungsschwellen: Einzelpersonen und zwei Erwachsene und zwei Kinder, EU-Staaten, 2013	18
Abbildung 2: Armutsgefährdung: EU-Staaten, 2013	19
Abbildung 3: Anzahl der armutsgefährdeten Personen: EU-Staaten, 2013	20
Abbildung 4: Armutsgefährdung: EU-Staaten, Zeitverlauf (2003–2013)	21
Abbildung 5: Armutsgefährdung: vor und nach Sozialleistungen, EU-Staaten, 2013	23
Abbildung 6: Armutsgefährdung: Einpersonenhaushalt, EU-Staaten, 2013	25
Abbildung 7: Armutsgefährdung: Einpersonenhaushalt Männer, EU-Staaten, 2013	26
Abbildung 8: Armutsgefährdung: Einpersonenhaushalt Frauen, EU-Staaten, 2013	27
Abbildung 9: Armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Personen: EU-Staaten, 2013	28
Abbildung 10: Erwerbstätigenquoten: EU-Staaten, 2013	30
Abbildung 11: Erwerbstätigenquoten: Männer, EU-Staaten, 2013	31
Abbildung 12: Erwerbstätigenquoten: Frauen, EU-Staaten, 2013	32
Abbildung 13: Armutsgefährdung: Erwerbstätige, EU-Staaten, 2013	34
Abbildung 14: Armutsgefährdung: Vollzeitbeschäftigte, EU-Staaten, 2013	35
Abbildung 15: Teilzeitquote: EU-Staaten, 2013	38
Abbildung 16: Teilzeitquote: Männer, EU-Staaten, 2013	39
Abbildung 17: Teilzeitquote: Frauen, EU-Staaten, 2013	40
Abbildung 18: Armutsgefährdung: Teilzeitbeschäftigte, EU-Staaten, 2013	41
Abbildung 19: Arbeitslosenquote: EU-Staaten, 2013	43
Abbildung 20: Armutsgefährdung: Arbeitslose, EU-Staaten, 2013	44
Abbildung 21: Armutsgefährdung: AlleinerzieherInnen, EU-Staaten, 2013	50
Abbildung 22: Armutsgefährdung: Eltern mit drei oder mehr Kindern, EU-Staaten, 2013	51
Abbildung 23: Armutsgefährdung: Kinder und Jugendliche (weniger als 18 Jahre), EU-Staaten, 2013	53
Abbildung 24: Armutsgefährdung: ältere Personen (über 65 Jahre), EU-Staaten, 2013	56
Abbildung 25: Armutsgefährdung: ältere Männer, EU-Staaten, 2013	57
Abbildung 26: Armutsgefährdung: ältere Frauen, EU-Staaten, 2013	58
Abbildung 27: Armutsgefährdung: alleinlebende ältere Person (über 65 Jahre), EU-Staaten, 2013	59
Abbildung 28: NUTS-Ebenen	61
Abbildung 29: NUTS-2-Regionen	62
Abbildung 30: höchste Erwerbstätigkeit: NUTS-2-Regionen, 2013	70
Abbildung 31: niedrigste Erwerbstätigkeit: NUTS-2-Regionen, 2013	71
Abbildung 32: höchste Arbeitslosigkeit: NUTS-2-Regionen, 2013	71
Abbildung 33: niedrigsten Arbeitslosigkeit: NUTS-2-Regionen, 2013	72
Abbildung 34: höchsten Armutsgefährdung: NUTS-2-Regionen, 2013	72
Abbildung 35: niedrigsten Armutsgefährdung: NUTS-2-Regionen, 2013	73
Abbildung 36: Armutsgefährdung: gering besiedeltes Gebiet, 2013	76
Abbildung 37: Armutsgefährdung: dicht besiedeltes Gebiet, 2013	77

Abbildung Anhang 1: Arbeitslosenquote: Männer, EU-Staaten, 2013	87
Abbildung Anhang 2: Arbeitslosenquote: Frauen, EU-Staaten, 2013	88
Abbildung Anhang 3: Langzeitarbeitslosenquote: EU-Staaten, 2013	89
Abbildung Anhang 4: Langzeitarbeitslosenquote: Männer, EU-Staaten, 2013	90
Abbildung Anhang 5: Langzeitarbeitslosenquote: Frauen, EU-Staaten, 2013	91
Abbildung Anhang 6: Langzeitarbeitslosigkeit: Anteil an Arbeitslosigkeit, EU-Staaten, 2013	92

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Armutslagen	5
Tabelle 2: Ziele der Strategie Europa 2020	12
Tabelle 3: Gründe für Teilzeitbeschäftigung: EU-Staaten, 2013	36
Tabelle 4: ISCED 1997-Ebenen	45
Tabelle 5: Zuordnung der österreichischen Bildungsgänge zu den ISCED 1997-Ebenen	45
Tabelle 6: Personen nach Bildungsgrad: EU-Staaten	46
Tabelle 7: Armutsgefährdung: nach Bildungsstufen, EU-Staaten, 2013	48
Tabelle 8: Armutsgefährdung: Kinder und Jugendliche nach dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern, EU-Staaten, 2013	55
Tabelle 9: Armutsgefährdung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit: NUTS-2-Regionen, 2011–2013	70
Tabelle 10: Armutsgefährdung: ausgewählte europäische Städte 2010–2013	78
Tabelle 11: Übersicht Armutsgefährdungsquoten: EU-Staaten, 2013	79
Tabelle Anhang 1: Nationale Ziele der Strategie Europa 2020	85
Tabelle Anhang 2: Gründe für Teilzeitbeschäftigung: nach Geschlecht, EU-Staaten, 2013	86

EINLEITUNG

Die Verringerung von sozialer Ausgrenzung und Armut ist ein von der Europäischen Union ausdrücklich formuliertes Ziel. Denn seit Jahren ist die Armutsgefährdung hoch. An Brisanz gewonnen hat das Problem durch die seit Jahren andauernde Wirtschaftskrise.

Armut findet sich nicht nur, wie man vermuten könnte, in den Schwellenländern. Auch in Staaten mit wohlfahrtsstaatlicher Tradition und wirtschaftlich etablierten Ländern ist Armut ein zunehmendes Problem. Hinzu kommt, dass die Ungleichheit der Vermögensverteilung wächst. Es befindet sich immer mehr Geldvermögen bei den Reichsten, während immer mehr Menschen Wohlstandsverluste spüren und die Armut wächst. Damit wächst auch der Unmut in der Bevölkerung und der Zulauf zu (rechts)populistischen Parteien.

Die Armut ist in Europa ungleich verteilt. Krisenländer wie Griechenland, Spanien und Portugal und auch die osteuropäischen Staaten weisen nach wie vor eine überdurchschnittliche Armutsgefährdung auf. Und auch auf regionaler Ebene innerhalb der Länder der EU gibt es starke Ungleichheiten.

Die Europäische Union hat sich die Armutsbekämpfung in der „Strategie 2020“ vorgenommen, spürbare Erfolge gibt es allerdings noch nicht. Der vorliegende Bericht soll die Diskussion über die Armutsentwicklung und vor allem –bekämpfung auch in Österreich vorantreiben.



TEIL 1: EINFÜHRUNG – ARMUT IN DER EUROPÄISCHEN UNION – DEFINITIONEN UND DATENLAGE

1. Definition von Armut

Armut ist ein mehrdimensionales Phänomen. Armut bezieht sich neben der materiellen Komponente auch auf die soziale und kulturelle Teilhabe am Leben: *„Personen, Familien und Gruppen sind arm, wenn sie über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in ihrer Gesellschaft als Minimum annehmbar ist“*, definiert die EU-Kommission.¹

Armut mehr mehrdimensionales Phänomen

Dennoch wird bei der Messung von Armut nach wie vor auf eine einkommensorientierte Definition zurückgegriffen. Diese ermöglicht internationale Vergleiche mit erprobten Messinstrumenten. Solche stehen für die Messung der sozialen und kulturellen Teilhabe dagegen (noch) nicht zur Verfügung.

monetäre Definition

Von Armutsgefährdung wird gesprochen, wenn das Haushaltseinkommen geringer ist als 60 Prozent des nationalen Nettomedianeinkommens. Die Berechnung dieser Armutsschwelle erfolgt im Sinne einer besseren Vergleichbarkeit nicht für Einzelpersonen, sondern für unterschiedliche Haushaltstypen. Das ermöglicht einen Vergleich verschiedener Haushaltszusammensetzungen sowie einen internationalen Vergleich, da länderspezifisch unterschiedliche Einkommenshöhen und Lebenshaltungskosten neutralisiert werden.

60% des Medianeinkommens

2. Begriffe der Armutsforschung

Armutsgefährdungsschwelle

Die Armutsgefährdungsschwelle gibt jenen Betrag an, der abhängig von der Haushaltszusammensetzung, 60 Prozent des nationalen äquivalisierten Haushalts-Medianeinkommens unterschreitet. *„Zur Berechnung des Haushaltseinkommens wird die Summe aller Erwerbseinkommen im Haushalt zuzüglich Kapitalerträge und Pensionen sowie allfälliger Sozialtransfers gebildet. Nach Abzug von Steuern errechnet sich das Haushaltseinkommen. Das verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich dann nach Abzug und Hinzurechnung von Unterhaltsleistungen und sonstigen Privattransfers zwischen den Haushalten.“*² Durch die Berechnung der Schwellenwerte auf Haushalts- und nicht auf Personenebene können für verschiedene Haushaltszusammensetzungen entsprechende Werte berechnet und auch miteinander verglichen werden. *„Die Anpassung für Mehrpersonenhaushalte erfolgt mittels Gewichtung anhand der*

Schwellenwerte für unterschiedliche Haushaltstypen

¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985–1989: 4

² BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 32

*international etablierten EU-Skala.*³ Der erste Erwachsene im Haushalt geht mit einer Gewichtung von 1 in die Berechnung ein, jeder weitere Erwachsene wird mit 0,5 und jedes Kind mit 0,3 gewichtet.⁴

Armutgefährdung

Die Armutsgefährdungsquote gibt, gemessen an der Gesamtbevölkerung, den Anteil jener Personen an, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen weniger als 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens ausmacht, und die demnach als armutsgefährdet gelten.

Finanzielle Deprivation

Von finanzieller Deprivation wird gesprochen, wenn mindestens zwei der folgenden sieben Merkmale gleichzeitig auftreten. Die Betroffenen können es sich nicht leisten

Finanzielle Deprivation: hohe Belastung durch Lebenshaltungskosten

- ihre Wohnung angemessen warm zu halten
- unerwartete Ausgaben wie Reparaturen zu tätigen
- abgetragene Kleidung zu ersetzen
- regelmäßige Zahlungen (wie Miete oder Betriebskosten) zeitgerecht zu begleichen
- notwendige Arztbesuche in Anspruch zu nehmen
- jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen
- einmal im Monat jemanden zum Essen einzuladen.

Finanzielle Deprivation bedeutet nicht automatisch ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle zu haben, aber beispielsweise eine hohe Belastung durch Lebenshaltungskosten.⁵

Armutslagen

Die Armutsgefährdungsschwellen bewerten die Lebensumstände von Personen und Haushalten anhand ihrer monetären Ressourcen, geben jedoch keinen Aufschluss über die tatsächlichen Lebensumstände der Menschen, da die individuellen Lebenslagen und Kostenstrukturen stark differieren. Um aber die Kostenstruktur und soziale Teilhabe einzubeziehen, wird eine Unterteilung in vier Armutslagen vorgenommen.

4 Armutslagen

Als armutsgefährdet gelten Personen und Haushalte, wenn ein Einkommensmangel vorliegt. Das bedeutet ein Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgefährdungs-

³ BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2009: 45

⁴ vgl. Statistik Austria: Tabellenband EU-SILC 2013: 10

⁵ vgl. Statistik Austria: Tabellenband EU-SILC 2013: 17

schwelle, jedoch ohne das Vorliegen von finanzieller Deprivation, weil also finanzielle Lasten gering sind. Tritt zusätzlich zum Einkommensmangel noch finanzielle Deprivation auf, dann spricht man von manifester Armut.

armuts- gefährdet	Einkommensmangel	Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle keine finanzielle Deprivation
	manifeste Armut	Einkommensmangel finanzielle Deprivation
nicht armuts- gefährdet	Teilhabemangel	kein Einkommensmangel finanzielle Deprivation
	kein Mangel	kein Einkommensmangel keine finanzielle Deprivation

Tabelle 1: Armutslagen

Als nicht armutsgefährdet gelten Personen, die einen Teilhabemangel aufweisen, also keinen Einkommensmangel haben, aber finanziell depriviert sind. Ein Teilhabemangel liegt also vor, wenn das Haushaltseinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle liegt, das Geld jedoch nicht ausreicht, um zentrale Bedürfnisse zu decken.

Ausgrenzungsgefährdung

Der Begriff der Ausgrenzungsgefährdung entstand in Zusammenhang mit der Europa 2020-Strategie. Das damit verbundene Ziel war, die für die Sozialagenda relevante Bevölkerungsgruppe breiter zu fassen und den monetären Ansatz um die individuelle Lebenslage und die Erwerbsbeteiligung zu erweitern. Demnach wird von Ausgrenzungsgefährdung gesprochen, wenn mindestens eines folgender drei Kriterien zutrifft:

- Armutsgefährdung
- Materielle Deprivation
- Geringe Erwerbsintensität⁶

Treten mehrere Indikatoren gleichzeitig auf, so ist das „als höhere Intensität der Armutsbetroffenheit zu werten“⁷

*Ausgrenzungs-
gefährdung:
Armutgefähr-
dung, materielle
Deprivation,
geringe Erwerbsin-
tensität*

Materielle Deprivation

Von materieller Deprivation wird gesprochen, wenn mindestens drei der folgenden neun Merkmale gleichzeitig auftreten. Wenn vier der neun Merkmale gleichzeitig auftreten, dann wird von einer erheblichen materiellen Deprivation ausgegangen. Die Betroffenen können es sich nicht leisten

*Materielle
Deprivation:
Massive Einschrän-
kungen bei Ausga-
ben*

⁶ „Personen, die jünger sind als 60 Jahre und in einem Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität leben. Dazu zählen Haushalte, in denen Personen im Erwerbsalter (hier: 18- bis 59-jährige Personen, ausgenommen Studierende) nicht oder nur in geringem Ausmaß erwerbstätig sind. Als geringes Maß wird eine Erwerbstätigkeit von weniger als 20% des Erwerbspotentials im Laufe eines Jahre gewertet.“ (BMAK: Sozialbericht 2013-2014: 340)

⁷ BMAK: Sozialbericht 2013-2014: 342

- ihre Wohnung angemessen warm zu halten
- jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen
- unerwartete Ausgaben zu tätigen
- sie haben Zahlungsrückstände bei regelmäßigen Zahlungen (Miete, Betriebskosten, Kredit)
- Urlaub einmal pro Jahr
- einen PKW
- eine Waschmaschine
- einen Farbfernseher
- Telefon oder Handy.⁸

3. Armutsgefährdete Gruppe

Es gibt Gruppen in der Bevölkerung, die ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko aufweisen. Dieser Trend zeigt sich in allen europäischen Staaten, wenn auch jeweils in unterschiedlichem Ausmaß.

Haushalte mit vielen Kindern

Kinder erhöhen die Armutsgefährdung nicht unbedingt, aber in AlleinerzieherInnenhaushalten und Familien mit drei oder mehr Kindern führen sie neben einem erhöhten

AlleinerzieherInnen

Kostenfaktor häufig zu verminderter Erwerbstätigkeit. Dies erhöht das Armutsrisiko drastisch.

niedriger

Bildungsabschluss

Menschen mit einem formal niedrigen Bildungsabschluss sind aufgrund ihrer Erwerbs- und Verdienstchancen weit häufiger armutsgefährdet als der Durchschnitt.

MigrantInnen

Ebenso MigrantInnen.

Alleinstehende

Ältere Personen, insbesondere alleinstehende Frauen, und Menschen mit Behinderung, die zu einem Großteil auf Sozialleistungen angewiesen sind, die für das Leben oft nicht ausreichen, weisen ebenfalls ein erhöhtes Armutsrisiko auf.

4. Folgen von Armut

Armut bedeutet nicht ausschließlich der eingeschränkte Erwerb und Besitz von materiellen Gütern. Die finanziellen Verhältnisse haben auch unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensumstände der Menschen. So leiden Armutsgefährdete häufiger unter problematischen Wohnverhältnissen, einem schlechteren Gesundheitszustand und verringerter sozialer Teilhabe an der Gesellschaft. Außerdem haben Kinder in armutsgefährdeten Haushalten eingeschränkte Verwirklichungschancen und finden sich später häufiger in einer Armutslage wieder als Kinder in nicht armutsgefährdeten Haushalten.

⁸ vgl. BMASK: Sozialbericht 2013–2014: 340

Die Qualität der Wohnung und Wohnumgebung ist unmittelbar an finanzielle Ressourcen gebunden. Armutsgefährdete leiden deutlich häufiger an beengten Wohnverhältnissen, Schimmel oder Feuchtigkeit im Wohnbereich, dunklen Räumen, Lärm und erhöhter Kriminalität in der Wohnumgebung.

*schlechtere
Wohnverhältnisse*

Armut hat eine unmittelbare Auswirkung auf die Gesundheit der Betroffenen. Zahlreiche Studien, die ihrer Untersuchung unterschiedliche Modelle zugrunde legen, kommen zu demselben Schluss und zeigen *„Zusammenhänge zwischen belasteten Lebensbedingungen und dem Gesundheitszustand durch niedrige Einkommen und schlechte Bildungszugänge.“*⁹ Je ärmer, desto höher ist die Gefahr, schwer zu erkranken oder frühzeitig zu sterben. Das Risiko für Infektionen, Diabetes, Schlaganfall und Herzinfarkte steigt. Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten leiden häufiger an Sehstörungen, Adipositas sowie emotionalen und sozialen Störungen. In den Wohlfahrtsstaaten konnten durch die modernen Sozialsysteme einige der sozialen Ungleichheiten ausgeglichen werden. Gesundheitliche Ungleichheiten bestehen aber nach wie vor, *„auch in Gesellschaften mit vergleichsweise hohem Lebensstandard und günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einem für alle Bevölkerungsgruppen gleichen Zugang zu Gesundheitsleistungen.“*¹⁰

*schlechtere
Gesundheit*

Soziale und kulturelle Teilhabe meint den Kontakt einer Person zu Verwandten, Freunden und der Nachbarschaft, den Organisationsgrad in Vereinen, Verbänden oder politischen Organisationen sowie die Freizeitaktivitäten. Armutsgefährdete Menschen leiden oft an einer eingeschränkten Teilhabe, die die Lebensqualität deutlich reduziert. Die Integration in soziale Netzwerke ist eine wichtige Komponente für das Selbstwertgefühl eines Menschen und ermöglicht darüber hinaus Unterstützung und erleichterten Zugang zu unterschiedlichsten Ressourcen. Bei armutsgefährdeten Menschen führt die prekäre Lebenssituation oftmals auch zur Überforderung des noch vorhandenen sozialen Netzwerkes und isoliert die betroffene Person zusätzlich. Die eingeschränkten Freizeitmöglichkeiten erschweren den einkommensarmen und/oder deprivierten Personen das Ausleben ihrer Interessen, die Horizont- und Wissenserweiterung und das Kennenlernen von anderen Menschen.

*geringere soziale
und kulturelle
Teilhabe*

Zu den Folgen von Armut gehört auch, dass diese vererbt wird. Der enge Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem zukünftigen sozialen Status ihrer Kinder wurde mittlerweile vielfach wissenschaftlich belegt. Kinder, die in armutsgefährdeten Haushalten aufwachsen, haben schlechtere Bildungschancen, in späterer Folge ein geringeres Einkommen und sind als Erwachsene häufiger von Armut betroffen als Kinder aus nicht armutsgefährdeten Haushalten.

*Vererbung von
Armut*

⁹ Altgeld

¹⁰ Dimmel, Heitzmann, Schenk: 181

5. Armutsbekämpfung in der EU

1975:
erstes EU-
Programm zur
Bekämpfung von
Armut

Den ersten Schritt in der Geschichte der europäischen Armutsbekämpfung setzte die EU-Kommission bereits im Jahr 1975 mit dem „Ersten Europäischen Programm zur Armutsbekämpfung“. Dies geschah zu einer Zeit als die nationalen Regierungen das Problem der Armut noch wenig beachteten. Die Kommission setzte mit zwei weiteren Programmen (1986–1989, 1990–1994) nach. Aber erst seit der Jahrtausendwende erfährt die EU-Armutsbekämpfungspolitik größere Beachtung.

5.1. Lissabon-Strategie 2000

2000:
Lissabon-Strategie

Die Lissabon-Strategie ist ein Programm, das von den europäischen Staats- und Regierungschefs im März 2000 verabschiedet wurde. Das primäre Ziel war, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 *„zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“*¹¹

EU koordiniert
nationaler Maß-
nahmen

Gleichzeitig bedeutete die Lissabon-Strategie einen Wendepunkt in der Armutspolitik der Europäischen Union. Der Rat hielt fest: *„Die Zahl der Menschen, die in der Union unterhalb der Armutsgrenze und in sozialer Ausgrenzung leben, kann nicht hingenommen werden. Es muß etwas unternommen werden, um die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen [...]“*¹² Stand bis dahin die Vereinheitlichung der Datenbasis für vergleichende Analysen im Vordergrund, wurde nun versucht, *„nationale Maßnahmen gegen Armut zu koordinieren und der Armut vor allem aktiv entgegenzutreten.“*¹³

Eine Wandlung erfuhr auch der Begriff der Armut selbst. Der rein monetäre Ansatz wurde um die *„komplexen und vielschichtigen Formen“*¹⁴ des Phänomens der Armut erweitert.

5.2. 2010 Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Die Situation der von Armut betroffenen Menschen hatte sich trotz der unternommenen Anstrengungen auch zehn Jahre nach der Lissabon-Strategie kaum verändert. *„Diese Situation steht im Widerspruch zu den der Europäischen Union gemeinsamen*

¹¹ Europäischer Rat 23. und 24. März 2000, Lissabon. Schlussfolgerungen des Vorsitzes

¹² Europäischer Rat 23. und 24. März 2000, Lissabon. Schlussfolgerungen des Vorsitzes

¹³ Armutskonferenz: Die EU im Lichte von Armut und Sozialer Ausgrenzung

¹⁴ Rat der Europäischen Union. 14110/00/SOC 470

Werten der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit.“, stellte die EU-Kommission 2010 selbst fest.¹⁵ Deshalb wurde das Jahr 2010 zum europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt. In der Begründung hieß es: „Armut und Ausgrenzung beeinträchtigen nicht nur das Wohlergehen dieser Menschen und ihrer Fähigkeit zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Schaden nimmt auch die wirtschaftliche Entwicklung. Die Union will ein weiteres Mal die Bedeutung der kollektiven Verantwortung im Kampf gegen die Armut hervorheben, was nicht nur Entscheidungsträger, sondern alle Beteiligten aus dem öffentlichen und privaten Bereich in die Pflicht nimmt. Das Europäische Jahr soll vor allem diejenigen zu Wort kommen lassen, die Armut und soziale Ausgrenzung am eigenen Leib erfahren.“¹⁶

*2010:
Europäisches Jahr
zu Bekämpfung
von Armut*

Die Zielsetzungen der Initiative waren:¹⁷

- Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für die Situation der von Armut betroffenen Menschen
- den Anliegen der armutsgefährdeten Menschen Gehör verschaffen
- Sensibilisierung der europäischen BürgerInnen sowie anderer AkteurInnen und InteressensträgerInnen für die Armutsproblematik
- Bekämpfung von Stereotypen und Hinterfragung der kollektiven Wahrnehmungen von Armut
- Neuer Schwung für das politische Engagement der EU und der Mitgliedstaaten im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

*Ziel: Bewusstsein
schaffen*

5.3. Strategie Europa 2020

Die Strategie Europa 2020 ist die Nachfolgerin der Lissabon Strategie. Sie wurde im Juni 2010 auf Vorschlag der Kommission vom Europäischen Rat verabschiedet. Mit dieser Strategie hat die EU einen Plan „für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum für die nächsten zehn Jahre“¹⁸ mit fünf Kernzielen formuliert. Die Armutsbekämpfung ist dabei eines der fünf Kernziele der EU:¹⁹

*Strategie Europa
2020*

1. Beschäftigung: Beschäftigungsquote der 20- bis 64-jährigen von 75 Prozent erreichen
2. Forschung, Entwicklung und Innovation: 3 Prozent des BIP der EU sollen für Forschung, Entwicklung und Innovation aufgewendet werden
3. Wandel und Energie: Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie, Steigerung der Energieeffizienz und Verringerung der Treibhausgasemission gegenüber 1990 um jeweils 20 Prozent

¹⁵ Europäische Kommission: Factsheet: 2010

¹⁶ Europäische Kommission: Factsheet: 2010

¹⁷ vgl. Europäische Kommission: Über das europäische Jahr

¹⁸ Europäische Kommission: Armut und soziale Ausgrenzung

¹⁹ vgl. Europäische Kommission: Europa-2020-Ziele

4. Bildung: Verringerung der SchulabbrecherInnenquote auf unter 10 Prozent und Steigerung des Anteils der 30- bis 34-jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40 Prozent
5. Armut und soziale Ausgrenzung: Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden.

Kampf gegen Armut

Als Teil des integrativen Wachstums hat die Kommission mit der Strategie Europa 2020 „den Kampf gegen Armut ins Zentrum ihrer Wirtschafts- Beschäftigungs- und Sozialagenda gerückt.“²⁰ Die Mehrdimensionalität von Armut erfordert aber Lösungsansätze „die alle Politikbereiche erfassen, sodass der Kampf gegen Armut bei der Ausarbeitung jeder politischen Strategie berücksichtigt werden muss.“²¹ In Bezug auf „Europa 2020“ „werden wirksame Synergien mit anderen Leitinitiativen“ eine entscheidende Rolle spielen, damit die angestrebten Ziele erreicht werden können. Fünf Schlüsselmaßnahmen²², die von der Europäischen Kommission formuliert wurden, sollen helfen das angestrebte Ziel einer Senkung der Armutsgefährdeten in der EU um 20 Mio. Menschen zu erreichen:

*Ziel:
20 Mio. Menschen aus Armut befreien*

Maßnahmenpaket

1. Maßnahmen für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in allen Politikbereichen. Zu den politikbereichübergreifenden Maßnahmen zählen unter anderem: Zugang zur Beschäftigung (Beschäftigungsquote von 75 Prozent in Europa; neue Wege zur Beschäftigung, aktive Eingliederung arbeitsmarktfernster Personen), Sozialschutz und Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen (Angemessenheit und Nachhaltigkeit der Pensions- und Rentensysteme, Effizienz der Gesundheitssysteme und Zugang aller Menschen zu hochwertiger Gesundheitsversorgung), Bildungs- und Jugendpolitik (*qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung und Betreuung*, integrativere Bildungssysteme, Senkung der SchulabbrecherInnenquote auf unter 10 Prozent), Migration sowie die Integration von Migrantinnen und Migranten, Soziale Eingliederung und Antidiskriminierungspolitik (Gleichstellung von Frauen und Männern, Antidiskriminierung von Menschen mit Behinderung, mit psychischen Gesundheitsproblemen, von ethnischen Minderheiten sowie Gewährleistung einer leistbaren Unterkunft).
2. EU-Mittel im Dienst der Ziele für sie soziale Eingliederung und den sozialen Zusammenhalt: 20 Prozent des Sozialfonds sollen für die Armutsbekämpfung verwendet werden.

²⁰ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: 1

²¹ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: 6

²² vgl. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: 7ff; Europäische Kommission: Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung

3. Entwicklung eines evidenzbasierten Ansatzes für soziale Innovationen und Reformen: Die Verbesserung der Faktenlage soll die Wirksamkeit von Maßnahmen überprüfen.
4. Förderung eines partnerschaftlichen Ansatzes und der Sozialwirtschaft: Armutsgefährdete Menschen sollen an der Umsetzung der Eingliederungspolitik teilhaben.
5. Intensivierung der strategischen Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten.

Die EU sieht sich bei der Armutsbekämpfung in erster Linie durch das Erstellen von Vorschriften, der Bereitstellung von Finanzmitteln und der Ermittlung von vorbildlichen Verfahren in einer koordinierenden Funktion. Den nationalen Regierungen obliegt jedoch die Aufgabe, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in den jeweiligen Ländern umzusetzen.²³

Umsetzung obliegt nationalen Regierungen

5.3.1. Strategie Europa 2020 – Aktionsplan Österreich

Österreich hat die Strategie Europa 2020 im „Nationalen Reformprogramm Österreich“ umgesetzt. Um die angestrebten Ziele zu erreichen und der Multidimensionalität von Armut und Armutsentstehung Rechnung zu tragen, wurden umfassende Maßnahmen und Initiativen ins Leben gerufen bzw. bereits bestehende ausgeweitet. Auch die Ziele, die im Beschäftigungs- und Bildungsbereich angestrebt werden, haben einen entscheidenden Einfluss auf die Bekämpfung der Armut.

„Nationales Reformprogramm Österreich“

Im Beschäftigungsbereich wird bis zum Jahr 2020 eine Beschäftigungsquote von 77 bis 78 Prozent angestrebt, also deutlich über dem EU-Ziel von 75. *„Der Fokus soll dabei vor allem auf einer deutlich stärkeren Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer, insbesondere durch die Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters liegen. Weiteres Augenmerk soll auf die Qualität der Arbeit sowie Beschäftigung von Frauen und (jugendlichen) Migrantinnen und Migranten gelegt werden.“*²⁴

Beschäftigungsquote: 77-78%

Im Bildungsbereich wird eine Senkung der SchulabbrecherInnenquote auf 9,5 Prozent (also unter den angestrebten Wert von 10 Prozent) sowie eine Erhöhung der HochschulabsolventInnenquote (der 30 bis 34-jährigen) auf 38 Prozent angestrebt, was noch knapp unter dem EU-Ziel läge.

SchulabbrecherInnenquote: 9,5%

Das Ziel der Armutsbekämpfung ist eine Verringerung der in Armut oder sozialer Ausgrenzung lebenden Personen um 235.000 Menschen bis zum Jahr 2020 und damit weniger als 1 Mio. Menschen. *„Der Fokus liegt daher auf Beschäftigungssteigerung und auf der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, insbesondere auch von erwerbsfähigen, arbeitsmarktfernen Personen, sowie auf der Verbesserung der Qualität der Jobs. [...] Die Politiken zur Zielerreichung sollen zudem fokus-*

Verringerung der Armut- und Ausgrenzungsgefährdeten um 235.000

²³ siehe Anhang: Nationale Ziele der Strategie Europa 2020

²⁴ Bundeskanzleramt Österreich: Fünf Kernziele für Europa und Österreich

siert werden und dabei vor allem auf Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger, Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Kinder und verschuldete Haushalte sowie mittelfristig auf besonders von Armut betroffenen Gruppen von nicht-erwerbsfähigen bzw. älteren Personen ausgerichtet sein.“²⁵

	EU-Ziel 2020	Österreich-Ziel 2020
Beschäftigungsquote	75%	77–8%
FuE in % des BIP	3%	3,76%
Verringerung des CO2 Ausstoßes	minus 20%	minus 16%
Anteil erneuerbarer Energien	20%	34%
Energieeffizienz	Erhöhung in Richtung 20%	Stabilisierung
Anteil Schulabbrecher	unter 10%	unter 9,5%
Anteil Hochschulabsolventen	Erhöhung auf min. 40%	Erhöhung auf 38%
von Armut betroffene Personen	20 Mio. Personen weniger	235.000 Personen weniger

Tabelle 2: Ziele der Strategie Europa 2020²⁶

Einige Maßnahmen zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung wurden bereits durchgeführt, andere befinden sich noch in der Startphase. Im Folgenden ein Überblick über Meilensteinprojekte und über neue Initiativen der Bundesregierung:

halbjährliches
Plattformtreffen

- **Plattform Armutsbekämpfung:**

„Um der Multidimensionalität der Armuts- und Ausgrenzungsbekämpfung Rechnung zu tragen und [...] zur konkreten Ausgestaltung der korrespondierenden Leitinitiative wurde mit allen relevanten Akteurinnen in Österreich ein dauerhafter Dialog etabliert.“²⁷ Zu diesem Zweck finden mindestens halbjährlich Plattformtreffen statt sowie weitere Treffen von Unterarbeitsgruppen zu spezifischen Themen.

Bedarfsorientierte
Mindestsicherung
statt Sozialhilfe

- **Bedarfsorientierte Mindestsicherung:**

Im Oktober 2011 wurde die Bedarfsorientierte Mindestsicherung anstelle der Sozialhilfe bundesweit eingeführt. Diese „ermöglicht gezielte Förderung der Erwerbsbeteiligung besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen [...] in das aktive arbeitsmarktpolitische Angebot des Arbeitsmarktservice“²⁸. Zugute kommen soll dies vor allem auch langzeitarbeitslosen Personen.

Eingliederungsbeihilfen für Langzeitarbeitslose

- **Maßnahmen für Langzeitarbeitslose:**

Die österreichische Bundesregierung setzt „auf Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbsbeteiligung armuts- und ausgrenzungsgefährdeter Gruppen im erwerbsfähigen Alter.“²⁹ Vor allem für ältere Langzeitarbeitslose sind spezielle Lohnsubventionen und Eingliederungsbeihilfen vorgesehen. Die im Jahr 2012 gestartete (und bis 2016 angesetzte) Arbeits-

²⁵ Bundeskanzleramt Österreich: Fünf Kernziele für Europa und Österreich

²⁶ Bundeskanzleramt Österreich: Fünf Kernziele für Europa und Österreich

²⁷ Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 41

²⁸ Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 42

²⁹ Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 42

marktoffensive für ältere und gesundheitlich eingeschränkte ArbeitnehmerInnen umfasst ein Volumen von 750 Mio. Euro.³⁰

- **Verbesserte Arbeitsmarkteinbindung von gesundheitlich beeinträchtigten Personen:**

„Damit ältere oder gesundheitlich beeinträchtigte Menschen länger im Erwerbsleben bleiben können, wird ein umfassendes Angebot zum Erhalt der Gesundheit bzw. beruflichen Wiedereingliederung geschaffen.“³¹ Eine Arbeitsmarktoffensive soll „älteren ArbeitnehmerInnen oder gesundheitlich eingeschränkten Menschen neue Chancen eröffnen. Damit wird angestrebt, die Zahl der Frühpensionierungen zu verringern, ohne [...] die Kosten für Arbeitslosigkeit zu erhöhen.“³²

Arbeitsmarktoffensive für ältere oder gesundheitlich beeinträchtigte Menschen

Ab dem Jahr 2014 werden Personen unter 50 Jahren mit gesundheitlicher Beeinträchtigung „in die berufliche Rehabilitation beim AMS einbezogen“³³, die eine Ausbildung auf bisherigem Qualifikationsniveau umfasst. Zugute kommen sollen die Maßnahmen auch Personen mit Behinderung. Jugendlichen wird darüber hinaus an der Schnittstelle Schule und Beruf eine individuelle Beratung und Begleitung zur Seite gestellt, die einen „Beitrag zur nachhaltigen Erstintegration benachteiligter junger Menschen in den offenen Arbeitsmarkt“³⁴ leisten soll.

- **bessere Erwerbs- und Einkommenschance und Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen:**

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb werden folgende Maßnahmen getroffen: Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes (dazu wurden zwischen 2011 und 2014 110 Mio. Euro investiert)³⁵, Ausweitung der Ganztagsbetreuung an Schulen, kostenloses verpflichtendes Kindergartenjahr, Förderung der Väterkarenz und Ausbau der Pflegebetreuungseinrichtungen (siehe Pflegefonds).

Ausbau Kinderbetreuung, Ganztagsbetreuung

Förderung Väterkarenz

Weiters soll der Gender-Pay-Gap in Richtung des EU-Durchschnitts bewegt werden. Dazu soll die Einkommenstransparenz erhöht werden (seit 2011 sind Einkommensberichte für Unternehmen per Gesetz verpflichtend).

Verringerung Gender-Pay-Gap

Verschiedene Programme und Maßnahmen sollen die Möglichkeiten von Frauen im Erwerbsleben erhöhen bzw. erweitern: Bewusstseinskampagnen zur Unterstützung der Berufsentscheidung bei jungen Mädchen, Programm „Frauen in Technik“, Programm „Wiedereinstieg mit Zukunft“, Frauenquote für Aufsichtsräte von Unternehmen mit mindestens 50% staatlicher Beteiligung, ...

³⁰ Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 12

³¹ Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 43

³² Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 43

³³ Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 43

³⁴ Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 43

³⁵ Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 12

Angebote für sozial benachteiligte Kinder

Sprachliche Frühförderung

Jugendcoaching

Aus- und Aufbau von Pflegeeinrichtungen

- **Prävention der Vererbung von Armut und Bekämpfung von Kinderarmut:**
An der Schnittstelle „zwischen Bildung, Ausbildung und Beruf“ sollen „Betreuungsangebote für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche ansetzen. Förderungen im Bildungsbereich betreffen zum einen den Ausbau des ganztägigen Schulangebots, zum anderen sollen zielgruppenspezifische Programme (z.B. für MigrantInnen) die Situation armutsgefährdeter Gruppen nachhaltig und generationenübergreifend verbessern.“³⁶ Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Senkung der SchulabbrecherInnenquote sowie die frühe sprachliche Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund.³⁷
Mit dem „Jugendcoaching“ wurde ein neues Instrument geschaffen, das „Jugendliche bei der Wahl ihrer Ausbildung und ihres Berufsweges“³⁸ unterstützen soll. „Das breit angelegte Konzept unterstützt die persönliche und soziale Stabilisierung von Jugendlichen und bietet Perspektiven und Lösungskompetenz vor allem auch vor dem Hintergrund besonders schwieriger familiärer und sozialer Verhältnisse.“³⁹
- **Stärkere Unterstützung pflegebedürftiger Menschen:**
Zwischen dem Jahren 2011 und 2016 werden über den Pflegefonds 1,335 Mrd. Euro für die teilweise „Abdeckung des Aufwands für die Sicherung sowie den bedarfsgerechten Aus- und Aufbau der Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebots in der Langzeitpflege“⁴⁰ aufgewendet. Profitieren sollen davon auch Frauen, die immer noch den Großteil der häuslichen Betreuung und Pflege übernehmen. Die Maßnahmen helfen, die Erwerbsbeteiligung und Einkommenschancen für Frauen zu erhöhen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

6. Datenlage

6.1. Armut in den EU-Staaten

Datenbasis:
EU-SILC

Das grundlegende Datenmaterial für die Messung von Armut ist die Statistik EU-SILC. Alle EU-Staaten sind gemäß der „Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)“ verpflichtet, Daten „zu Einkommen und Lebensbedingungen und zur Berechnung von gemeinsamen Indikatoren“⁴¹ zu erheben. „Das vorrangige Ziel ist die Erstellung aktueller und vergleichbarer jährlicher Querschnittdaten über Einkommen, Armut und soziale Ausgren-

³⁶ Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 42

³⁷ vgl. Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 44

³⁸ Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 44

³⁹ Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 44

⁴⁰ Bundeskanzleramt. Nationales Reformprogramm 2012: 41

⁴¹ BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2009: Vorwort

zung.⁴² Diese statistische Grundlage soll dabei helfen, das gemeinsame Ziel der Europäischen Union, soziale Ausgrenzung zu verringern, zu erreichen. Die gesammelten Ergebnisse aller Länder sowie EU-Durchschnitte können auf der Website von EUROSTAT abgerufen werden.

6.2. Armut in den EU-Regionen

Die Erhebung EU-SILC weist neben Länderdaten auch Armutsgefährdungsquoten für Regionen der NUTS-2-Ebene aus – das sind in Österreich die Bundesländer. Diese Daten sind ebenfalls auf der EUROSTAT-Website verfügbar. Darüber hinaus stellt EUROSTAT eine Fülle an regionalen Daten über Wirtschaft und Arbeitsmarkt, darunter auch Erwerbstätigen- und Arbeitslosenquoten, zur Verfügung.

EUROSTAT

6.3. Armut in den europäischen Städten

Die EU-SILC-Statistik verzichtet bis dato darauf, die Armutsgefährdung von einzelnen Städten auszuweisen. In einigen Fällen umfasst eine NUTS-2-Region ausschließlich eine Stadt (wie z.B. Wien, das als Stadt auch Bundesland ist), so dass hier eine Armutsgefährdungsquote angegeben werden kann. Darüber hinaus erheben manche Städte unabhängig von EU-SILC Armutsdaten. Insgesamt ist die Datenlage für die einzelnen Städte aber eher schlecht. Eine Annäherung kann jedoch mittels der Armutsgefährdung nach Verstädterungsgrad versucht werden.

⁴² Verordnung (EG) Nr. 1177/2003



TEIL 2: ARMUT IN DEN EU-STAA TEN

Die Armut in den EU-Staaten wird durch die Armutsgefährdungsquoten aller 28 EU-Mitgliedsstaaten ausgewiesen. Das sind alle 28 Staaten nach ihren Beitrittsjahren:

1958: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande

1973: Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich

1981: Griechenland

1986: Portugal, Spanien

1995: Finnland, Österreich, Schweden

2004: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

2007: Bulgarien, Rumänien

2013: Kroatien

1. Armutsgefährdungsschwellen

In den einzelnen Ländern unterscheidet sich die Armutsgefährdungsschwelle aufgrund der Einkommensungleichheiten teils sehr deutlich voneinander. Die Armutsgefährdungsschwelle gibt 60 Prozent des Medianeinkommens des Haushaltes an. Länder mit nominell geringen Durchschnittseinkommen weisen demnach auch eine nominell niedrigere Armutsgefährdungsschwelle auf als Länder mit hohem Einkommen. Nachfolgend wird für zwei Haushaltstypen – Einzelperson sowie Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern – die Armutsgefährdungsschwelle ausgewiesen.

geringes Durchschnittseinkommen = geringe Armutsgefährdungsschwelle

Die Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2013 war in Rumänien mit Abstand am niedrigsten. Sie betrug für einen Erwachsenen 2.361 Euro und für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern 4.959 Euro. Unter den Ländern mit den niedrigsten Armutsgefährdungsschwellen befanden sich fast ausschließlich die Staaten des ehemaligen Ostblocks, allerdings auch Griechenland und Portugal.

*niedrig:
Rumänien
Ostblock
Griechenland*

Um ein Siebenfaches höher war dagegen die Armutsgefährdungsschwelle in Luxemburg, wo sie 16.818 Euro für eine Einzelperson und 35.218 für zwei Erwachsene und zwei Kinder betrug. Mit 12.542 Euro für Einzelpersonen (und 26.339 Euro für zwei Erwachsene und zwei Kinder) hatte Österreich die nominell zweithöchste Armutsgefährdungsschwelle, dahinter folgten Schweden, Belgien und Deutschland.

*hoch:
Luxemburg
Österreich
Schweden*

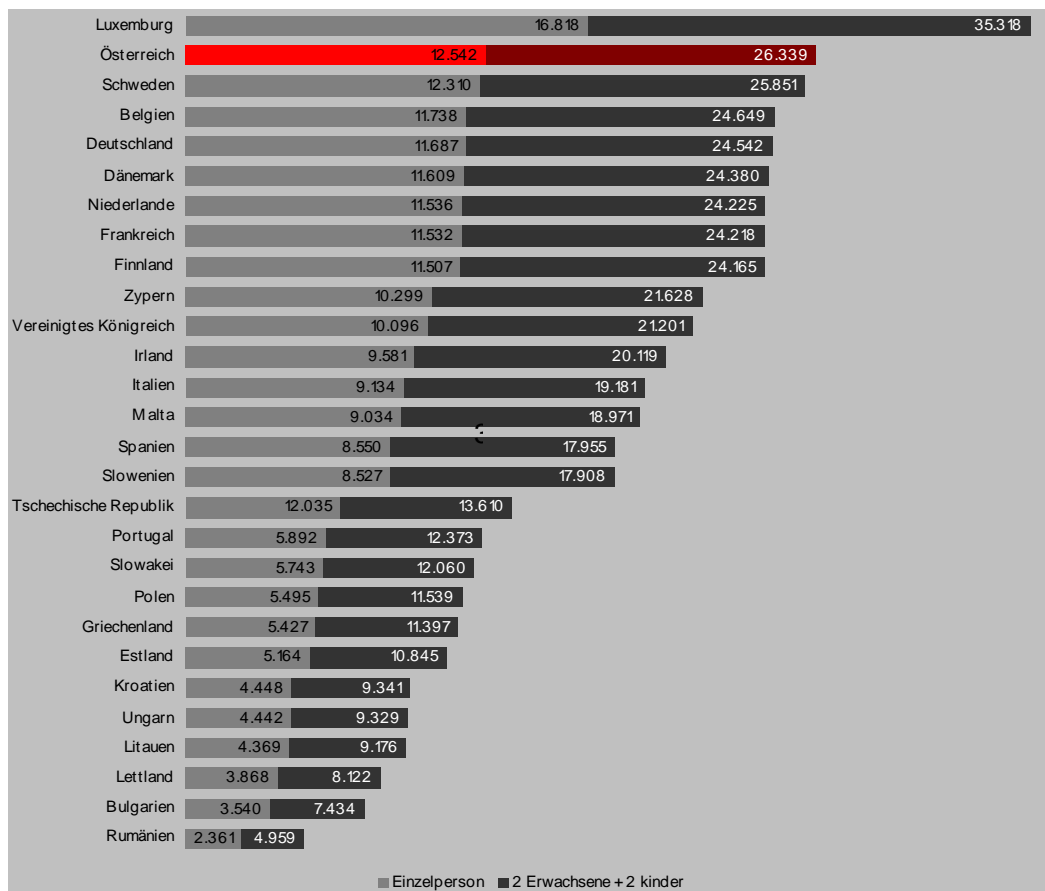


Abbildung 1: Armutsgefährdungsschwellen: Einzelpersonen und zwei Erwachsene und zwei Kinder, EU-Staaten, 2013⁴³

2. Armutsgefährdung

2.1. Armutsgefährdungsquoten

Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote lag im Jahr 2013 in den 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bei 16,6 Prozent.

Am höchsten war die Armutsgefährdung innerhalb der EU in Griechenland mit 23,1 Prozent. Dass beinahe jede/r vierte Grieche bzw. Griechin 2013 von Armut betroffen war, ist eine direkte Auswirkung der Schuldenkrise, die das Land bis heute nicht bewältigt hat. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die beiden Beitrittsländer von 2007 Bulgarien (22,4 Prozent) und Rumänien (21 Prozent). EU-Neuling Kroatien wies mit 19,5 Prozent auch eine der höchsten Armutsgefährdungen auf. Überdurchschnittlich hoch ist die Armutsgefährdung auch in den baltischen Staaten Litauen (20,6 Prozent) und Lettland (19,4 Prozent).

*hoch:
Griechenland
Bulgarien
Rumänien*

⁴³ Eurostat: Armutsgefährdungsschwelle

EU-weit am niedrigsten war die Armutsgefährdung in der Tschechischen Republik (8,6 Prozent), den Niederlanden (10,4 Prozent), Finnland (11,8 Prozent), Dänemark (12,3 Prozent) und der Slowakei (12,8 Prozent).

In Österreich lag die Armutsgefährdungsquote 2013 mit 14,4 Prozent zwar unter dem EU-Durchschnitt, hat sich aber in den letzten Jahren erhöht. Im Jahr 2010 waren erst 12,1 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Damit hat Österreich auch nur mehr die neuntniedrigste Quote, 2010 war es noch die viertniedrigste. Das bedeutet, dass zuletzt (2013) 1,2 Mio. ÖsterreicherInnen armutsgefährdet waren.

*niedrig:
Tschechien
Niederlande
Finnland*

*Österreich:
1,2 Mio. armuts-
gefährdet*

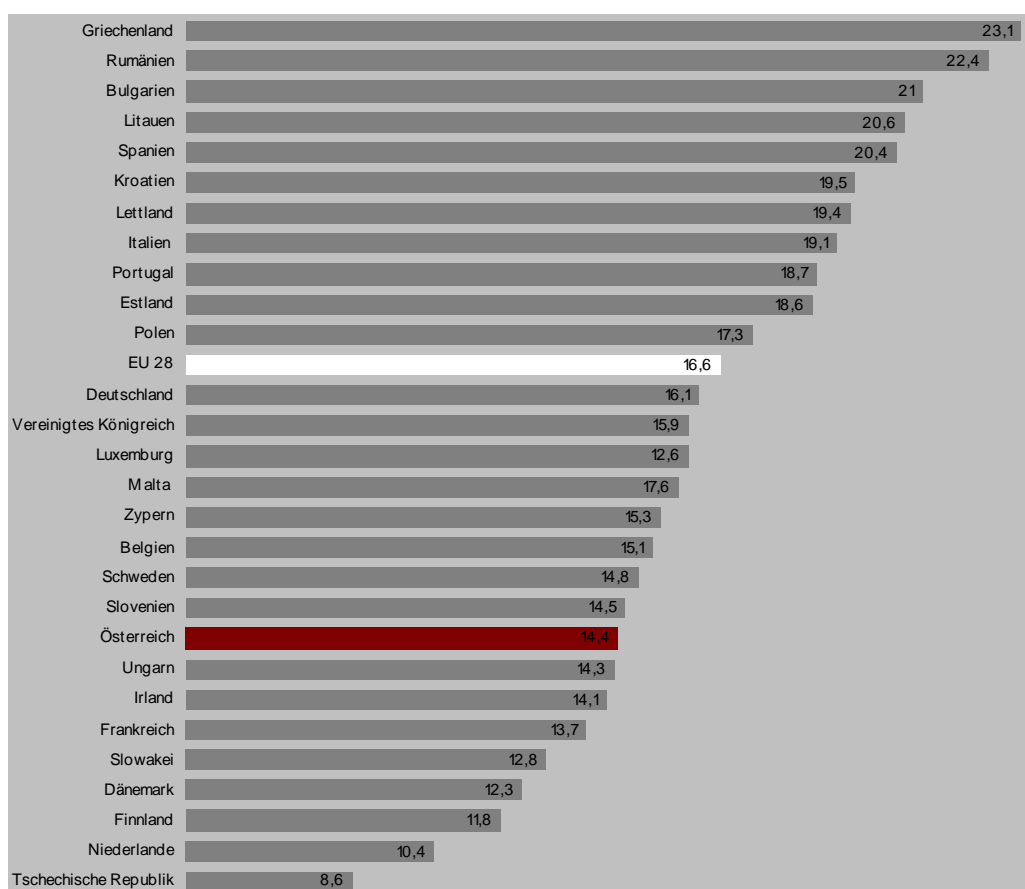


Abbildung 2: Armutsgefährdung: EU-Staaten, 2013⁴⁴

2.2. Anzahl der Armutsgefährdeten

In der Europäischen Union lebten im Jahr 2013 insgesamt rund 505 Mio. Menschen.⁴⁵ Davon waren 83,5 Mio. armutsgefährdet.⁴⁶ Die meisten Armutsgefährdeten lebten in den bevölkerungsreichsten EU-Ländern. In Deutschland waren 12,8 Mio., in Italien 11,6 Mio., im Vereinigten Königreich 10 Mio. und in Spanien 9,4 Mio. Menschen armutsgefährdet. In diesen 4 Ländern lebt mehr als die Hälfte aller Armutsgefährdeten.

*Hälfte aller Ar-
mutsgefährdeten
leben in Deutsch-
land, Italien, Ver.
Königreich, Spa-
nien*

⁴⁴ Eurostat: At-risk-of-poverty rate by sex

⁴⁵ Eurostat: Bevölkerung am 1. Januar

⁴⁶ Eurostat: Von Armut bedrohte Menschen, nach Sozialleistungen

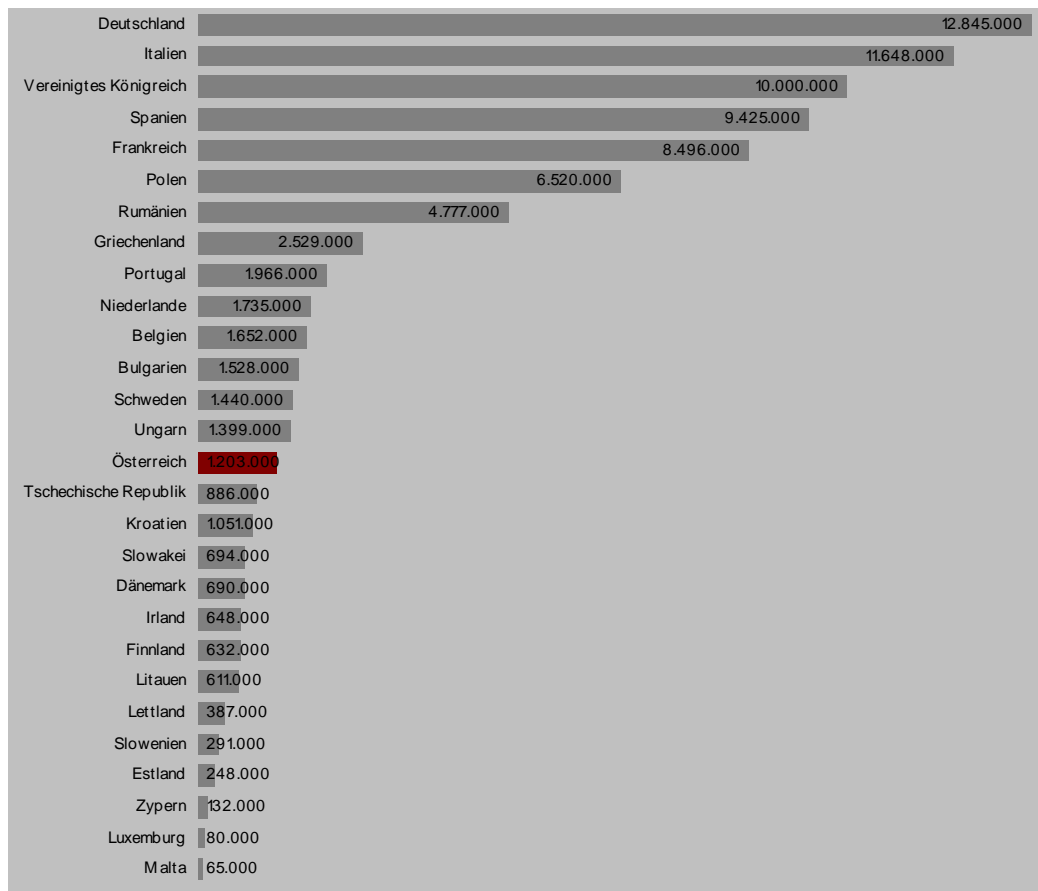


Abbildung 3: Anzahl der armutsgefährdeten Personen: EU-Staaten, 2013⁴⁷

2.3. Armutsgefährdung im Zeitverlauf

*Armutsgefährdung
EU: konstant*

Die Armutsgefährdungsquote der EU 28-Länder liegt seit Jahren konstant bei etwa 16,5 Prozent. Das ist nicht in allen EU-Staaten so. In einigen Ländern hat sich die Armutsgefährdung in den letzten Jahren verändert.

*Zunahme:
Bulgarien
Rumänien
Slowenien*

In Bulgarien hat die Armutsgefährdung von 2003 bis zum Jahr 2013 um 7 Prozentpunkte (von 14 auf 21 Prozent), in Rumänien um 5,4 Prozentpunkte (von 17 auf 22,4 Prozent) und in Slowenien um 4,5 Prozentpunkte (von 10 auf 14,5 Prozent) zugenommen. Aber nicht nur in wirtschaftlich und sozial schwachen Ländern ist eine Zunahme der Armutsgefährdung zu beobachten. So ist die Armutsgefährdungsquote in Deutschland seit dem Jahr 2005 um 3,9 Prozentpunkte (von 12,2 auf 16,1 Prozent) deutlich gestiegen. Und auch das für seinen Wohlfahrtsstaat bekannte Schweden verzeichnet eine Zunahme der Armutsgefährdung seit dem Jahr 2004 um 3,5 Prozentpunkte auf 14,7 Prozent. Und eine Zunahme der Armutsgefährdeten hatte in den letzten Jahren eben auch Österreich zu verzeichnen.

⁴⁷ Eurostat: Von Armut bedrohte Personen, nach Sozialleistungen

In Irland dagegen konnte die Armutsgefährdung in den letzten zehn Jahren am deutlichsten (um 6 Prozentpunkte) gesenkt werden. Im Jahr 2003 waren noch 20,5 Prozent der irischen Bevölkerung armutsgefährdet, 2013 waren es nur mehr 14,1 Prozent. Einen Rückgang der Armutsgefährdeten konnten auch Polen (von 20,5 auf 17,3 Prozent), das Vereinigte Königreich (von 18 auf 15,9 Prozent) und die Niederlande (von 12 auf 10,4 Prozent) verzeichnen.

*Abnahme:
Irland
Polen
Ver. Königreich*

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Belgien	15,4	14,3	14,8	14,7	15,2	14,7	14,6	14,6	15,3	15,3	15,1
Bulgarien	14	15	14	18,4	22	21,4	21,8	20,7	22,2	21,2	21
Dänemark	11,7	10,9	11,8	11,7	11,7	11,8	13,1	13,3	13	13,1	12,3
Deutschland	-	-	12,2	12,5	15,2	15,2	15,5	15,6	15,8	16,1	16,1
Estland	18	20,2	18,3	18,3	19,4	19,5	19,7	15,8	17,5	17,5	18,6
Finnland	11	11	11,7	12,6	13	13,6	13,8	13,1	13,7	13,2	11,8
Frankreich	12	13,5	13	13,2	13,1	12,5	12,9	13,3	14	14,1	13,7
Griechenland	20,7	19,9	19,6	20,5	20,3	20,1	19,7	20,1	21,4	23,1	23,1
Irland	20,5	20,9	19,7	18,5	17,2	15,5	15	15,2	15,2	15,7	14,1
Italien	-	19,1	18,9	19,6	19,8	18,7	18,4	18,2	19,6	19,4	19,1
Kroatien	18	18	18	17	18	17,3	17,9	20,6	20,9	20,4	19,5
Lettland	-	-	19,4	23,5	21,2	25,9	26,4	20,9	19	19,2	19,4
Lithuania	-	-	20,5	20	19,1	20	20,3	20,5	19,2	18,6	20,6
Luxemburg	11,9	12,7	13,7	14,1	13,5	13,4	14,9	14,5	13,6	15,1	15,9
Malta	-	-	14,3	14,2	15,1	15,3	14,9	15,5	15,6	15,1	15,7
Niederlande	12	-	10,7	9,7	10,2	10,5	11,1	10,3	11	10,1	10,4
Österreich	13,2	13	12,6	12,6	12	15,2	14,5	14,7	14,5	14,4	14,4
Polen	-	-	20,5	19,1	17,3	16,9	17,1	17,6	17,7	17,1	17,3
Portugal	19	20,4	19,4	18,5	18,1	18,5	17,9	17,9	18	17,9	18,7
Rumänien	17	18	-	-	24,8	23,4	22,4	21,1	22,2	22,6	22,4
Schweden	-	11,3	9,5	12,3	10,5	12,2	13,3	12,9	14	14,1	14,8
Slowakei	-	-	13,3	11,6	10,6	10,9	11	12	13	13,2	12,8
Slowenien	10	-	12,2	11,6	11,5	12,3	11,3	12,7	13,6	13,5	14,5
Spanien	19	20,1	20,1	20,3	19,7	20,8	20,4	20,7	20,6	20,8	20,4
Tschechische Republik	-	-	10,4	9,9	9,6	9	8,6	9	9,8	9,6	8,6
Ungarn	12	-	13,5	15,9	12,3	12,4	12,4	12,3	13,8	14	14,3
Vereinigtes Königreich	18	-	19	19	18,6	18,7	17,3	17,1	16,2	16	15,9
Zypern	15	-	16,1	15,6	15,5	15,9	15,8	15,6	14,8	14,7	15,3
EU 28	-	-	-	-	-	-	-	16,4	16,8	16,8	16,6

Abbildung 4: Armutsgefährdung: EU-Staaten, Zeitverlauf (2003–2013)⁴⁸

2.4. Armutsgefährdung vor Sozialleistungen

Sozialleistungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Armutsreduktion. Je nach Ausbau des Sozialsystems in den einzelnen EU-Ländern können sie mehr oder weniger helfen, Armut einzudämmen. Jedoch kann der „*alleinige Bezug von Sozialleistungen [...] die Existenz von Einkommensarmut nicht verhindern, Sozialleistungen können jedoch niedrige Haushaltseinkommen ergänzen und tragen so in bestimmten*

*Sozialleistungen
wichtig für Ar-
mutsreduktion*

⁴⁸ Eurostat: At-risk-of-poverty rate by sex

*Bevölkerungsgruppen zum Erhalt eines gewissen Lebensstandards bei.*⁴⁹ In welchem Ausmaß Sozialleistungen helfen, um Armutsgefährdung zu verringern, zeigt die Armutsgefährdungsquote vor Sozialleistungen. Diese wird berechnet als „*Armutsgefährdung nach Abzug von Sozialtransfers [...] vom Haushaltseinkommen, unter Beibehaltung der Armutsgefährdungsschwelle inklusive Sozialleistungen und Pensionen bei 60% des Medians. [...] Es handelt sich um eine rein fiktive Berechnung, da sich bei Wegfall der Sozialleistungen auch der Median des Haushaltseinkommens ändern würde. Unter der Annahme einer gleichbleibenden Schwelle kann der Einfluss von Sozialleistungen für unterschiedliche Gruppen und Lebensphasen dargestellt werden.*“⁵⁰

*EU:
Sozialleistungen
halbieren Armuts-
gefährdete*

Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote OHNE Sozialleistungen hätte in der Europäischen Union im Jahr 2013 25,5 Prozent betragen. Durch Sozialleistungen konnte sie (um 9,3 Prozentpunkte) auf 16,6 Prozent gesenkt werden.

*Starke Senkung der
Armutsgefährdung
durch Sozialleis-
tungen:*

In Irland war die Armutsgefährdung VOR Sozialleistungen am höchsten. 38,5 Prozent wären ohne Sozialtransfers armutsgefährdet gewesen. Gleichzeitig haben in keinem anderen EU-Land Sozialleistungen eine derartig große Wirkung. Die Armutsgefährdung nach Sozialleistungen betrug in Irland 14,1 Prozent, um 24,4 Prozent weniger, und lag damit sogar unter dem EU-Durchschnitt. Auch im Vereinigten Königreich konnte die Armutsgefährdung durch Sozialtransfers von 30,3 auf unterdurchschnittliche 15,9 Prozent gesenkt werden.

*Irland
Ver. Königreich*

*Wenig Verbesse-
rung durch Sozial-
leistungen:
Griechenland
Rumänien
Polen*

Jedoch verbessern nicht in allen EU-Ländern Sozialleistungen die Situation dermaßen. So etwa in Griechenland, wo die Armutsgefährdung durch Sozialleistungen nur von 28 Prozent auf 23,1 Prozent – um 4,9 Prozentpunkte – abgenommen hat. So wenig wie in keinem anderen Land der Europäischen Union. Ähnlich verhielt sich die Situation in Rumänien und Polen. In Rumänien nahm die Armutsgefährdung lediglich um 5,4 (von 27,8 auf 22,4 Prozent) und in Polen um 5,7 Prozentpunkte (von 23 auf 17,3 Prozent) ab.

*Österreich:
Halbierung der
Armutsgefährdung*

In Österreich wären ohne Sozialleistungen 25,9 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Es konnte mithilfe von Sozialtransfers die Armutsgefährdung auf 14,4 Prozent fast halbiert werden. Ohne Sozialleistungen und Pensionen wären sogar 44 Prozent armutsgefährdet. Für manche Bevölkerungsgruppen sind Sozialleistungen besonders wichtig. Bei Familien mit 3 oder mehr Kindern konnte durch Transferzahlungen die Armutsgefährdung von 57 auf 28 Prozent reduziert werden. Ähnlich stellt sich die Situation bei AlleinerzieherInnen dar (Reduktion von 55 auf 27 Prozent). Die Armutsgefährdung von MigrantInnen (ohne österreichische Staatsbürgerschaft) vermindert sich dank der Sozialleistungen von 52 auf 33 Prozent. Sie sind allerdings trotzdem eine der am meisten gefährdetsten Gruppen.⁵¹

⁴⁹ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 143

⁵⁰ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich – Ergebnisse aus EU-SILC 2011: 88

⁵¹ vgl. Statistik Austria: Tabellenband EU-SILC 2013: 68

In Österreich machen Sozialleistungen (13 Prozent) und Pensionen (18 Prozent) 31 Prozent aller Einkommen aus.⁵² Diese Leistungen sind aber nicht nur Unterstützungsmaßnahmen, sondern dienen 30 Prozent der Bevölkerung als Haupteinnahmequelle. Für 11 Prozent der ÖsterreicherInnen waren Sozialleistungen und für 19 Prozent Pensionen die Hauptbezugsquelle.⁵³

1/3 aller Einkommen sind Sozialleistungen

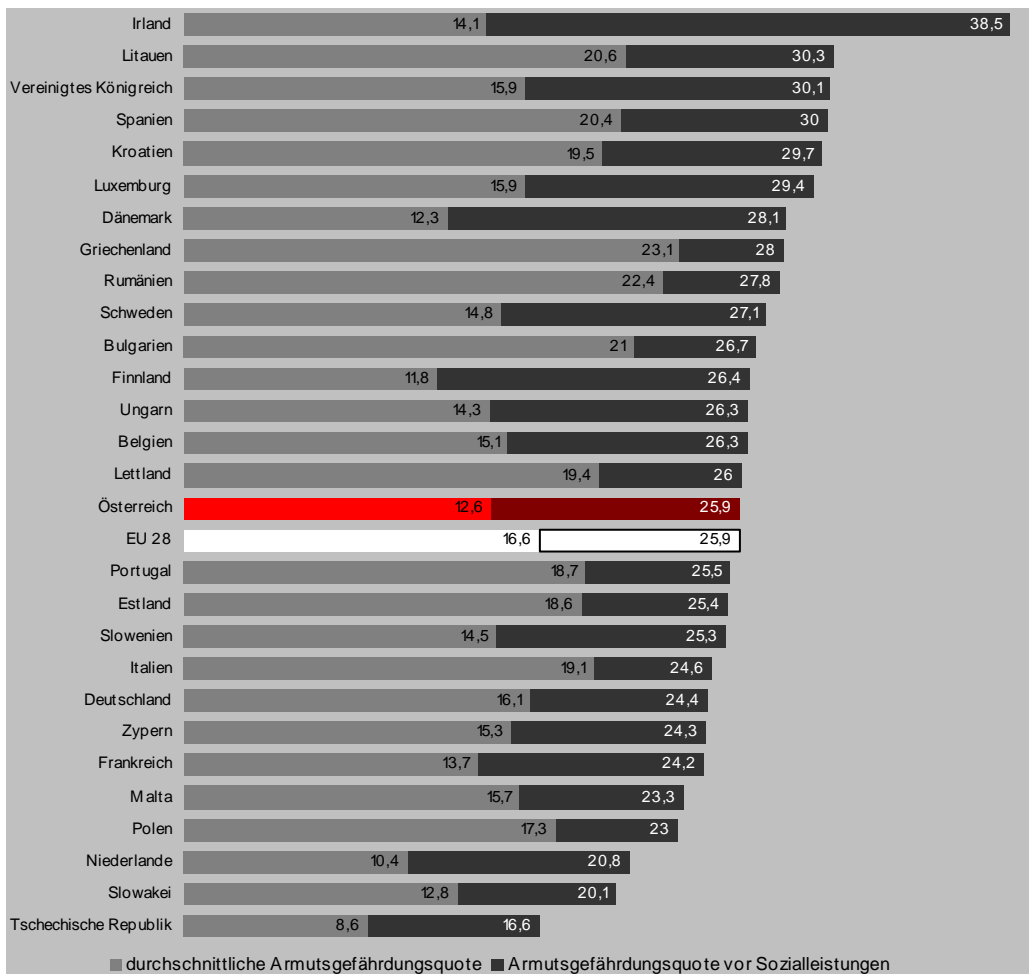


Abbildung 5: Armutsgefährdung: vor und nach Sozialleistungen, EU-Staaten, 2013⁵⁴

2.5. Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten

Die Haushaltszusammensetzung hat einen wesentlichen Einfluss auf das Armutsgefährdungsrisiko. Einpersonenhaushalte sind in der Regel öfter armutsgefährdet als Mehrpersonenhaushalte. Das liegt einerseits daran, dass das Fehlen oder Ausfallen eines individuellen Einkommens nicht durch andere Haushaltsmitglieder ausgeglichen werden kann. Einkommensnachteile wirken sich daher „in Einpersonenhaushalten unmittelbar auf den Lebensstandard aus.“⁵⁵ Andererseits sind beim Kauf von Le-

Einpersonenhaushalte öfter armutsgefährdet

⁵² vgl. Statistik Austria: Tabellenband EU-SILC 2013: 39

⁵³ vgl. Statistik Austria: Tabellenband EU-SILC 2013: 42

⁵⁴ Eurostat: Armutsgefährdung vor Sozialleistungen nach Geschlecht

⁵⁵ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich – Ergebnisse aus EU-SILC 2011: 50

bensmitteln oder dem Wohnen „in Einpersonenhaushalten keine Einsparungspotenziale aufgrund der gemeinsamen Haushaltsführung gegeben.“⁵⁶

In nahezu allen EU-Staaten haben Einpersonenhaushalte daher ein erhöhtes Armutsrisiko. Ausnahmen bilden Spanien, Griechenland, Ungarn und Luxemburg. Die durchschnittliche Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten betrug in der Europäischen Union 24,9 Prozent und lag damit um 8,3 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Ein Unterschied zwischen den Geschlechtern kann im EU-Durchschnitt kaum festgestellt werden (Frauen: 25,1 Prozent, Männer: 24,6 Prozent), wenn er auch in einigen Ländern sehr groß ist. In insgesamt 15 EU-Ländern ist die Armutsgefährdungsquote von alleinlebenden Frauen höher als jene der Männer, in den restlichen 13 jene der Männer.

hoch:
Bulgarien
Estland
Litauen

In Bulgarien waren im Jahr 2013 mit 41,4 Prozent so viele alleinstehende Personen armutsgefährdet wie in keinem anderen Land der Europäischen Union. In Estland betrug die Armutsgefährdungsquote von Alleinstehenden auch hohe 38,6 Prozent. In Litauen, Slowenien, Schweden, Kroatien und Deutschland war in etwa ein Drittel aller Einpersonenhaushalte armutsgefährdet.

niedrig:
Ungarn
Tschechien
Slowakei

Am seltensten waren alleinlebende Personen in Ungarn von Armutsgefährdung betroffen: 13,9 Prozent waren es 2013 (um 0,4 Prozentpunkte weniger als im Landesdurchschnitt). Ebenfalls niedrig war die Armutsgefährdungsquote der Alleinlebenden in der Tschechischen Republik (14,7 Prozent), der Slowakei (15,5 Prozent) und in Luxemburg (15,7 Prozent).

Österreich:
deutlich höher als
im Durchschnitt

In Österreich lag die Armutsgefährdung von Einpersonenhaushalten im Jahr 2013 bei 22 Prozent und damit um 7,6 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Geschlechterunterschiede kommen in Österreich nach wie vor zum Tragen. Die Armutsgefährdungsquoten von alleinlebenden Männern betrug 18,5 Prozent und war EU-weit die viertniedrigste. Frauen wiesen jedoch eine Quote (23,9 Prozent) nur knapp unter dem EU-Durchschnitt auf. Aufgeteilt nach Haushalten mit und ohne Pension ergibt sich folgendes Bild: In alleinlebenden PensionistInnenhaushalten hatten Männer im Jahr 2013 mit 11 Prozent ein sogar unterdurchschnittliches Armutsgefährdungsrisiko. Die Armutsgefährdung der Frauen lag hingegen bei 24 Prozent. Und auch ohne Pensionsbezug liegt die Armutsgefährdungsquote der Frauen (25 Prozent) um 4 Prozentpunkte über der von Männern (21 Prozent).⁵⁷

Geschlechter-
unterschiede

Die Armutsgefährdungsquote von Einpersonenhaushalten ermöglicht eine effizientere Messung der Geschlechterdisparitäten. Im Gegensatz zur durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote (nach Geschlecht), die den ganzen Haushalt erfasst und keine Rückschlüsse auf „die Einkommensverteilung innerhalb des Haushalts und die tat-

⁵⁶ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich – Ergebnisse aus EU-SILC 2011: 50

⁵⁷ vgl. Statistik Austria: Tabellenband EU-SILC 2013: 68

sächliche Verfügungsmöglichkeit über finanzielle Ressourcen⁵⁸ zulässt, werden hier die Lebensumstände konkreter abgebildet. So zeigt der Vergleich der Armutsgefährdung von Frauen und Männern in allen EU-Ländern tatsächlich nur geringe Unterschiede (von maximal drei Prozentpunkten).⁵⁹ Viel unterschiedlicher erweist sich in den einzelnen Ländern hingegen die Betrachtung der Armutsgefährdung von alleinlebenden Frauen und Männern.

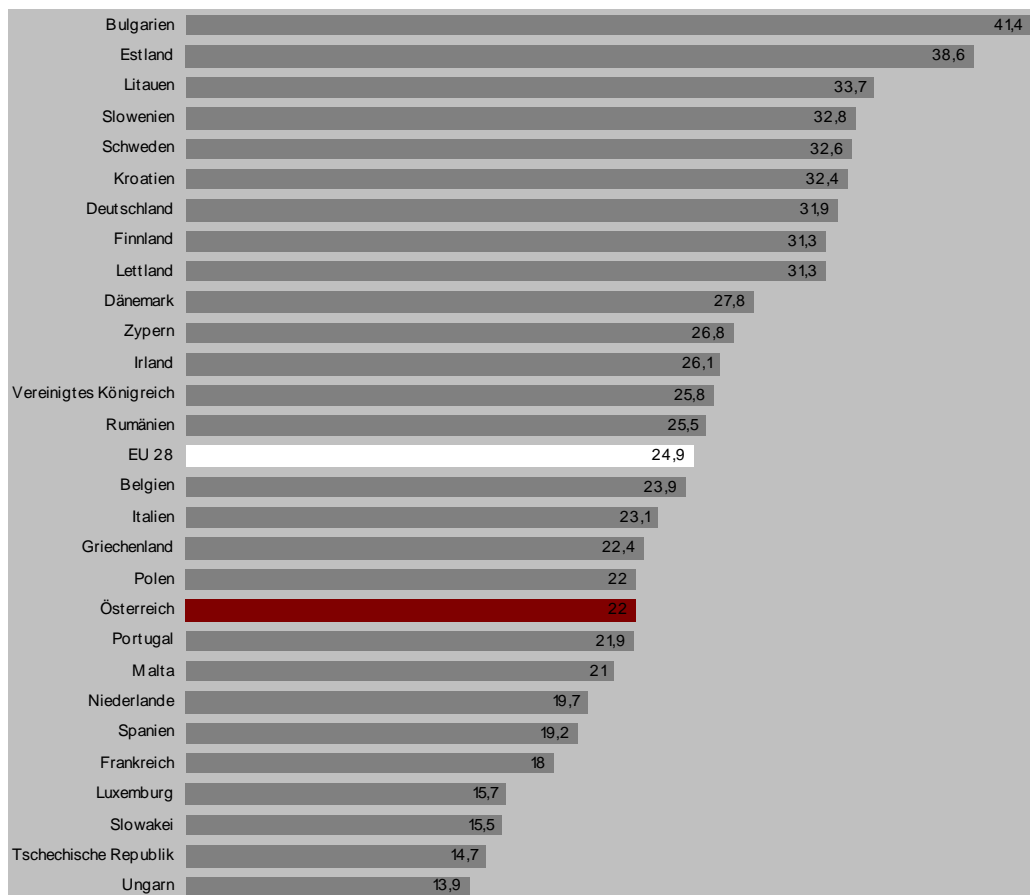


Abbildung 6: Armutsgefährdung: Einpersonenhaushalt, EU-Staaten, 2013⁶⁰

Männer

Alleinlebende Männer wiesen vor allem in den baltischen Staaten ein erhöhtes Armutsrisiko auf. Etwa ein Drittel der Männer war in Lettland, Estland und Litauen armutsgefährdet. Aber auch in wohlhabenden Staaten wie Finnland, Deutschland, Schweden und Irland waren überdurchschnittlich viele alleinlebende Männer von Armut betroffen. Wobei in Irland deutlich mehr Männer (32,1 Prozent) als Frauen (21,2 Prozent) armutsgefährdet waren. Ähnlich hoch war die Differenz sonst nur in Ungarn (Männer: 20,2 Prozent, Frauen: 11,2 Prozent), Spanien (Männer: 23,7 Prozent, Frauen: 15,2 Prozent) und Polen (Männer 26,2 Prozent), Frauen: 19,8 Prozent).

*Männer hoch:
baltische Staaten
Finnland
Irland*

⁵⁸ BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010: 40

⁵⁹ vgl. Eurostat: At-risk-of-poverty rate by sex

⁶⁰ Eurostat: Armutsgefährdungsquote, nach Haushaltstyp

Männer niedrig:
Tschechien
Frankreich
Luxemburg

Eine geringe Armutsgefährdung hatten männliche Einpersonenhaushalte in der Tschechischen Republik (12,1 Prozent), Frankreich, Luxemburg (jeweils 16,7 Prozent) und Österreich (18,5 Prozent).

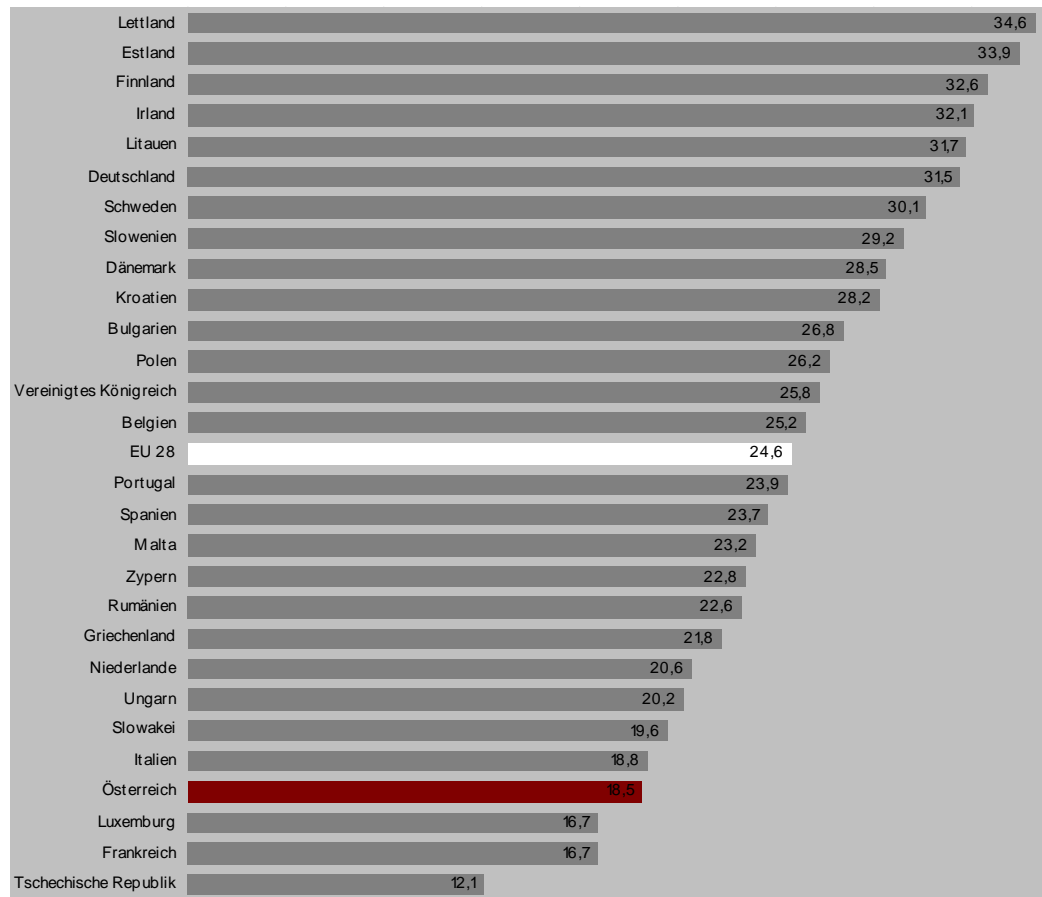


Abbildung 7: Armutsgefährdung: Einpersonenhaushalt Männer, EU-Staaten, 2013⁶¹

Frauen

Frauen hoch:
Bulgarien
Estland
Slowenien

In Bulgarien war die Hälfte der alleinlebenden Frauen armutsgefährdet. In keinem anderen EU-Land war die Armutsgefährdung von Frauen (51,4 Prozent) damit so viel höher als jene der Männer (26,8 Prozent). In Estland waren 41,4 Prozent der Frauen in Einpersonenhaushalten von Armut betroffen (das waren um 7,5 Prozentpunkte mehr als die Quote der Männer). Etwas mehr als ein Drittel der Frauen war in Slowenien, Schweden, Litauen und Kroatien armutsgefährdet.

Frauen niedrig:
Ungarn
Slowakei
Luxemburg

Die niedrigste Armutsgefährdung wiesen im Jahr 2013 alleinstehende Frauen in Ungarn (11,2 Prozent), der Slowakei (14 Prozent), Luxemburg (14,6 Prozent), Spanien (15,2 Prozent) und der Tschechischen Republik (16,4 Prozent) auf.

⁶¹ Eurostat: Armutsgefährdungsquote, nach Haushaltstyp

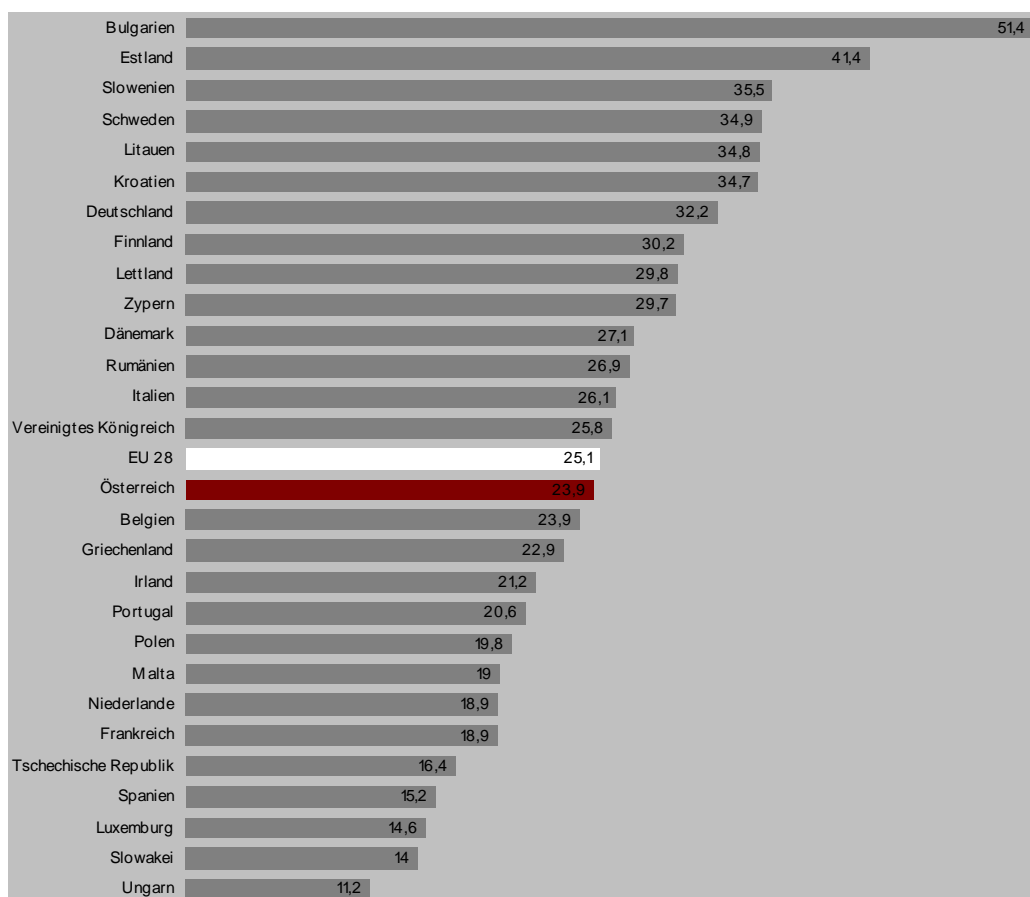


Abbildung 8: Armutsgefährdung: Einpersonenhaushalt Frauen, EU-Staaten, 2013⁶²

3. Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung

Als armuts- und ausgrenzungsgefährdet werden Personen bezeichnet, die entweder armutsgefährdet oder materiell depriviert sind oder in einem Haushalt mit geringer Erwerbsintensität leben. Der Zielgruppe umfasst demnach mehr Menschen als die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote. In der Europäischen Union war im Jahr 2013 ein Viertel der Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das waren 122,9 Mio. Menschen.⁶³

In Bulgarien war fast die Hälfte der Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, in Rumänien zwei Fünftel, in Griechenland etwa ein Drittel. Diese Staaten hatten zwar alle eine sehr hohe Armutsgefährdungsquote, aber durch die Ausdehnung auf andere prekäre Gruppen zeigt sich das tatsächliche Ausmaß der unter finanziellen Lebenseinschränkungen leidenden Personen.

Am niedrigsten war die Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in der Tschechischen Republik (14,6 Prozent), den Niederlanden (15,9 Prozent) und Finnland (16 Prozent).

¼ der EU-Bürger armuts- oder ausgrenzungsgefährdet

*hoch:
Bulgarien
Rumänien
Griechenland*

*niedrig:
Tschechien
Niederlande
Finnland*

⁶² Eurostat: Armutsgefährdungsquote, nach Haushaltstyp

⁶³ Eurostat: Eurostat: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen

*Österreich:
1,6 Mio. Menschen
armuts- oder
ausgrenzungsge-
fährdet*

In Österreich waren 18,8 Prozent der Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das waren fast 1,6 Mio. Menschen, die von mindestens einer der Gefährdungslagen betroffen waren. Armutsgefährdet waren 14,4 Prozent (1.203.000 Personen), erheblich materiell depriviert waren 4,2 Prozent (355.000 Personen) und weitere 7,7 Prozent lebten in Haushalten mit niedriger oder keiner Erwerbsintensität.⁶⁴ Bei 5 Prozent der österreichischen Bevölkerung (385.000 Personen) traten mehrere dieser Indikatoren gleichzeitig auf, das heißt, sie waren von einer höheren Intensität der Armut betroffen.⁶⁵

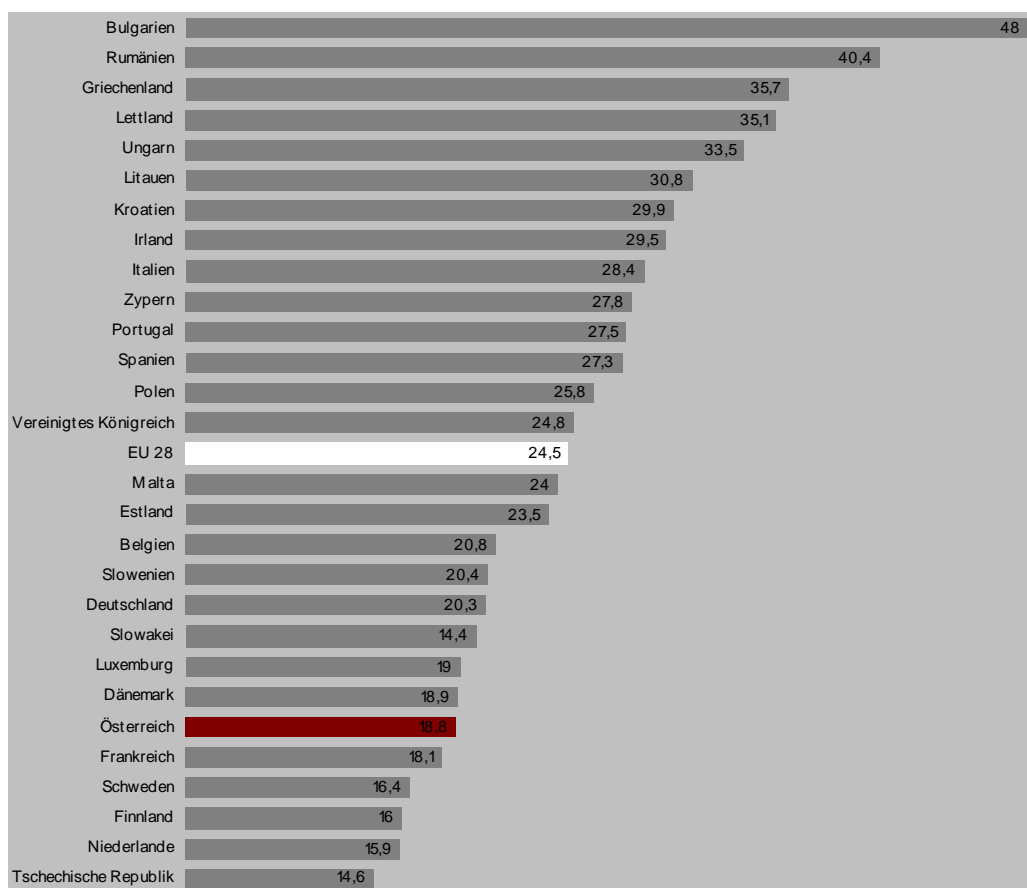


Abbildung 9: Armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Personen: EU-Staaten, 2013⁶⁶

⁶⁴ vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2013: 76f.

⁶⁵ vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2013: 79

⁶⁶ Eurostat: Eurostat: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen

4. Armut und Arbeit

Die Stellung im Beruf, das Ausmaß der Tätigkeit, die Möglichkeit einer bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen zu können sowie der etwaige Verlust des Arbeitsplatzes entscheiden in der Regel über die Lebenssituation der betroffenen Personen sowie der Haushalte, in denen sie leben.

Die Erwerbsbiographie von Frauen unterscheidet sich häufig von jener der Männer. Betreuungsaufgaben insbesondere von Kindern führen oftmals zu einer Einschränkung der Erwerbsbeteiligung. Frauen weisen daher in der Regel eine niedrigere Erwerbsbeteiligung und ein höheres Ausmaß an Teilzeitarbeit auf als Männer. Dabei entscheidet das zusätzliche Einkommen von Frauen oft über die Armutsgefährdung der Familie.

*Frauen/Männer:
unterschiedliche
Erwerbsbiographie*

Die angeführten Arbeitsmarktdaten basieren auf dem Labour Force-Konzept. Demnach *„gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber normalerweise einer Beschäftigung nachgeht. Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Karenz- bzw. Kindergeld beziehen, sind bei den Erwerbstätigen inkludiert. Als arbeitslos gilt, wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig ist, aktive Schritte zur Arbeitssuche tätigt und kurzfristig zu arbeiten beginnen kann.“*⁶⁷

4.1. Armutsgefährdung von Erwerbstätigen

Erwerbsarbeit schützt am besten vor Armutsgefährdung. In vielen Fällen reicht aber mittlerweile die Erwerbsarbeit nicht aus, um ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erreichen. Diese Personen werden als „working poor“ bezeichnet. Ursache dafür kann eine Teilzeitstelle, eine nicht ganzjährige Tätigkeit, eine gering bezahlte Arbeit, aber auch die Haushaltssituation (zu viele Menschen sind von einem Einkommen abhängig) sein.

4.1.1. Erwerbstätigenquote

Die Erwerbstätigenquote nach dem Labour Force-Konzept *„ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse.“*⁶⁸

In der Europäischen Union betrug die Erwerbstätigenquote im Jahr 2013 durchschnittlich 68,4 Prozent, wobei sie bei Männern (mit 74,3 Prozent) deutlich höher

*EU Erwerbstätigen-
quote: 68,4%*

⁶⁷ Statistik Austria: Arbeitslose (internationale und nationale Definition), Nicht-Erwerbspersonen mit Arbeitswunsch

⁶⁸ Eurostat: Erwerbstätigenquote nach Geschlecht

lag als bei Frauen (62,6 Prozent). Insgesamt waren 207 Mio. EU-BürgerInnen erwerbstätig.⁶⁹ Die Unterschiede in den einzelnen EU-Staaten sind beträchtlich.

niedrig:
Griechenland
Kroatien
Spanien

In Griechenland war nur die Hälfte (52,9 Prozent) der Personen im Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren auch erwerbstätig. In Kroatien waren es 57,2 Prozent, in Spanien 58,6 Prozent und in Italien 59,7 Prozent. Diese vier Länder wiesen auch eine sehr niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen auf.

hoch:
Schweden
Deutschland
Niederlande

Die Erwerbsbeteiligung war am höchsten in Schweden (79,8 Prozent), Deutschland (77,3 Prozent), den Niederlanden (76,5 Prozent) und Dänemark (75,6 Prozent). In all diesen Staaten sind Frauen auch stark in den Arbeitsmarkt eingebunden. Österreich hatte mit 74,6 Prozent die sechsthöchste Erwerbstätigquote aller EU-Länder.

sechshöchste
Quote in Ö

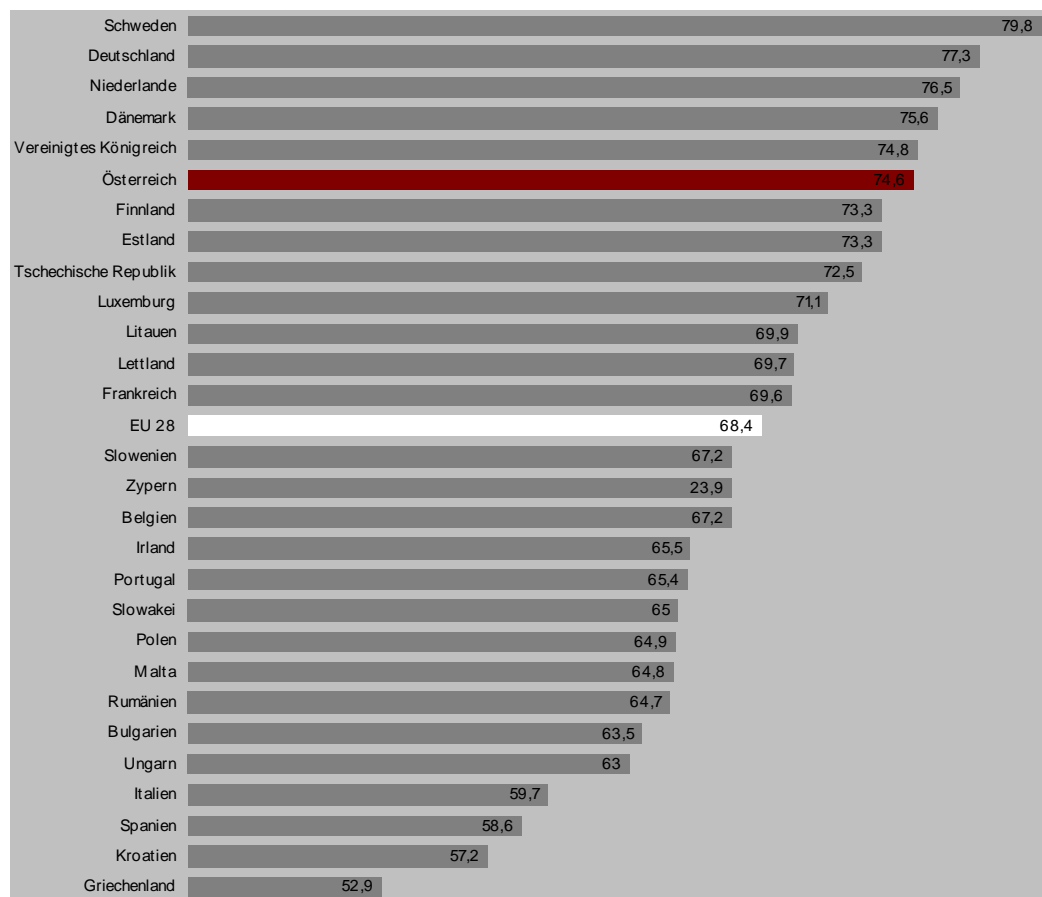


Abbildung 10: Erwerbstätigenquoten: EU-Staaten, 2013⁷⁰

In fast allen EU-Ländern kann eine unterschiedlich starke Erwerbsintensität von Frauen und Männern beobachtet werden. Männer wiesen in allen Staaten eine höhere Erwerbsquote als Frauen auf. Am deutlichsten war der Unterschied – mit 30 Prozentpunkten – in Malta. Ein komplett anderes Bild zeigte sich in den balti-

⁶⁹ Eurostat: Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Erwerbsstatus

⁷⁰ Eurostat: Erwerbstätigenquote nach Geschlecht

schen Staaten Lettland und Litauen und auch in Finnland, wo die Erwerbstätigenquote der Frauen annähernd so hoch war wie jene der Männer..

Männer

Am niedrigsten war die Erwerbsquote der Männer in Kroatien, Griechenland, Spanien, Bulgarien und Portugal. Also alle Länder, die in den letzten Jahren mit großen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen zu kämpfen hatten. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. In all diesen Ländern war auch die Erwerbsbeteiligung der Frauen unter dem EU-Durchschnitt.

Männer niedrig:
Kroatien
Griechenland
Spanien

Die Erwerbsbeteiligung der Männer war in Schweden, Deutschland, den Niederlanden, der Tschechischen Republik und dem Vereinigten Königreich am höchsten. Vier von fünf Männern zwischen 15 und 64 Jahren waren hier erwerbstätig. Österreich lag mit 79,1 Prozent knapp dahinter.

Männer hoch:
Schweden
Deutschland
Niederlande

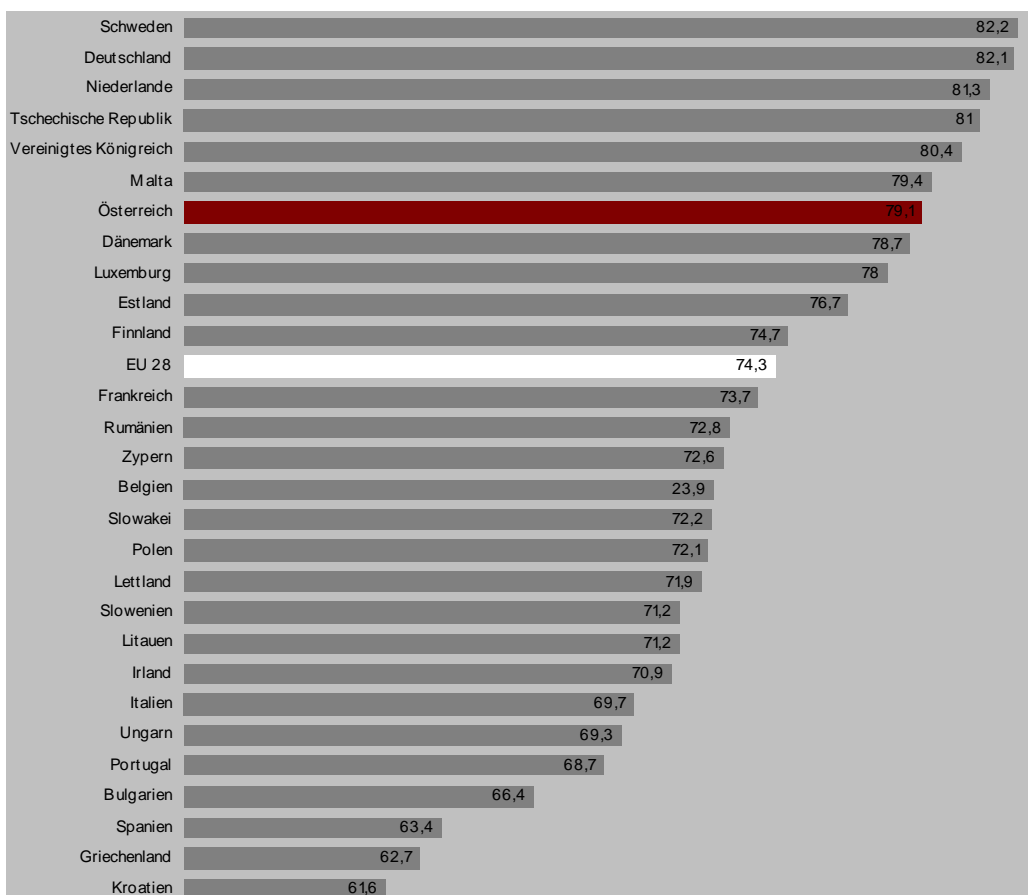


Abbildung 11: Erwerbstätigenquoten: Männer, EU-Staaten, 2013⁷¹

⁷¹ Eurostat: Erwerbstätigenquote nach Geschlecht

Frauen

*Frauen niedrig:
Griechenland
Malta
Italien*

*Frauen hoch:
Schweden
Deutschland
Dänemark*

Die Erwerbsquote der Frauen war ebenso wie bei den Männern in Griechenland am niedrigsten. Nur 43 Prozent verfügen hier über eine Arbeit. Ebenfalls sehr niedrig war sie in den anderen südeuropäischen Ländern Malta, Italien, Kroatien und Spanien. In diesen Ländern zeigen sich auch die höchsten Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung zwischen Männern und Frauen.

Die höchsten Erwerbsquoten von Frauen finden sich in den skandinavischen Ländern, die dafür bekannt sind, den Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt – etwa durch hoch entwickelte Karenz- und Kinderbetreuungsangebote – zu fördern. In Schweden waren 77,2 Prozent der Frauen erwerbstätig. Dahinter folgen Deutschland, Dänemark, Finnland und die Niederlande (mit einer Erwerbsquote von ca. 72 Prozent). In Österreich lag die Erwerbsbeteiligung der Frauen bei überdurchschnittlichen 70 Prozent.

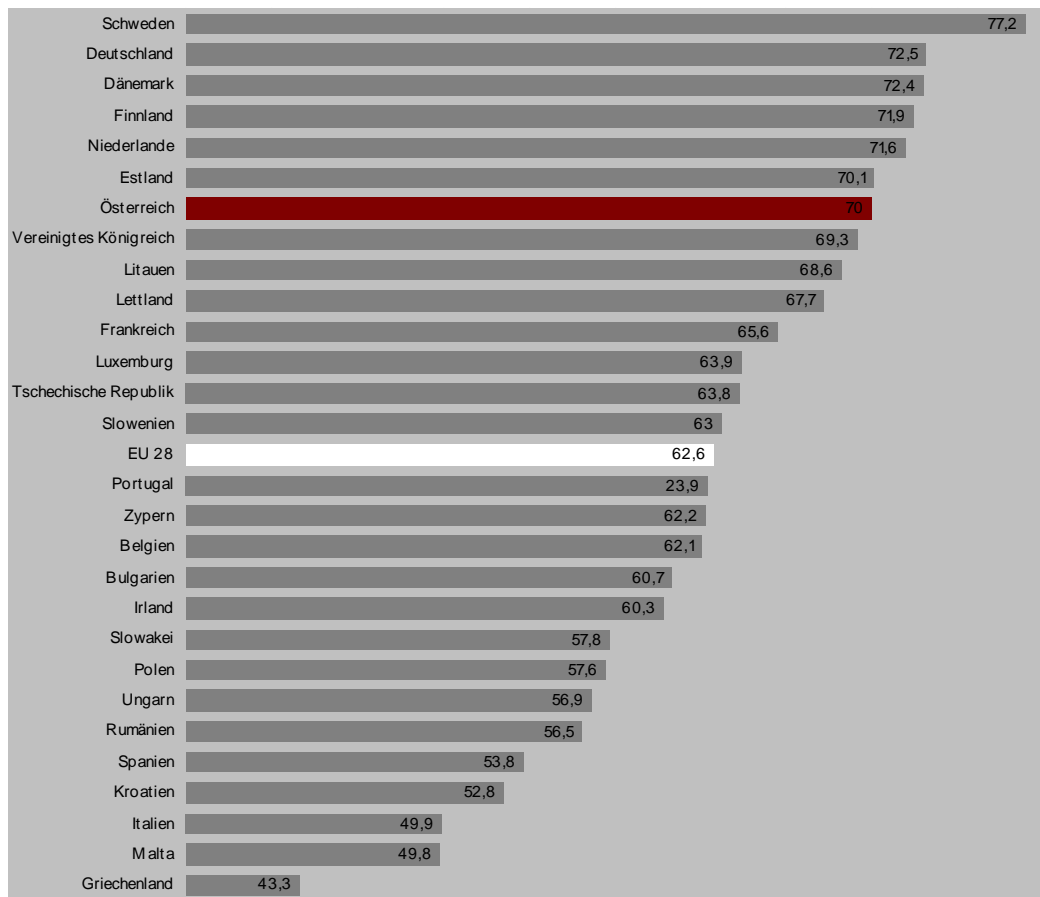


Abbildung 12: Erwerbstätigenquoten: Frauen, EU-Staaten, 2013⁷²

⁷² Eurostat: Erwerbstätigenquote nach Geschlecht

4.1.2. Armutsgefährdung

Erwerbsarbeit senkt das Risiko, von Armut betroffen zu sein. Ob eine Armutsgefährdung trotz Erwerbsarbeit entsteht, liegt an der Einkommenshöhe sowie dem Haushaltskontext (Familienzusammensetzung, Anzahl der Erwerbstätigen usw.). Ganz entscheidende Faktoren sind außerdem der formale Bildungsabschluss und die Staatsbürgerschaft.

Unter Erwerbstätigen in der EU liegt die Armutsgefährdung nur bei 8,9 Prozent und damit deutlich unter dem Durchschnitt von 16,6 Prozent. Das bedeutet aber auch, dass von den 237 Mio. Erwerbstätigen⁷³ zuletzt (2013) immer noch 21 Mio. „working poor“ und damit armutsgefährdet waren. Und nicht in allen EU-Staaten trägt die Erwerbsarbeit im gleichen Maße zur Armutsreduktion bei.

*Erwerbstätigkeit
halbiert Armuts-
Risiko in der EU*

Den mit Abstand höchsten Anteil an „working poor“ hatte Rumänien mit 18 Prozent. Damit ist die Armutsgefährdung von Erwerbstätigen nur um 4,3 Prozent niedriger als jene der Gesamtbevölkerung. Griechenland hat zwar den zweithöchsten Anteil an armutsgefährdeten Erwerbstätigen, jedoch vermindert hier eine Erwerbsarbeit die Armutsgefährdung signifikant von durchschnittlich 23,1 Prozent auf 13,1 Prozent. Kaum einen Einfluss auf die Armutsgefährdung hat die Erwerbstätigkeit hingegen in Luxemburg, wo 11,2 Prozent der Erwerbstätigen armutsgefährdet sind (Durchschnitt: 12,6 Prozent).

*hoch:
Rumänien
Griechenland
Luxemburg*

Den niedrigsten Anteil an „working poor“ gab es in Finnland, wo zuletzt nur 3,7 Prozent der Erwerbstätigen von Armutsgefährdung betroffen waren. Das waren um 8,1 Prozentpunkte weniger als im Landesdurchschnitt. Auch in der Tschechischen Republik konnte die ohnehin schon niedrige Armutsgefährdung durch Erwerbstätigkeit noch einmal auf 4 Prozent halbiert werden. In Dänemark, Belgien, Irland und den Niederlanden mussten ca. 4,5 Prozent der Erwerbstätigen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle leben, was in allen Ländern eine deutliche Verbesserung gegenüber der durchschnittlichen Armutsgefährdung des jeweiligen Landes bedeutete.

*niedrig:
Finnland
Tschechien
Dänemark*

Die Armutsgefährdungsquote von Erwerbstätigen betrug im Jahr 2013 in Österreich 7,9 Prozent. Demnach waren 291.000 Menschen (129.000 Frauen und 162.000 Männer) working poor. Personen mit einem formal niedrigen Bildungsabschluss hatten ein größeres Armutsrisiko trotz Erwerbstätigkeit als besser Gebildete (siehe: Armut und Bildung). Von großer Bedeutung ist auch die Staatsbürgerschaft. Unter österreichischen StaatsbürgerInnen lag der Anteil der working poor bei 6 Prozent. Bei Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft aus dem EU/EFTA-Raum lag der Anteil dagegen bei 18 Prozent, bei jenen aus dem sonstigen Ausland sogar bei 22 Prozent.⁷⁴

*Österreich:
291.000 working
poor*

⁷³ Eurostat: Erwerbspersonen nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit

⁷⁴ vgl. BMASK: Sozialbericht 2013–2014: 304f

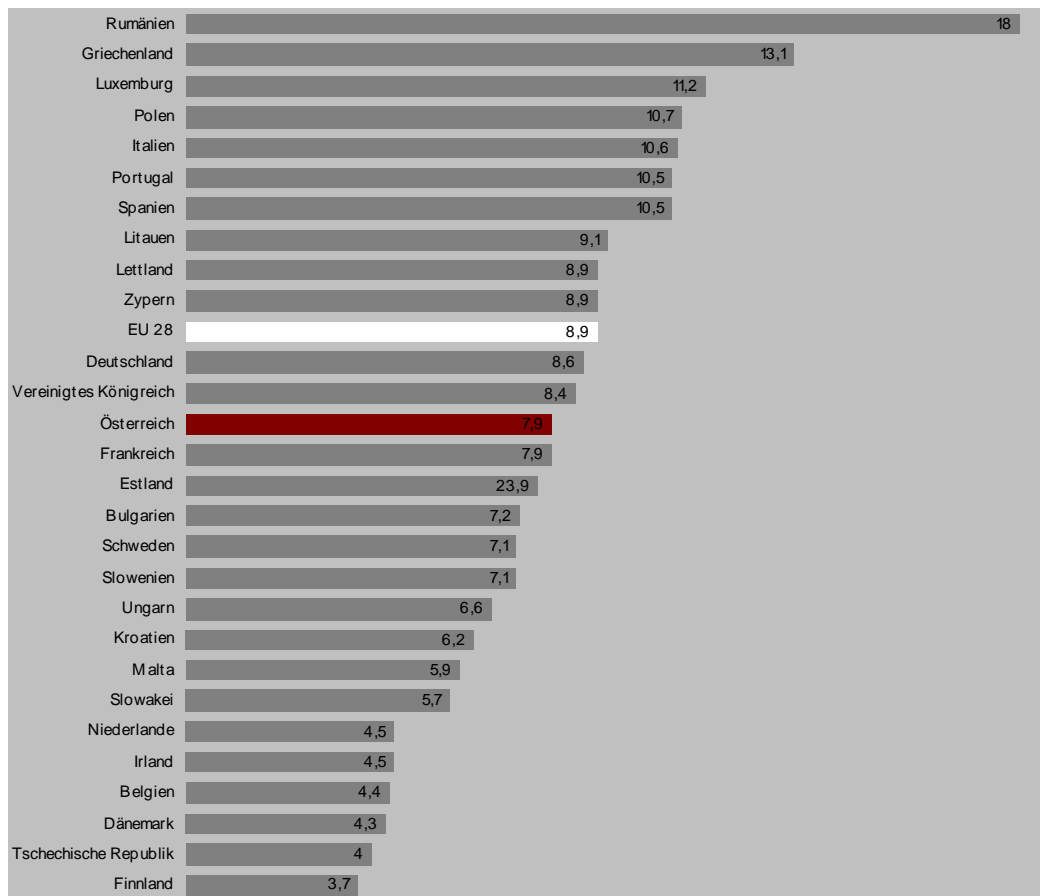


Abbildung 13: Armutsgefährdung: Erwerbstätige, EU-Staaten, 2013⁷⁵

4.2. Armutsgefährdung von Vollzeitbeschäftigten

*Vollzeitarbeit
bester Schutz vor
Armut*

Eine Vollzeitarbeitsstelle schützt am besten vor Armut. Die Armutsgefährdung von Vollzeitbeschäftigten lag in allen Ländern deutlich unter dem jeweiligen Landesdurchschnitt. Im EU-Durchschnitt lag sie im Jahr 2013 bei 7,2 Prozent (das waren um 9,4 Prozentpunkte weniger als im Durchschnitt). Von den 169,4 Mio. Vollzeitbeschäftigten⁷⁶ in der Europäischen Union waren 2013 etwa 12,2 Mio. armutsgefährdet.

*hoch:
Rumänien
Griechenland
Luxemburg*

Eine höhere Armutsgefährdung wiesen Vollzeitbeschäftigte wiederum in den südeuropäischen Ländern auf. Diese Staaten waren generell in erhöhtem Ausmaß von Armut betroffen. Die Lage verbesserte sich zwar für die einzelnen Personen deutlich, wenn einer Vollzeitarbeit nachgegangen wird, das Armutsrisiko bleibt im EU-Vergleich aber überdurchschnittlich. Rumänien (13,1 Prozent), Griechenland (10,7 Prozent), Italien (9 Prozent), Spanien (8,9 Prozent), Portugal (8,8 Prozent) und Zypern (7,8 Prozent) zählten zu den Ländern mit der höchsten Armutsgefährdung von Vollzeitbeschäftigten.

⁷⁵ Eurostat: Arbeits-Armutsgefährdungsquote

⁷⁶ Eurostat: Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung nach Geschlecht, Alter und Bildungsstatus

Sehr gering war das Risiko, trotz einer Vollzeittätigkeit armutsgefährdet zu sein, in Dänemark, Finnland (jeweils 2,7 Prozent), Irland (2,9 Prozent), Niederlande (3,4 Prozent) und Belgien (3,5 Prozent).

*niedrig:
Dänemark
Finnland
Irland*

In Österreich lag das Armutsrisiko von Vollzeitbeschäftigten (mit 6,8 Prozent) knapp unter dem EU-Durchschnitt. Es lag deutlich (um 7,6 Prozentpunkte) unter der durchschnittlichen Armutsgefährdung in Österreich. Eine Vollzeitbeschäftigung senkt das Armutsrisiko in Österreich also deutlich.

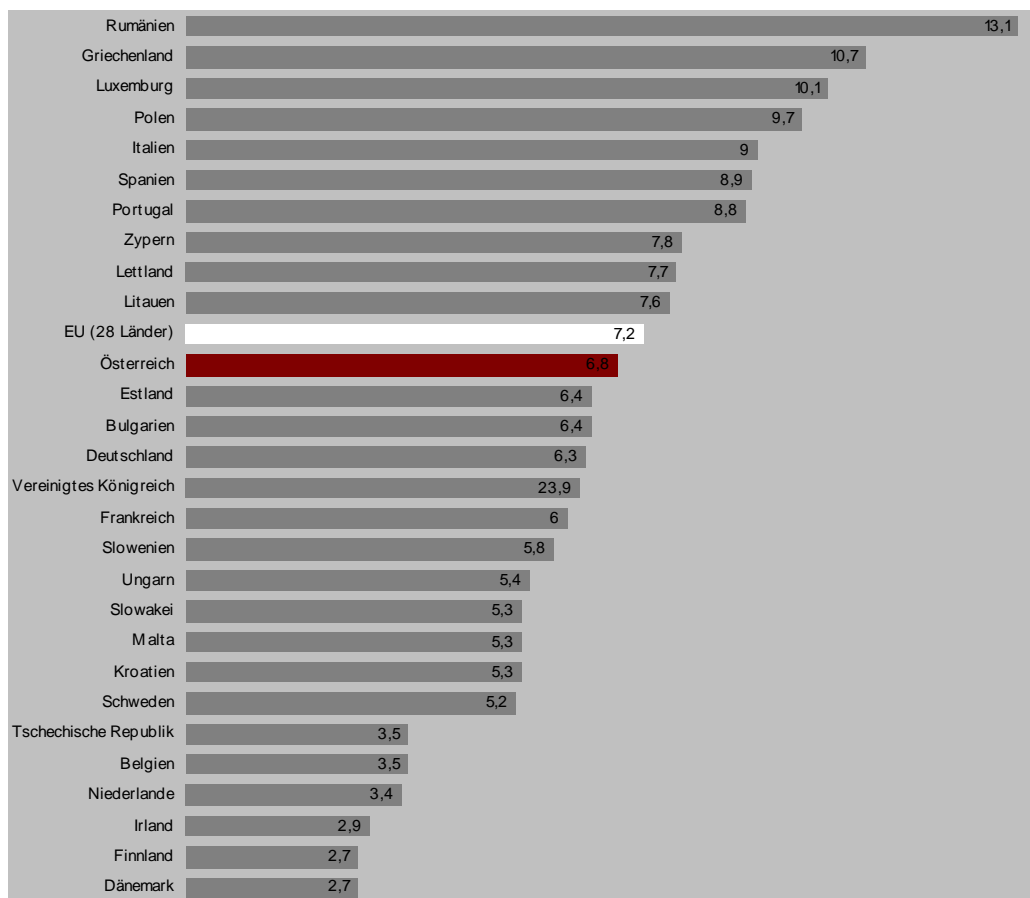


Abbildung 14: Armutsgefährdung: Vollzeitbeschäftigte, EU-Staaten, 2013⁷⁷

4.3. Armutsgefährdung von Teilzeitbeschäftigten

4.3.1. Gründe für Teilzeitarbeit

Es gab in den 28 EU-Staaten im Jahr 2013 etwa 41,3 Mio. Teilzeitbeschäftigte⁷⁸ – Tendenz steigend. Teilzeitarbeit wird in vielen Fällen nicht freiwillig ausgeführt. So arbeitete in den 28 EU-Ländern fast ein Drittel der Teilzeitbeschäftigten nur Teilzeit, da kein Vollzeitarbeitsplatz verfügbar war, wobei Männer (39,8 Prozent) häufiger betroffen waren als Frauen (26 Prozent).⁷⁹ Am stärksten findet sich dieses Problem in

*Teilzeit, da keine
Vollzeitstelle v.a.
im Südeuropa*

⁷⁷ Eurostat: Arbeits-Armutsgefährdungsquote nach der Arbeitszeit

⁷⁸ Eurostat: Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung nach Geschlecht, Alter und Bildungsabschluss

⁷⁹ siehe Anhang: Gründe für Teilzeitarbeit nach Geschlecht

den wirtschaftlich schwächeren südeuropäischen Ländern Griechenland (68,2 Prozent), Spanien (63,3 Prozent) und Italien (62,8 Prozent).

	konnte keinen ganztägigen Arbeitsplatz finden	in Ausbildung oder in beruflicher Fortbildung	andere familiäre oder persönliche Verantwor- tungsbereiche	Betreuung von Kindern oder erwerbs- unfähigen Erwachsenen	Krankheit oder Unfähigkeit besitzen	andere Gründe
Belgien	9,5	2,8	28,1	18,1	5,3	36,2
Bulgarien	61,8	7,8	12,1	-	-	13,2
Dänemark	18,3	40,8	21,1	2,7	7,7	9,4
Deutschland	15,6	10,2	19,0	23,5	3,5	28,2
Estland	18,5	20,2	6,1	8,9	7,2	39,0
Finnland	26,1	27,9	25,0	10,4	10,7	-
Frankreich	39,3	5,0	16,2	26,1	6,3	7,0
Griechenland	68,2	3,9	7,2	4,1	0,5	16,1
Irland	43,1	13,4	17,3	16,1	1,2	9,0
Italien	62,8	1,8	4,5	16,9	1,6	12,4
Kroatien	24,8	2,2	10,7	5,2	9,1	48,1
Lettland	40,7	9,8	12,7	3,2	3,1	30,4
Litauen	32,7	10,5	14,2	-	6,8	32,8
Luxemburg	10,6	5,7	41,6	22,1	4,0	16,0
Malta	16,0	15,7	28,4	16,6	1,6	21,6
Niederlande	9,9	22,3	4,2	29,6	4,0	30,0
Österreich	11,8	11,6	17,6	31,8	3,3	24,0
Polen	30,9	9,6	3,1	6,1	6,3	44,1
Portugal	48,8	6,3	5,0	3,2	7,1	29,6
Rumänien	55,9	1,6	6,6	2,3	3,6	30,1
Schweden	29,7	12,9	10,6	17,2	10,1	19,5
Slowakei	32,4	2,2	2,1	2,7	10,4	50,2
Slowenien	10,6	28,0	2,1	9,2	20,7	29,3
Spanien	63,3	5,0	4,0	11,6	1,2	15,0
Tschechische Republik	16,9	15,6	12,6	19,8	14,7	20,4
Ungarn	43,2	5,2	4,8	8,6	16,0	22,3
Vereinigtes Königreich	20,3	11,7	18,1	32,8	2,1	15,0
Zypern	55,8	5,1	10,3	11,1	4,7	13,0
EU 28	29,2	10,1	13,7	22,3	3,9	20,8

Tabelle 3: Gründe für Teilzeitbeschäftigung: EU-Staaten, 2013⁸⁰

Ein weiterer Grund für Teilzeitarbeit sind, vor allem bei Frauen, familiäre Betreuungspflichten und Verantwortungsbereiche. Insgesamt 36 Prozent der Teilzeitbeschäftigten führten dies als Grund für ein verringertes Beschäftigungsausmaß an (wobei 22,3 Prozent Betreuungsaufgaben wahrnehmen mussten und 13,7 Prozent andere familiäre Verpflichtungen hatten). Hier zeigt sich die Geschlechterdisparität deutlich. Nur für 4 Prozent der Männer, aber für 27,8 Prozent der Frauen war die Betreuung von Kindern oder Erwachsenen der ausschlaggebende Grund Teilzeit zu arbeiten. Hinzu kommen noch 15,6 Prozent der Frauen, die wegen anderen familiären Verpflichtungen nur Teilzeit arbeiten konnten, bei den Männern waren dies lediglich 7,5 Prozent. Länderunterschiede zeigen sich auch hier: Während im Vereinigten Königreich (32,8 Prozent), Ös-

**Frauen:
Teilzeit aufgrund
von Betreuungsaufgaben**

⁸⁰ Eurostat: Hauptgrund für Teilzeitbeschäftigung – Verteilung nach Geschlecht und Alter

terreich (31,8 Prozent) und den Niederlanden (29,6 Prozent) ein sehr hoher Anteil aufgrund von Betreuungspflichten Teilzeit gearbeitet hat, war dieser Anteil in Rumänien (2,3 Prozent), Dänemark und der Slowakei (jeweils 2,7 Prozent) sehr gering.

Die Aus- oder berufliche Weiterbildung war für 10 Prozent der Erwerbstätigen der Hauptgrund für eine verringerte Erwerbstätigkeit (Männer 19,3 Prozent, Frauen: 7,3 Prozent). In einigen Staaten liegt dieser Prozentsatz aber weit höher wie in Dänemark (40,8 Prozent), Slowenien (28 Prozent), Finnland (27,9 Prozent) und den Niederlanden (22,3 Prozent).

Teilzeit wegen Aus- bzw. Weiterbildung v.a. in Dänemark, Slowenien, Finnland

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Frauen ihre Arbeitszeit ganz klar in erster Linie aufgrund familiärer Pflichten verringern, Männer hingegen aufgrund mangelnder Alternativen oder einer (Zusatz)Ausbildung.

4.3.2. Teilzeitquote

Die Teilzeitquote gibt den Anteil der teilzeitbeschäftigten Personen (zwischen 15 und 64 Jahren) an den Gesamtbeschäftigten an. Im Jahr 2013 waren in der Europäischen Union 20,4 Prozent (41,3 Mio.) teilzeitbeschäftigt. Das waren um 3,9 Prozentpunkte mehr als noch 2003. In fast allen Ländern ist die Tendenz steigend. Einen Rückgang der Teilzeitquote gab es seit dem Jahr 2003 lediglich in Polen, Lettland, Litauen, Kroatien und Rumänien. Den höchsten Anstieg gab es in diesem Zeitraum in Österreich (von 18,7 auf überdurchschnittliche 26,8 Prozent). Die Teilzeitbeschäftigung hat sowohl bei Männern als auch bei Frauen zugenommen. Frauen stellen allerdings immer noch drei Viertel der Teilzeitbeschäftigten.⁸¹

jede/r fünfte ArbeitnehmerIn arbeitet Teilzeit

In Bulgarien (2,7 Prozent), der Slowakei (4,8 Prozent), Kroatien (6,5 Prozent), der Tschechischen Republik (6,6 Prozent) und Ungarn (6,8 Prozent) war der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Gesamtbeschäftigten am geringsten. Wenn eine Teilzeitstelle angetreten wird, dann hauptsächlich aus dem Grund, dass eine Vollzeitstelle nicht verfügbar war. In all diesen Ländern arbeiten auch Frauen kaum Teilzeit.

*niedrige Teilzeitquote:
Bulgarien
Slowakei
Kroatien*

Mit Abstand am höchsten war die Teilzeitbeschäftigung – wie seit Jahren – auch 2013 in den Niederlanden. Ein Viertel der Männer und drei Viertel der Frauen arbeitete Teilzeit, so viel wie nirgendwo sonst. Der Grund ist aber kein Mangel an Vollzeitarbeitsplätzen, sondern Aus- oder Fortbildungen (bei Männern) und Betreuungsaufgaben (bei Frauen). Dass die Teilzeitquote in den Niederlanden derart hoch ist, liegt aber in erster Linie an einem bereits in den 1990er Jahren verabschiedeten Gesetz, welches „die Arbeitgeber verpflichtet, Teilzeitkräfte genauso fair zu behandeln wie Mitarbeiter, die Vollzeit arbeiten.“⁸²

*hohe Teilzeitquote:
Niederlande
Deutschland
Ver. Königreich
Österreich*

Hoch sind die Teilzeitquoten auch in Deutschland (27,7 Prozent), dem Vereinigten Königreich (27 Prozent) und in Österreich (26,8 Prozent). In Deutschland und

⁸¹ Eurostat: Voll- und Teilzeitbeschäftigung nach Geschlecht, Alter und Bildungsstatus

⁸² Zeit: Ich mach mal halblang

Österreich arbeiten Männer vorrangig Teilzeit, weil sie sich in einer Aus- oder Fortbildung befinden, im Vereinigten Königreich aufgrund des Mangels an Vollzeitstellen, Frauen aufgrund von Betreuungsaufgaben. Anders in Schweden, wo 26,2 Prozent der männlichen und weiblichen Erwerbstätigen Teilzeit arbeiten, hauptsächlich weil sie keine Vollzeitarbeit gefunden haben.

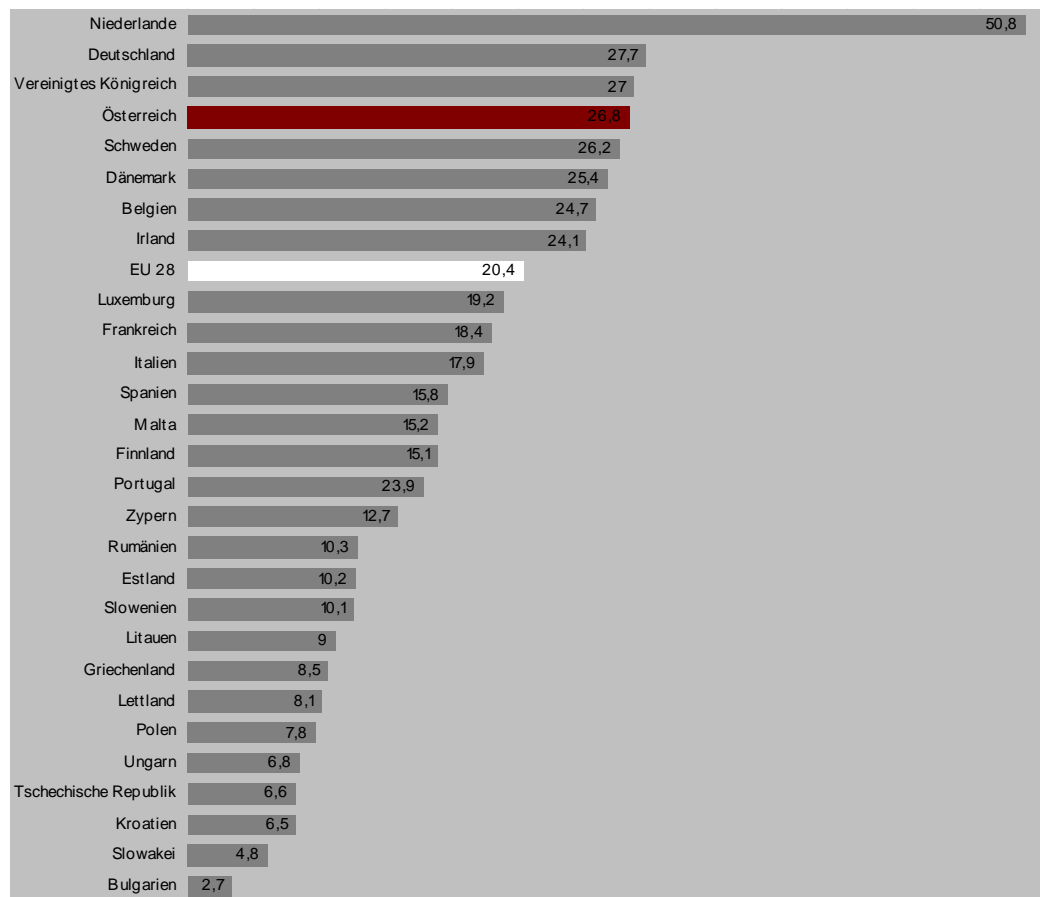


Abbildung 15: Teilzeitquote: EU-Staaten, 2013⁸³

Teilzeitarbeit ist weiblich

Teilzeitarbeit ist nach wie vor weiblich. In allen EU-Staaten war die Teilzeitquote der Frauen höher als jene der Männer. Die Teilzeitquote der Frauen lag im EU-Durchschnitt im Jahr 2013 bei 33 Prozent und war damit um 23,2 Prozentpunkte höher als jene der Männer (9,8 Prozent).

Männer

Männer geringe Teilzeitquote: Bulgarien Tschechien Slowakei

Die geringsten Teilzeitquoten der Männer gab es im Jahr 2013 in den slawischen Staaten Bulgarien (2,2 Prozent), der Tschechischen Republik (3,3 Prozent), der Slowakei (3,4 Prozent).

Höhere Teilzeitquoten von Männern gab es vor allem in den skandinavischen Ländern und auf den britischen Inseln. In den Niederlanden betrug die Teilzeit-

⁸³ Eurostat: Teilzeitbeschäftigte Personen

quote der Männer 27,9 Prozent, in Dänemark 15,9 Prozent und in Schweden 14,9 Prozent. Während in den Niederlanden und Dänemark Aus- und Weiterbildungen für die hohe Quote verantwortlich waren, so war die Teilzeitbeschäftigung der Männer in Schweden in den meisten Fällen nicht freiwillig. Die nicht Verfügbarkeit eines ganztägigen Arbeitsplatzes führte aber nicht nur in Schweden, sondern auch in Irland (14,3 Prozent) und dem Vereinigten Königreich (13,3 Prozent) zu erhöhten Teilzeitquoten der Männer.

Männer hohe Teilzeitquote:
Niederlande
Dänemark
Schweden

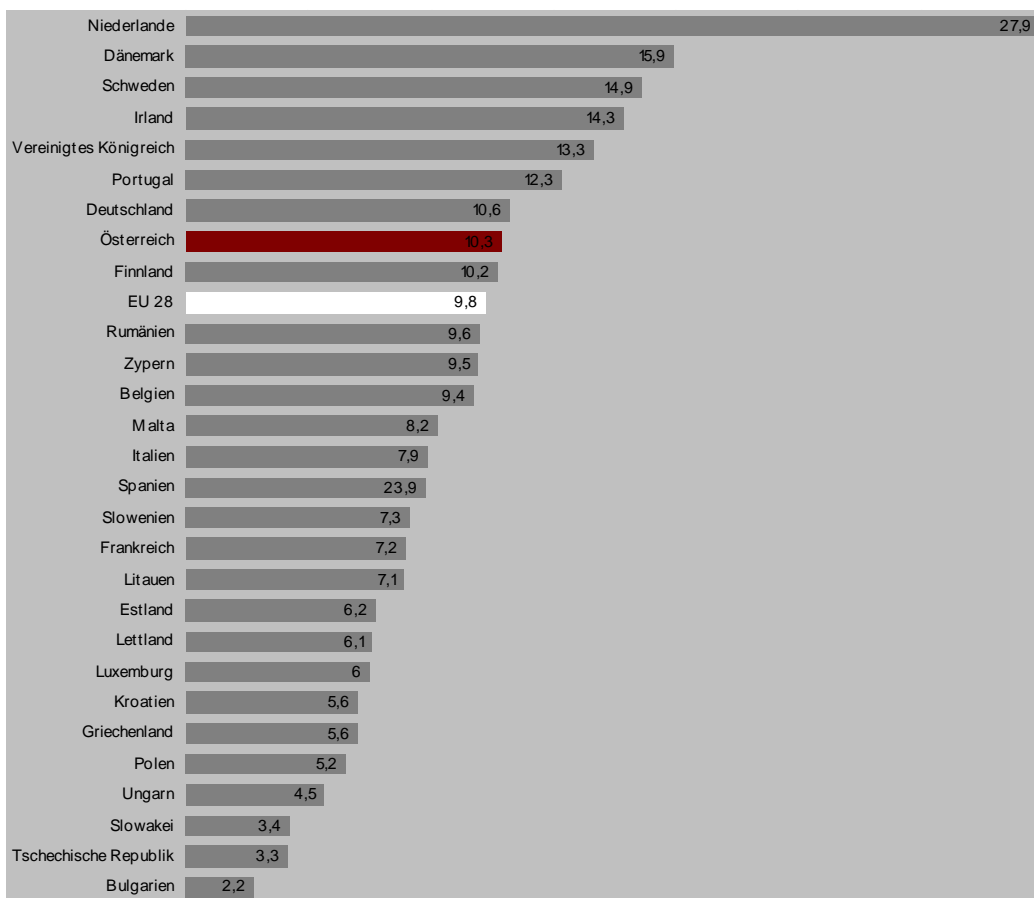


Abbildung 16: Teilzeitquote: Männer, EU-Staaten, 2013⁸⁴

Frauen

So wie auch bei den Männern arbeitete in Bulgarien (3,2 Prozent), der Slowakei (6,4 Prozent), Kroatien (7,6 Prozent) und Ungarn (9,4 Prozent) nur ein geringer Prozentsatz der Frauen Teilzeit. .

Frauen niedrige Teilzeitquote:
Bulgarien
Slowakei
Bulgarien

In den Niederlanden arbeiteten 42,3 Prozent der Frauen wegen einer Aus- oder Weiterbildung nicht Vollzeit. Ganz anders in Deutschland, wo die Hälfte aufgrund von Betreuungsaufgaben oder sonstigen familiären Verpflichtungen ihre Arbeitszeit einschränkte. Die Teilzeitquote der österreichischen Frauen lag 2013 bei 45,6 Prozent. Die Hälfte der Frauen arbeitete Teilzeit wegen Betreuungs- und

⁸⁴ Eurostat: Teilzeitbeschäftigte Personen

Frauen hohe Teilzeitquote:
 Niederlande
 Deutschland
 Österreich

Familienpflichten. Im Vergleich dazu: Die österreichischen Männer hatten eine Teilzeitquote von 10,3 Prozent, also um 35,3 Prozentpunkte niedriger. Die Männer lagen damit nur knapp über dem EU-Durchschnitt, die Frauen hingegen deutlich.

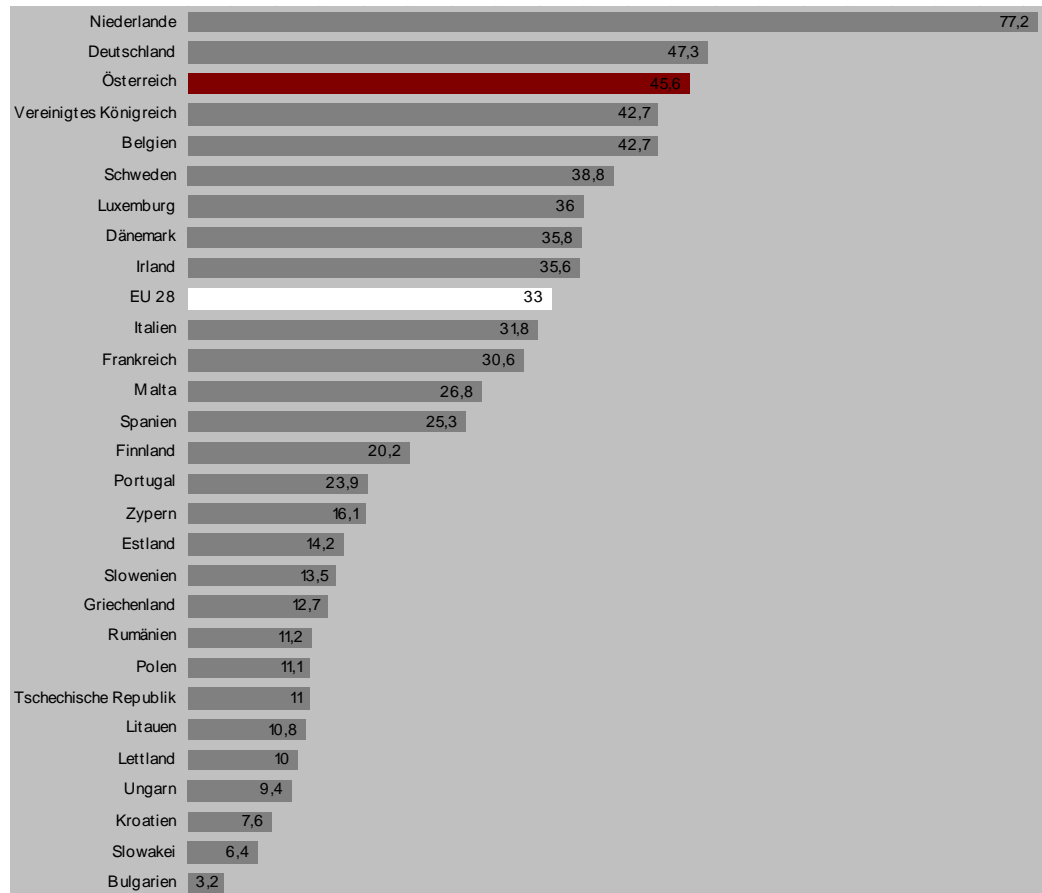


Abbildung 17: Teilzeitquote: Frauen, EU-Staaten, 2013⁸⁵

4.3.3. Armutsgefährdung

Dass Erwerbsarbeit vor Armut schützt, trifft bei Teilzeitbeschäftigung nur teilweise zu. Im EU-Durchschnitt hatten Teilzeitbeschäftigte mit 14,6 Prozent sogar eine um 2 Prozentpunkte niedrigere Armutsgefährdung als der Durchschnitt. Damit waren nur etwa 6 Mio. Teilzeitarbeitende in der EU armutsgefährdet. Dies liegt häufig daran, dass Teilzeitbeschäftigte in einem Haushalt mit einem Vollzeitbeschäftigten leben und damit das Armutsgefährdungsrisiko sinkt.

In einigen Ländern der Europäischen Union konnte mit einer Teilzeitarbeit aber kein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle erreicht werden. Im Gegenteil hatten Teilzeitbeschäftigte in 12 EU-Staaten sogar ein höheres Armutsrisiko als der Bevölkerungsdurchschnitt. Am schlimmsten war die Situation in Rumänien, wo mehr als die Hälfte (57,3 Prozent) der Teilzeitbeschäftigten armutsgefährdet waren. Auch in

EU: 6 Mio. armutsgefährdete Teilzeitbeschäftigte

*hoch:
 Rumänien
 Portugal
 Griechenland*

⁸⁵ Eurostat: Teilzeitbeschäftigte Personen

den südlichen Ländern Portugal (28 Prozent), Griechenland (27 Prozent) und Kroatien (26,2 Prozent) erreichte ein Viertel der Teilzeit Erwerbstätigen kein Einkommen, das vor Armutsgefährdung schützt.

In den Niederlanden, wo die Hälfte der Erwerbstätigen Teilzeit arbeitet, lag das Einkommen der Teilzeitbeschäftigten derart hoch, dass es so gut wie in keinem anderen Land vor Armut schützte. Nur 4,5 Prozent der Teilzeitbeschäftigten waren in den Niederlanden armutsgefährdet. Gering war die Armutsgefährdung von Teilzeitarbeitenden auch in Belgien (5,9 Prozent), Irland (7,4 Prozent) und Dänemark (7,5), wo immerhin ein knapp ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung in Teilzeitstellen arbeitete.

*niedrig:
Niederlande
Belgien
Irland*

Anders als bei den Vollzeitbeschäftigten lag das Armutsrisiko von Teilzeitbeschäftigten in Österreich (mit 9,5 Prozent) deutlich unter dem EU-Durchschnitt und war auch (um 4,9 Prozentpunkte) niedriger als die durchschnittliche Gefährdung in Österreich.

Österreich: fünftniedrigste Quote

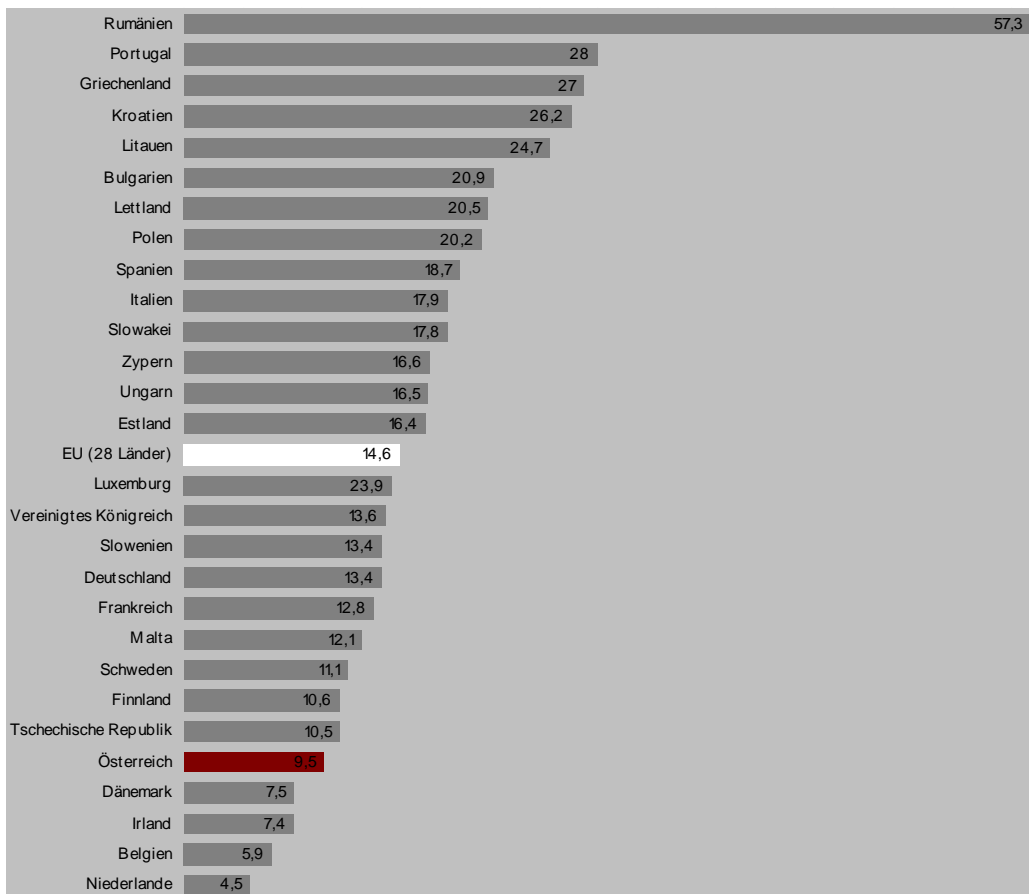


Abbildung 18: Armutsgefährdung: Teilzeitbeschäftigte, EU-Staaten, 2013⁸⁶

⁸⁶ Eurostat: Arbeits-Armutsgefährdungsquote nach der Arbeitszeit

4.4. Armutsgefährdung von arbeitslosen Personen

Arbeitslosigkeit erhöht Armutsrisiko drastisch

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko. Arbeitslose Personen gehören in allen EU-Staaten zu den am häufigsten von Armutsgefährdung betroffenen Gruppen. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, umso schwieriger wird die Situation für die Betroffenen und umso höher das Armutsrisiko. Neben finanziellen Schwierigkeiten treten bei Langzeitarbeitslosen oftmals auch psychologische und psychosoziale Probleme auf. Die Wiedereinstiegschancen in den Erwerbsprozess verringern sich zudem mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit.

4.4.1. Arbeitslosenquote

Die Definition der Arbeitslosenquote nach dem Labour Force Konzept lautet: „Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbsbevölkerung ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen [...] von 15 bis 74 Jahren [...]“⁸⁷

EU: jede/r zehnte arbeitslos

Arbeitslosigkeit stellt in der Europäischen Union ein großes Problem dar, von dem allerdings nicht alle EU-Staaten gleichermaßen betroffen sind. Im Jahr 2013 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Europäischen Union 10,9 Prozent. Das bedeutete, dass etwa 26 Mio. Menschen arbeitslos waren.⁸⁸ Die Langzeitarbeitslosenquote betrug 5,2 Prozent.⁸⁹ Problematisch ist jedoch, dass mittlerweile Langzeitarbeitslose die Hälfte aller Arbeitslosen ausmachen.⁹⁰

Hälfte aller Arbeitslosen langzeitarbeitslos

*hohe Arbeitslosigkeit:
Griechenland
Spanien
Kroatien*

Ein massives Problem stellt Arbeitslosigkeit in den krisengeschüttelten südeuropäischen Staaten Griechenland und Spanien dar. In den letzten Jahren ist hier die Arbeitslosigkeit konstant gestiegen und erreichte im Jahr 2013 Spitzenwerte von 27,5 Prozent in Griechenland und 26,1 Prozent in Spanien. Diese beiden Staaten kämpfen zudem mit einem hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen (Griechenland: 18,5 Prozent, Spanien: 13 Prozent). Auch in anderen südeuropäischen Ländern wie Kroatien (17,3 Prozent), Portugal (16,4 Prozent) und Zypern (15,9 Prozent) stellt Arbeitslosigkeit ein großes Problem dar.

*niedrige Arbeitslosigkeit:
Deutschland
Österreich
Luxemburg*

Am niedrigsten war die Arbeitslosigkeit im Jahr 2013 in Deutschland (5,2 Prozent), Österreich (5,4 Prozent) und Luxemburg (5,9 Prozent). Österreich hatte zudem die geringste Langzeitarbeitslosenquote (1,3 Prozent).

⁸⁷ Eurostat: Arbeitslosenquote nach Geschlecht

⁸⁸ Eurostat: Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Erwerbsstatus

⁸⁹ siehe Anhang: Langzeitarbeitslosenquote: EU-Staaten, 2013

⁹⁰ siehe Anhang: Langzeitarbeitslosigkeit: Anteil an Arbeitslosigkeit, EU-Staaten, 2013

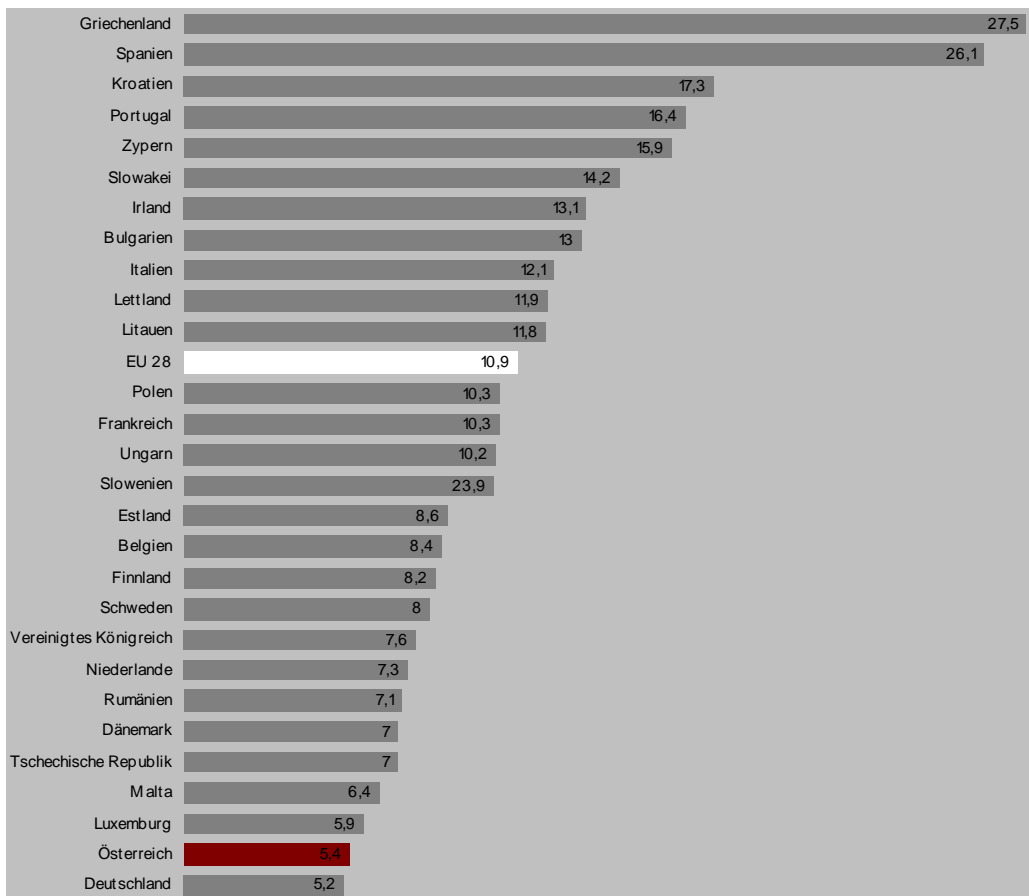


Abbildung 19: Arbeitslosenquote: EU-Staaten, 2013 ⁹¹

Bei der Arbeitslosigkeit zeigten sich im europäischen Durchschnitt keine Geschlechterunterschiede. Die Arbeitslosenquote der Männer betrug 2013 10,8 Prozent, jene der Frauen 10,9 Prozent. Auch in den meisten EU-Ländern gab es nur minimale Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Ausnahmen bildeten Griechenland (6,9 Prozentpunkte) und die Tschechische Republik (2,4 Prozentpunkte), wo Frauen deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen waren als Männer. Ferner Irland (4,3 Prozentpunkte), Litauen (2,6 Prozentpunkte) und Bulgarien (2,1 Prozentpunkte), wo die Arbeitslosenquote der Männer etwas höher war als jene der Frauen.⁹²

keine Geschlechterunterschiede bei Arbeitslosigkeit

4.4.2. Armutsgefährdung

Arbeitslosigkeit führt in allen EU-Staaten zu einem exorbitanten Anstieg des Armutsrisikos. So war EU-weit fast die Hälfte der Arbeitslosen (46,4 Prozent) armutsgefährdet. Das bedeutet, dass 12 Mio. der 26 Mio. Arbeitslosen⁹³ armutsgefährdet waren.

EU: Hälfte der Arbeitslosen armutsgefährdet

⁹¹ Eurostat: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit

⁹² siehe Anhang: Arbeitslosenquote: Männer, EU-Staaten, 2013; Arbeitslosenquote: Frauen, EU-Staaten, 2013

⁹³ Eurostat: Arbeitslosigkeit nach Geschlecht, Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit

hoch:
Deutschland
Litauen
Lettland

Mit Abstand am schlimmsten war die Lage für arbeitslose Personen in Deutschland und den baltischen Staaten. In Deutschland waren mehr als zwei Drittel (69,3 Prozent) der Arbeitslosen armutsgefährdet. In Litauen (61 Prozent), Lettland (55,9 Prozent) und Estland (54,8 Prozent) weit mehr als die Hälfte.

niedrig:
Zypern
Irland
Niederlande

Wie schwer der Verlust des Arbeitsplatzes wiegt, zeigte sich auch in jenen EU-Ländern, die die niedrigsten Armutsgefährdungsquoten von Arbeitslosen aufwiesen. Denn in Zypern, Irland und den Niederlanden war immer noch ein Drittel armutsgefährdet.

Österreich: 46%

Auch in Österreich ist der Verlust der Erwerbsarbeit mit einem hohen Armutsrisiko verbunden. Zwar lag die Armutsgefährdung knapp unter den EU-Durchschnitt, betrug aber immer noch sehr hohe 45,8 Prozent.

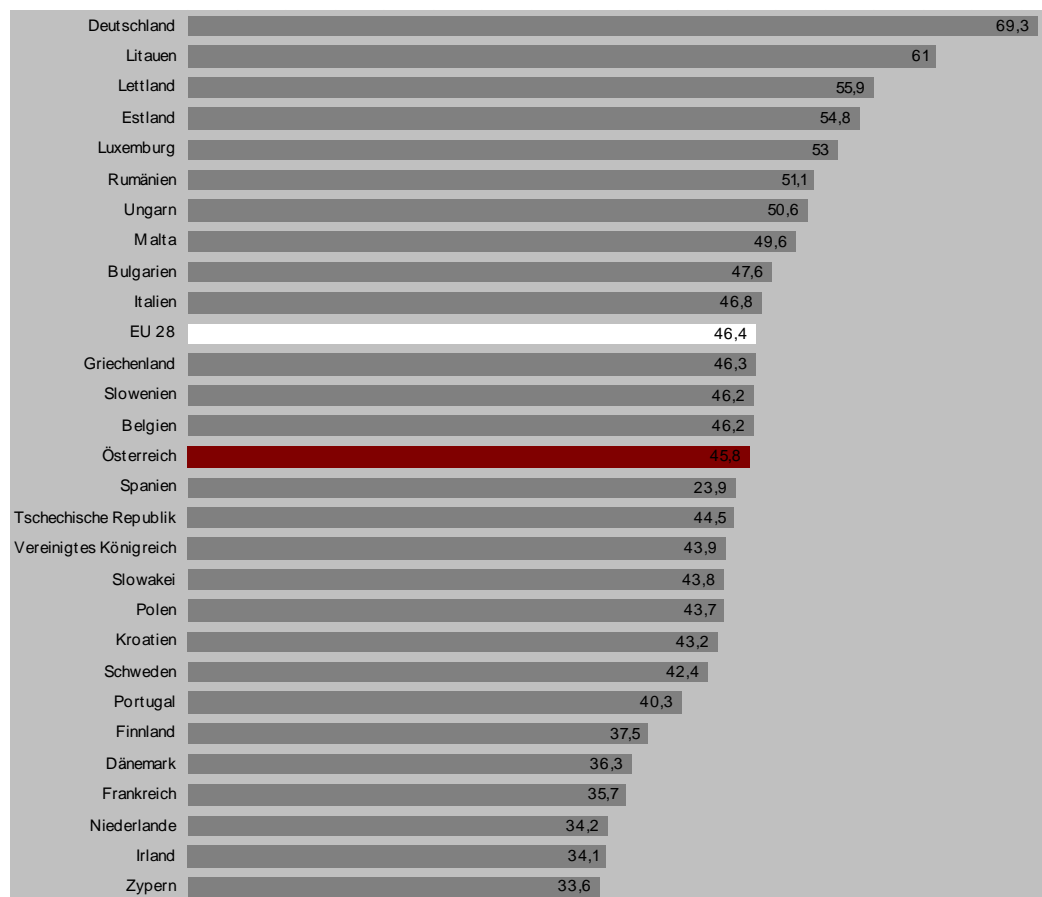


Abbildung 20: Armutsgefährdung: Arbeitslose, EU-Staaten, 2013⁹⁴

⁹⁴ Eurostat: Armutsgefährdungsquote nach Aktivitätsstatus

5. Armut und Bildung

Bildung hat einen direkten Einfluss auf das Armutsrisiko. Der formale Bildungsabschluss bestimmt wesentlich die Chancen am Arbeitsmarkt und auch die Höhe des Einkommens. Bildungsferne Haushalte verfügen demnach öfter über ein niedriges Einkommen. Das wirkt sich unmittelbar auf andere Lebensbereiche wie die Wohnsituation oder die Gesundheit(schancen) aus und bestimmt die Zukunftschancen von Kindern, die in diesen Haushalten aufwachsen (siehe: Armut von Kinder und Jugendlichen). Eine geringe formale Bildung tritt demnach sowohl als Ursache wie als Folge von erhöhter Armutsgefährdung und niedrigem Einkommen auf.

direkter Einfluss von Bildung auf das Armutsrisiko

Die einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union verfügen über unterschiedliche Bildungssysteme. Ein Vergleich gestaltet sich schwierig. Mit der ISCED 1997 (International Standard Classification of Education) wurde eine internationale Bildungsklassifikation zur Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen geschaffen. Dabei versteht sich die ISCED 1997 *„ebenso als konzeptueller wie als methodologischer Rahmen der internationalen Bildungsstatistik und liegt den Datensammlungen und der Berichterstattung von UNESCO, OECD und EUROSTAT zu Grunde.“*⁹⁵ Die ISCED 1997 nimmt eine Einteilung entlang des primären, sekundären und tertiären Bildungssektors vor:

0–2	Vorprimarstufe, Primarstufe, Sekundarstufe I
3–4	Sekundarstufe II, post-sekundäre, nicht-tertiäre Stufe
5–6	erste und zweite Phase des Tertiärbereichs

Tabelle 4: ISCED 1997-Ebenen

Die Zuordnung der Bildungsabschlüsse zu den ISCED 1997-Stufen nimmt jedes Land selbst vor. Die Zuordnung der österreichischen Bildungsgänge zu den ISCED 1997-Kategorien ist wie folgt:

0	Kindergarten, Vorschulstufe
1	Volksschule
2	Haupt- oder Realschule, AHS Unterstufe
3	AHS Oberstufe, BHS, BMS, Lehre, Polytechnische Schulen
4	mittlere und höhere Speziallehrgänge, Sonderpädagogische Lehrgänge, Schulen Krankenpflege, Aufbaulehrgänge
5	Universität, Fachhochschulen, (Berufs)Pädagogische Akademien, Kollegs, (Werk)Meisterausbildung
6	Doktoratsstudien

Tabelle 5: Zuordnung der österreichischen Bildungsgänge zu den ISCED 1997-Ebenen⁹⁶

5.1. Bildungsstand

In der Europäischen Union hatten zuletzt (2013) durchschnittlich etwa ein Viertel (27,9 Prozent) der 15- bis 64-jährigen Personen maximal einen Bildungsabschluss der Stufe 2 also einen Pflichtschulabschluss. Fast die Hälfte der EU-

EU: ein Viertel nur Pflichtschulabschluss

⁹⁵ Statistik Austria: Bildungsklassifikation

⁹⁶ Statistik Austria: Bildungsklassifikation

BürgerInnen (46,7 Prozent) hatte einen Abschluss der Bildungsstufen 3 oder 4. Eine Ausbildung darüber hinaus, also einen universitären oder vergleichbaren Abschluss, konnte ein weiteres Viertel der EU–Bevölkerung aufweisen.

	Bildungsstufen 0–2	Bildungsstufen 3–4	Bildungsstufen 5–6
Belgien	30,4	38,1	31,5
Bulgarien	22,1	55,7	22,2
Dänemark	29,5	41,4	29,1
Deutschland	17,7	57,1	25,2
Estland	15,8	51,0	33,2
Finnland	20,8	45,6	33,6
Frankreich	28,0	43,2	28,9
Griechenland	34,5	41,4	24,0
Irland	27,2	36,4	36,3
Italien	43,4	42,2	14,4
Kroatien	22,4	60,5	17,0
Lettland	16,6	56,4	27,0
Litauen	14,4	55,8	29,8
Luxemburg	26,1	38,6	35,2
Malta	54,9	27,9	17,2
Niederlande	29,0	41,7	29,3
Österreich	22,2	60,2	17,7
Polen	16,1	61,3	22,6
Portugal	59,4	23,0	17,6
Rumänien	28,9	57,3	13,8
Schweden	22,9	45,7	31,4
Slowakei	14,7	67,5	17,7
Slowenien	18,5	57,1	24,4
Spanien	45,6	23,5	30,9
Tschechische Republik	12,9	69,0	18,1
Ungarn	22,8	57,8	19,5
Vereinigtes Königreich	21,7	42,7	35,6
Zypern	25,4	39,2	35,4
EU 28	27,9	46,7	25,4

Tabelle 6: Personen nach Bildungsgrad: EU–Staaten⁹⁷

Bildungsniveau in den EU–Staaten unterschiedlich

Das Bildungsniveau war in den einzelnen EU–Ländern sehr unterschiedlich. Länder, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügten, wie Portugal oder Malta, standen jenen gegenüber, in denen mehr als ein Drittel der 15– bis 64–Jährigen einen Abschluss im Tertiärbereich aufwiesen, wie zum Beispiel in Irland, dem Vereinigten Königreich oder in den skandinavischen Ländern. Dazwischen lagen sich Staaten, in denen es einen überdurchschnittlichen Anteil von Personen mit Abschluss im mittleren Bildungsbereich gab. Dazu zählten etwa Österreich oder die Tschechische Republik. Als Kontrast hierzu zeigte sich Spanien, wo ein hoher Anteil von Personen mit Abschlüssen im Tertiärbereich einem hohen Anteil an Personen mit maximal

⁹⁷ Eurostat: Bevölkerung nach Bildungsabschluss, Geschlecht und Alter

Pflichtschulabschluss gegenüberstand, der mittlere Bildungssektor war hingegen unterdurchschnittlich repräsentiert.

5.2. Armutsgefährdung nach Bildungsstand

Personen, die maximal einen Pflichtschulabschluss aufweisen konnten, wiesen EU-weit eine deutlich überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote von 23,7 Prozent auf. Das war um 7,1 Prozentpunkte mehr als der Durchschnitt. In allen EU-Ländern – außer den Niederlanden – war die Armutsgefährdung dieser Gruppe überdurchschnittlich hoch. Wie sehr Bildung das Armutsrisiko senkt, zeigt sich im Sekundär- und Tertiärbildungsbereich. Im mittleren Bildungsbereich lag die Armutsgefährdung in der EU bereits bei unterdurchschnittlichen 14,5 Prozent und lag bei AbsolventInnen der Tertiärstufe bei nur 7,5 Prozent.

EU: max. Pflichtschulabschluss: ein Viertel armutsgefährdet

Die höchste Armutsgefährdung hatten Personen mit Abschlüssen im untersten Bildungssektor in Bulgarien mit 43,3 Prozent. Aber auch in Kroatien, Rumänien, Litauen war noch ein Drittel dieser Personen armutsgefährdet. Ganz anders in den Niederlanden. Hier waren nur 10,4 Prozent der 15–64-jährigen EinwohnerInnen mit maximal Pflichtschulabschluss armutsgefährdet. In Dänemark, der Tschechischen Republik und Irland war die Gefährdungsquote ebenfalls niedrig und lag knapp unter 18 Prozent. In Österreich war ein Fünftel dieser Personengruppe armutsgefährdet.

*Pflichtschulabschluss hoch:
Bulgarien
Kroatien
Rumänien*

Die Armutsgefährdung von Personen mit einer Ausbildung der Stufen 3 und 4 war am höchsten in Griechenland (23,2 Prozent) und den baltischen Staaten Litauen (20,3 Prozent), Estland (20,2 Prozent) und Lettland (19,2 Prozent). Am niedrigsten war sie in Malta (7,2 Prozent), der Tschechischen Republik (7,7 Prozent), Ungarn (9,9 Prozent) und Luxemburg (10,6 Prozent). Österreich lag mit 11,3 Prozent knapp dahinter.

In allen EU-Ländern hatten Personen mit einem Abschluss im Tertiärbereich eine geringere Armutsgefährdungsquote als der jeweilige Landesdurchschnitt. Am höchsten war die Armutsgefährdung für AbsolventInnen der Bildungsstufen 5 und 6 in Österreich! 12,3 Prozent waren im Jahr 2013 armutsgefährdet. Das war nur um 2,1 Prozentpunkte weniger als die durchschnittliche Armutsgefährdung. In keinem anderen EU-Land konnte durch eine hohe Ausbildung die Armutsgefährdung so wenig gesenkt werden wie in Österreich. In Estland lag die Armutsgefährdungsquote für die formal am höchsten gebildeten Personen bei 10,8, in Schweden und Deutschland bei 9 Prozent. Den größten Einfluss auf die Armutsgefährdung hat der Abschluss einer hohen Ausbildung in Rumänien. Nur 1,6 Prozent der Personen mit Abschlüssen im höchsten Bildungssektor waren armutsgefährdet und das obwohl Rumänien mit 22,4 Prozent die durchschnittlich zweithöchste Armutsgefährdung aller EU-Staaten aufwies. Ebenfalls sehr niedrig

*Universitätsabschluss hoch:
Österreich
Estland
Schweden*

war die Armutsgefährdung dieser Gruppe in der Tschechischen Republik (1,8 Prozent), Ungarn (2,4 Prozent), Malta (3 Prozent) und Portugal (3,8 Prozent).

	Bildungsstufen 0-2	Bildungsstufen 3-4	Bildungsstufen 5-6
Belgien	25,9	11,7	7,2
Bulgarien	43,3	12,7	4,7
Dänemark	17,6	13,4	7,8
Deutschland	25,7	15,4	9
Estland	29	20,2	10,8
Finnland	19,7	14	4,5
Frankreich	18,3	11,7	7,2
Griechenland	27,4	23,2	8,8
Irland	17,9	15,1	7,7
Italien	23	14,8	7,5
Kroatien	35,1	15,2	5,5
Lettland	28,6	19,2	6,8
Litauen	33,3	20,3	6,7
Luxemburg	21	10,6	5,7
Malta	18,6	7,2	3
Niederlande	10,4	10,9	7,8
Österreich	20,5	11,3	12,3
Polen	26,2	16,7	4,6
Portugal	21,2	10,7	3,8
Rumänien	34,7	15,3	1,6
Schweden	25,7	14	9
Slowakei	21,9	10,8	4,8
Slowenien	30,3	13,2	4,1
Spanien	24,4	18,4	8,5
Tschechische Republik	17,6	7,7	1,8
Ungarn	26,5	9,9	2,4
Vereinigtes Königreich	22	15,6	8,5
Zypern	24,9	14,8	6,1
EU 28	23,7	14,5	7,5

Tabelle 7: Armutsgefährdung: nach Bildungsstufen, EU-Staaten, 2013⁹⁸

*Österreich:
niedrig Gebildete
öfter manifest arm*

In Österreich hat also die formale Ausbildung und die daraus resultierende berufliche Tätigkeit wie auch in anderen Ländern eine armutslindernde Wirkung. Neben einer erhöhten Armutsgefährdung waren formal niedrig gebildete Menschen öfter manifest arm (max. Pflichtschule: 8 Prozent, Lehre, Matura: 4 Prozent, Universität: 3 Prozent). Personen mit maximal Pflichtschulabschluss und LehrabsolventInnen lebten außerdem deutlich öfter in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität (30 bzw. 41 Prozent) als Personen mit Matura (19 Prozent) oder einem Hochschulabschluss (10 Prozent), und sie waren auch häufiger materiell depriviert (Pflichtschule: 40 Prozent, Lehre: 43 Prozent, Matura: 12 Prozent, Universität: 4 Prozent). Auch das Risiko trotz einer Erwerbstätigkeit armutsgefährdet zu sein, ist deutlich höher. 14 Prozent der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss waren working poor, aber „nur“ 8 Prozent der Universitäts-

⁹⁸ Eurostat: Armutsgefährdung nach höchstem erreichten Bildungsstand

absolventInnen.⁹⁹ Die Ausbildung beeinflusst aber auch die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Personen mit maximal Pflichtschulabschluss stellten in Österreich 2013 fast die Hälfte aller Arbeitslosen, LehrabsolventInnen ein weiteres Drittel. Zusammen machten sie damit 80 Prozent aller Arbeitslosen aus.¹⁰⁰

6. Armut und Familie

Auch die Haushaltszusammensetzung hat einen wesentlichen Einfluss auf das Armutsrisiko. Die Geburt von Kindern erhöht zwar nicht per se die Armutsgefährdung, im Fall von Familien mit mehreren Kindern und AlleinerzieherInnen-Haushalten ergibt sich aber ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko. In diesen Haushalten sind die Erwerbschancen der Frauen oftmals deutlich eingeschränkt. Das Erwerbseinkommen der Frauen ist oft entscheidend, um eine Armutslage zu verhindern. Hinzu kommen bei Mehrkinderfamilien die erhöhten Ausgaben. Auch bei AlleinerzieherInnen, die häufig nur Teilzeit arbeiten können, sind die finanziellen Belastungen überdurchschnittlich hoch. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, Beschäftigungsmöglichkeiten, die mit den Betreuungspflichten vereinbar sind, sowie ein leistbares Kinderbetreuungsangebot zu schaffen. In der Europäischen Union ist die Situation für Familien je nach Arbeitsmarktsituation, Einkommensverhältnissen, Sozialsystemen und Kinderbetreuungsangebot sehr unterschiedlich.

Zusammensetzung des Haushaltes bestimmt Armutsrisiko

6.1. Armutsgefährdung von AlleinerzieherInnen-Haushalten

AlleinerzieherInnen-Haushalte gehören in ganz Europa zu den armutsgefährdetsten Gruppen. Noch immer sind die meisten alleinerziehenden Eltern Frauen. Die hohe Armutsgefährdung dieser Haushalte lässt sich auf die eingeschränkte Erwerbstätigkeit und die geringeren Verdienstmöglichkeiten zurückführen. Aufgrund der Betreuungsaufgaben arbeiten alleinerziehende Frauen oft nur Teilzeit. Die immer noch ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen trifft diese Personengruppe außerdem. AlleinerzieherInnen sind darüber hinaus in doppeltem Maße von nicht ausreichenden und nicht leistbaren Kinderbetreuungsangeboten sowie mit Betreuungsaufgaben schwer vereinbaren Beschäftigungsverhältnissen betroffen.

AlleinerzieherInnen haben in allen EU-Staaten hohes Armutsrisiko

AlleinerzieherInnen großteils Frauen

In allen EU-Staaten sind Ein-Eltern-Haushalte überdurchschnittlich stark von Armut betroffen. Die durchschnittliche Armutsgefährdung von AlleinerzieherInnen-Haushalten betrug in den EU-Staaten 31,9 Prozent. Das ist um 15,3 Prozentpunkte mehr als die durchschnittliche Armutsgefährdung.

EU: jede/r dritte AlleinerzieherIn armutsgefährdet

⁹⁹ vgl. BMASK: Sozialbericht 2013–2014: 305

¹⁰⁰ AMS: Arbeitsmarkt & Bildung Jahr 2013

hoch:
Luxemburg
Litauen
Malta

Die höchste Armutsgefährdung wiesen Ein-Eltern-Haushalte (mit 46,1 Prozent) in Luxemburg auf. Über 40 Prozent lag die Gefährdungsquote außerdem in Litauen und Malta. Knapp darunter in Lettland und Spanien.

niedrig:
Dänemark

Mit Abstand am niedrigsten war die Armutsgefährdungsquote von AlleinerzieherInnen in Dänemark mit 13,3 Prozent.

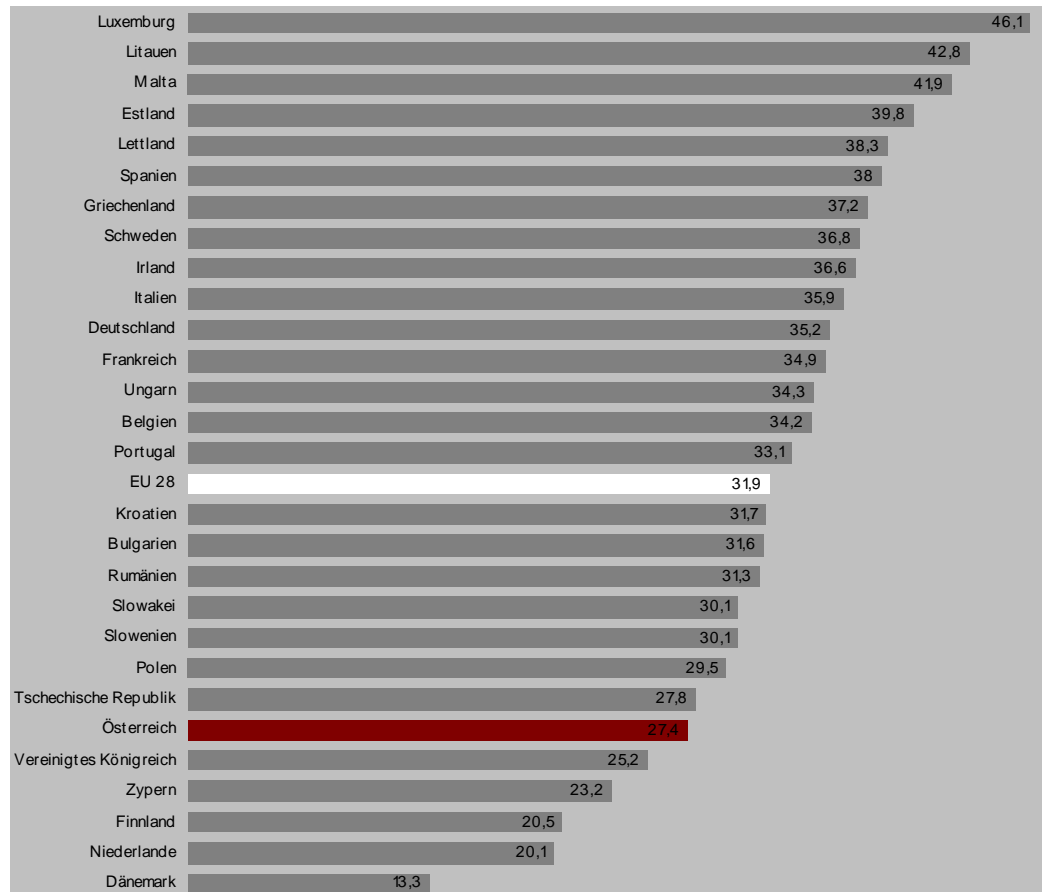


Abbildung 21: Armutsgefährdung: AlleinerzieherInnen, EU-Staaten, 2013¹⁰¹

Österreich:
Jeder 4. AlleinerzieherInnen-HH armutsgefährdet

Österreich wies (mit 27,4 Prozent) die sechsniedrigste Gefährdungsquote aller EU-Staaten auf. Trotzdem war mehr als jeder vierte AlleinerzieherInnen-Haushalt armutsgefährdet. Überdurchschnittlich oft waren diese Haushalte auch von manifester Armut betroffen (12 Prozent).¹⁰² Dies liegt auch daran, dass mehr als ein Fünftel der Haushalte (22 Prozent) keine oder eine nur niedrige Erwerbsintensität aufwies.¹⁰³ Aber auch wenn der/die Alleinerziehende einer Arbeit nachging, wurde oft kein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle erzielt; 15 Prozent waren working poor.¹⁰⁴ Sozialleistungen leisten daher in Ein-Eltern-Haushalten einen wichtigen Beitrag zum Einkom-

¹⁰¹ Eurostat: Armutsgefährdungsquote, nach Haushaltstyp

¹⁰² vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2013: 72

¹⁰³ vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2013: 74

¹⁰⁴ vgl. BMASK: Sozialbericht 2013–2014: 306

men. 30 Prozent des Haushaltseinkommens stammte im Durchschnitt aus Sozialleistungen.¹⁰⁵

6.2. Armutsgefährdung von Eltern mit drei oder mehr Kindern

Kinderreiche Familien haben in der Regel mit einer erhöhten Armutsgefährdung zu kämpfen. In der Europäischen Union hatten Familien mit drei oder mehr Kindern nur in Deutschland und Finnland ein geringeres Armutsgefährdungsrisiko als der Durchschnitt. In Schweden und Estland lag es im Durchschnitt. In allen anderen Staaten lag es teils deutlich über dem Landesdurchschnitt.

Im EU-Durchschnitt lag die Armutsgefährdung von Familien mit drei oder mehr Kindern zuletzt (2013) bei 26,6 Prozent und damit um 7,3 Prozentpunkte über dem Durchschnitt.

*EU:
Jede 4. Familie mit
drei oder mehr
Kindern armutsge-
fährdet*

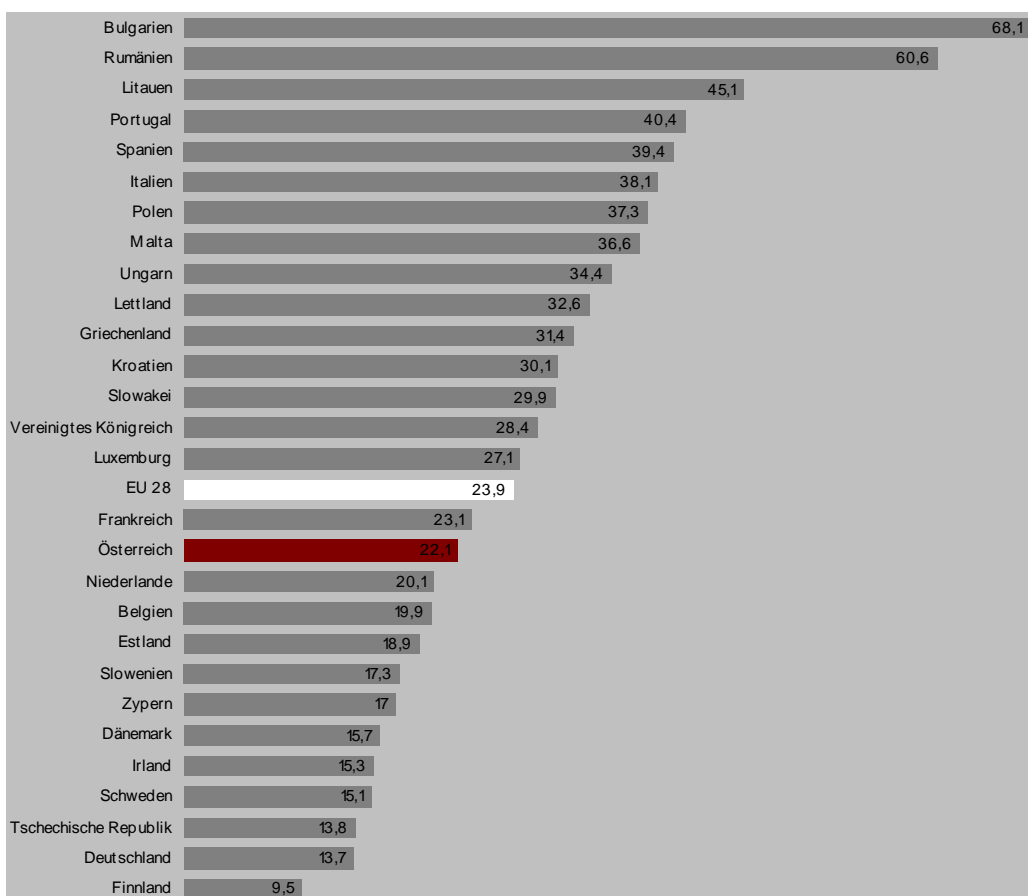


Abbildung 22: Armutsgefährdung: Eltern mit drei oder mehr Kindern, EU-Staaten, 2013¹⁰⁶

In Ländern mit einer hohen Armutsgefährdung sind auch kinderreiche Familien öfter von Armut betroffen. So waren in Bulgarien zwei von drei Familien mit drei oder mehr

¹⁰⁵ vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2013: 39

¹⁰⁶ Eurostat: Armutsgefährdungsquote, nach Haushaltstyp

hoch:
Bulgarien
Rumänien

Kindern armutsgefährdet, so viel wie in keinem anderen EU-Staat. In Rumänien waren es drei von fünf und in Litauen fast die Hälfte.

niedrig:
Finnland
Deutschland

Die niedrigste Armutsgefährdung hatten kinderreiche Familien in Finnland (9,5 Prozent) und Deutschland (13,7 Prozent). Damit lag ihre Armutsgefährdung (um 2,3 bzw. 2,4 Prozentpunkte) unter jener des jeweiligen Landes.

Österreich:
Jede fünfte Familie
mit mind. drei
Kindern armutsge-
fährdet

In Österreich war mehr als ein Fünftel aller Familien mit drei oder mehr Kindern armutsgefährdet. Das waren um 7,7 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt. Damit lag Österreich nicht im europäischen Spitzenfeld. Auch wenn Sozialleistungen einen wichtigen Beitrag für diese Haushalte darstellen und mehr als Viertel (27 Prozent) des Haushaltseinkommens ausmachten,¹⁰⁷ konnten sie nicht verhindern, dass überdurchschnittlich viele dieser Familien in manifester Armut lebten (15 Prozent).¹⁰⁸

7. Armut von Kinder und Jugendlichen

Die Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen ist besonders schwerwiegend, da sie Auswirkungen auf das weitere Leben der Betroffenen hat. *„Von Armut bedrohte Kinder sind mit größerer Wahrscheinlichkeit auch im späteren Leben in ihren Entwicklungschancen eingeschränkt.“*¹⁰⁹ Dabei umfassen diese Entwicklungschancen nicht nur die schulische und berufliche Ausbildung, sondern auch familiäre *„Beziehungen und Interaktionen, Freizeit und Interaktion in gleichaltrigen Gruppen. Diese Belastungen führen zu Beeinträchtigungen des emotionalen, sozialen, somatischen und physischen Wohlbefindens. Das heißt, Kinder die in einer von Armut betroffenen Lebenslage aufwachsen, erleben nicht nur die Unterversorgung als traumatisch, sondern auch die Ohnmacht der Eltern, die Probleme zu meistern, was die Kinder wiederum in der Entwicklung ihres Selbstwertgefühls entmutigt und in ihrer Entwicklung schwächt.“*¹¹⁰

Beseitigung der
Kinderarmut als
erster Schritt der
Armutsbekämpfung

Um Armut einzudämmen muss demnach bei der Kinderarmut angesetzt werden. Schafft man hier keine Hilfe und Unterstützung für die Kinder und Jugendlichen, dann setzt sich die Armutsspirale, wonach armutsgefährdete Kinder auch als Erwachsene häufiger von Armutsgefährdung betroffen sind, unweigerlich fort.

EU: jedes fünfte
Kind armutsge-
fährdet

In fast allen EU-Staaten war die Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen (jünger als 18 Jahre) höher als im jeweiligen Landesdurchschnitt. Ausnahmen sind Dänemark, Finnland, Deutschland und Estland. Die durchschnittliche Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen betrug im Jahr 2013 in der Europäischen Union 20,2 Prozent (und damit um 3,6 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt). Das be-

¹⁰⁷ vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2013: 39

¹⁰⁸ vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2013: 72

¹⁰⁹ Destatis: Armut und soziale Ausgrenzung in Europa

¹¹⁰ Die Armutskonferenz: Kinderarmut in Österreich/Positionen der österreichischen Armutskonferenz

deutete 19,3 Mio. armutsgefährdete Kinder und Jugendliche. Armuts- oder auch ausgrenzungsgefährdet waren sogar 27,7 Prozent bzw. 26,3 Mio. Kinder und Jugendliche.¹¹¹

Am höchsten war die Kinderarmut in Rumänien, wo ein Drittel der Kinder und Jugendlichen armutsgefährdet war. Die Armutsgefährdung lag damit fast 10 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Über ein Viertel der unter 18-jährigen wies auch in Griechenland (28,8 Prozent), Bulgarien (28,4 Prozent), Spanien (27,5 Prozent) und Litauen (26,9 Prozent) ein Armutsrisiko auf.

hoch:
Rumänien
Griechenland
Bulgarien

Am besten vor Armut geschützt waren Kinder und Jugendliche dagegen in Dänemark (8,5 Prozent), Finnland (9,3 Prozent), der Tschechischen Republik (11,3 Prozent) und den Niederlanden (12,6 Prozent).

niedrig:
Dänemark
Finnland
Tschechien

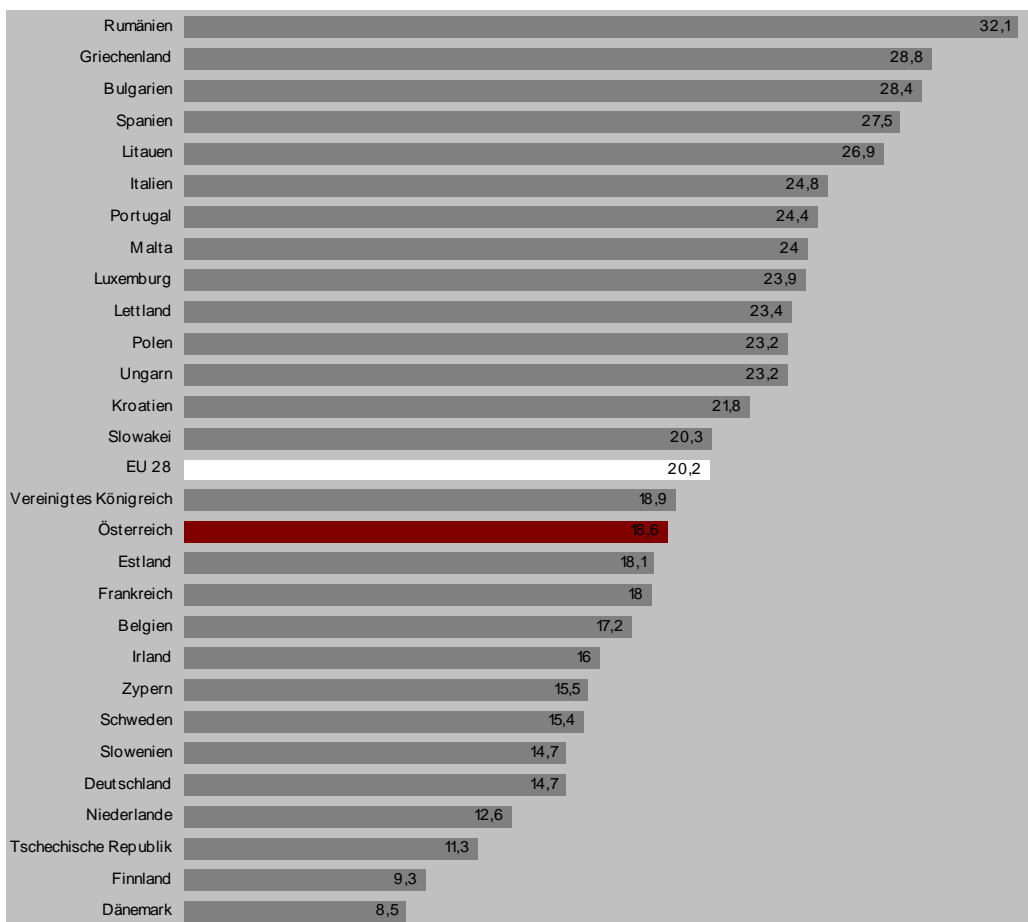


Abbildung 23: Armutsgefährdung: Kinder und Jugendliche (weniger als 18 Jahre), EU-Staaten, 2013¹¹²

In Österreich war fast jedes fünfte Kind armutsgefährdet, nur gering weniger als im EU-Durchschnitt. Das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen war damit (um 4,2 Prozentpunkte) höher als die durchschnittliche Armutsgefährdung der österreichi-

¹¹¹ Eurostat: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung nach Alter und Geschlecht

¹¹² Eurostat: Armutsgefährdung nach Sozialleistungen nach detaillierter Altersgruppe

*Österreich:
313.000 armuts-
gefährdete Kinder*

schen Bevölkerung. Kinder und Jugendliche (bis 19 Jahre) stellen ein Viertel der armutsgefährdeten ÖsterreicherInnen dar. Von den 1,2 Mio. Armutsgefährdeten in Österreich waren 2013 313.000 Kinder und Jugendliche.¹¹³ Davon waren 234.000 Kinder und Jugendliche mit österreichischer und 79.000 mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft. Kinder mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft wiesen mit 37 Prozent ein überdurchschnittliches Armutsrisiko aus, während jenes der Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft (mit 15 Prozent) im Durchschnitt lag.¹¹⁴ 7 Prozent der Kinder und Jugendlichen lebten in manifester Armut. Damit war mehr als ein Viertel der manifest Armen in Österreich (124.000 von 434.000) Kinder und Jugendliche.¹¹⁵

Armut wird vererbt

Mehr als jedes fünfte Kind (22 Prozent), das waren 386.000 Personen unter 19 Jahren, war im Jahr 2013 armuts- oder auch ausgrenzungsgefährdet.¹¹⁶ Diese Kinder und Jugendlichen lebten also entweder in einem armutsgefährdeten Haushalt, in einem Haushalt mit keiner/geringer Erwerbstätigkeit oder litten unter erheblicher materieller Deprivation. Tendenz steigend.¹¹⁷

*Problem: bildungs-
ferne Haushalte*

Armut wird vererbt. Kinder, die in bildungsfernen und damit oft auch armutsgefährdeten Haushalten aufwachsen, sind deutlich häufiger armutsgefährdet als Kinder aus Haushalten, in denen die Eltern über eine höhere Ausbildung verfügen. In der Europäischen Union waren 48 Prozent der Kinder und Jugendlichen, deren Eltern über einen niedrigen formalen Bildungsabschluss verfügten, armutsgefährdet, in der höchsten Bildungsstufe betrug das Armutsrisiko für Kinder hingegen nur 7,6 Prozent.

Am schlimmsten war die Situation für Kinder und Jugendliche mit bildungsfernen Eltern in Litauen und der Slowakei. Das Armutsrisiko betrug für Kinder in diesen Haushalten 84,2 bzw. 83 Prozent. Am geringsten war die Armutsgefährdung für die Kinder von niedrig gebildeten Eltern dagegen in den Niederlanden und Finnland, wo aber auch noch jedes vierte Kind betroffen war.

Kinder und Jugendliche, die mit höher gebildeten Eltern (der Bildungsstufen 5 und 6) aufwachsen, haben ein deutlich unterdurchschnittliches Armutsrisiko. Am geringsten war das Armutsrisiko für diese Kinder und Jugendlichen in Rumänien (0,9 Prozent), der Tschechischen Republik (2,2 Prozent) und Dänemark (2,3 Prozent), am höchsten in Österreich (13,4 Prozent)! Das Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche, deren Eltern eine Ausbildung im niedrigen oder mittleren Bildungssegment haben, lag hingegen in Österreich unter dem EU-Durchschnitt.

¹¹³ vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2013: 68

¹¹⁴ vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2013: 100

¹¹⁵ vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2013: 72

¹¹⁶ vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2013: 75

¹¹⁷ vgl. Kurier: Über 400.000 Kinder von Armut betroffen

	Bildungsstufen 0–2	Bildungsstufen 3–4	Bildungsstufen 5–6
Belgien	50,8	21,9	6,1
Bulgarien	71,5	16,4	4,0
Dänemark	33,2	9,2	2,3
Deutschland	50,9	21,5	6,4
Estland	47,3	23,1	8,3
Finnland	26,4	15,6	3,3
Frankreich	53,0	24,6	5,7
Griechenland	59,7	33,9	10,0
Irland	32,7	21,4	10,0
Italien	41,9	23,2	6,9
Kroatien	60,1	20,2	8,8
Lettland	50,0	28,6	7,4
Litauen	84,2	37,4	7,8
Luxemburg	48,0	19,4	7,0
Malta	38,5	13,7	4,2
Niederlande	24,2	12,7	11,0
Österreich	41,1	17,4	13,4
Polen	57,2	29,7	7,7
Portugal	37,5	14,2	4,1
Rumänien	69,3	28,7	0,9
Schweden	64,4	20,2	7,9
Slowakei	83,0	22,0	8,7
Slowenien	53,8	21,3	4,3
Spanien	47,4	30,6	11,4
Tschechische Republik	58,1	12,1	2,2
Ungarn	72,7	18,1	1,6
Vereinigtes Königreich	35,7	21,8	10,1
Zypern	38,4	20,4	6,5
EU 28	48,0	23,1	7,6

Tabelle 8: Armutsgefährdung: Kinder und Jugendliche nach dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern, EU-Staaten, 2013¹¹⁸

8. Armut und Alter

Alter bedeutet nicht automatisch Armut. Die Armutsgefährdung von älteren Personen hängt zumeist unmittelbar vom staatlichen Pensionssystem ab. In Ländern, in denen die staatlichen Altersleistungen schlecht ausgebaut sind, haben Personen über 65 Jahren oft mit einem hohen Armutsrisiko zu kämpfen. Verschärft wird die Situation in diesen Ländern oftmals auch, wenn ältere Personen alleine leben.

8.1. Armutsgefährdung von Personen über 65 Jahre

Im EU-Durchschnitt weisen Personen über 65 Jahre keine überdurchschnittliche Armutsgefährdung auf. Im Gegenteil liegt die Armutsgefährdungsquote mit 13,8 Prozent sogar (um 2,8 Prozentpunkte) unter dem Durchschnitt. Nur in einigen Ländern

EU: kein überdurchschnittliches Armutsrisiko für ältere Menschen

¹¹⁸ Eurostat: Quote der von Armut bedrohten Kinder nach dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern

wie etwa der Slowakei, Bulgarien, Estland, Zypern und Finnland haben ältere Personen ein erhöhtes Armutsrisiko.

hoch:
Bulgarien
Estland
Kroatien

Am höchsten war das Armutsrisiko von älteren Personen in Bulgarien, wo die Gefährdungsquote mit 22,9 Prozent deutlich (um 6,9 Prozentpunkte) über dem Landesdurchschnitt lag. In Estland (24,4 Prozent) und Kroatien (23,4 Prozent) waren in etwa ein Viertel der älteren Menschen armutsgefährdet. In beiden Staaten lag die Gefährdungsquote damit über dem Durchschnittswert (Estland: 5,8 Prozentpunkte), Kroatien 3,9 Prozentpunkte) des Landes.

niedrig:
Ungarn
Niederlande
Tschechien

In Ungarn waren nur 4,4 Prozent der Personen über 65 Jahre armutsgefährdet und damit deutlich weniger (um 9,9 Prozentpunkte) als im Landesdurchschnitt. So auch in den Niederlanden (5,5 Prozent), der Tschechischen Republik (5,8 Prozent) und der Slowakei (6 Prozent).

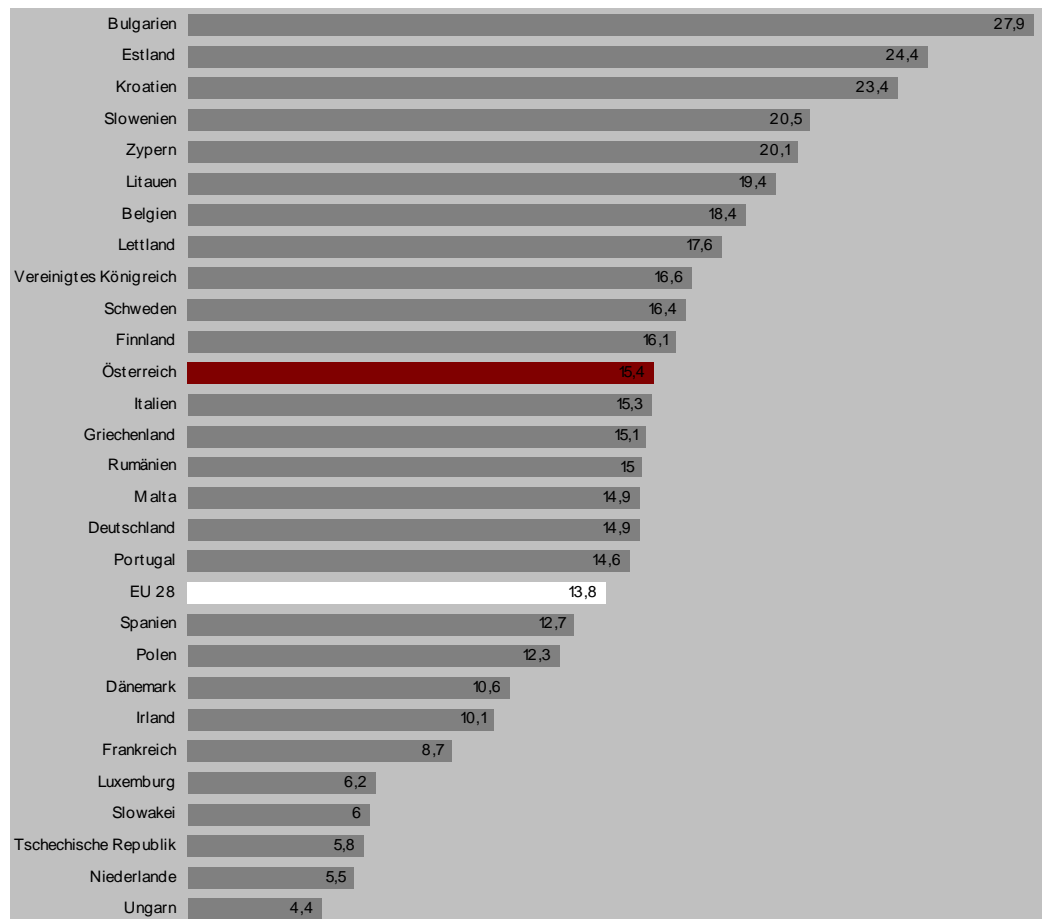


Abbildung 24: Armutsgefährdung: ältere Personen (über 65 Jahre), EU-Staaten, 2013¹¹⁹

Österreich:
Armutsrisiko von
älteren Menschen
über EU-Schnitt

Die Armutsgefährdung von älteren Personen betrug in Österreich im Jahr 2013 15,4 Prozent. Das war um einen Prozentpunkt über dem Landes- und sogar um 1,6 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Insgesamt waren 19 Prozent aller Armutsge-

¹¹⁹ Eurostat: Armutsgefährdung von älteren Personen, nach Geschlecht

fährdeten in Österreich Personen über 65 Jahre.¹²⁰ Bei Personen anderer armutsgefährdeter Gruppen besteht im Gegensatz zu älteren Menschen die Möglichkeit, dass sich die Lebensumstände verbessern und sie sich – etwa durch bessere Erwerbsmöglichkeiten – aus der Armutslage befreien können. Ältere Personen haben hingegen eher mit dauerhaften Armutslagen zu kämpfen.

Bei der Armutgefährdung von älteren Personen zeigt sich eine Geschlechterdisparität. Diese ist in erster Linie durch die Einkommensungleichheit während des Erwerbslebens zu erklären, die sich in der Pension fortsetzt und insbesondere bei alleinlebenden Pensionistinnen zum Tragen kommt. Mit Ausnahme von Malta war die Armutgefährdung von über 65-jährigen Frauen daher in allen EU-Ländern höher als jene der Männer. Im EU-Durchschnitt lag die Armutgefährdung der Frauen mit 15,6 Prozent um 4,2 Prozentpunkte über jener der Männer (11,4 Prozent).

Geschlechterdisparität

Männer

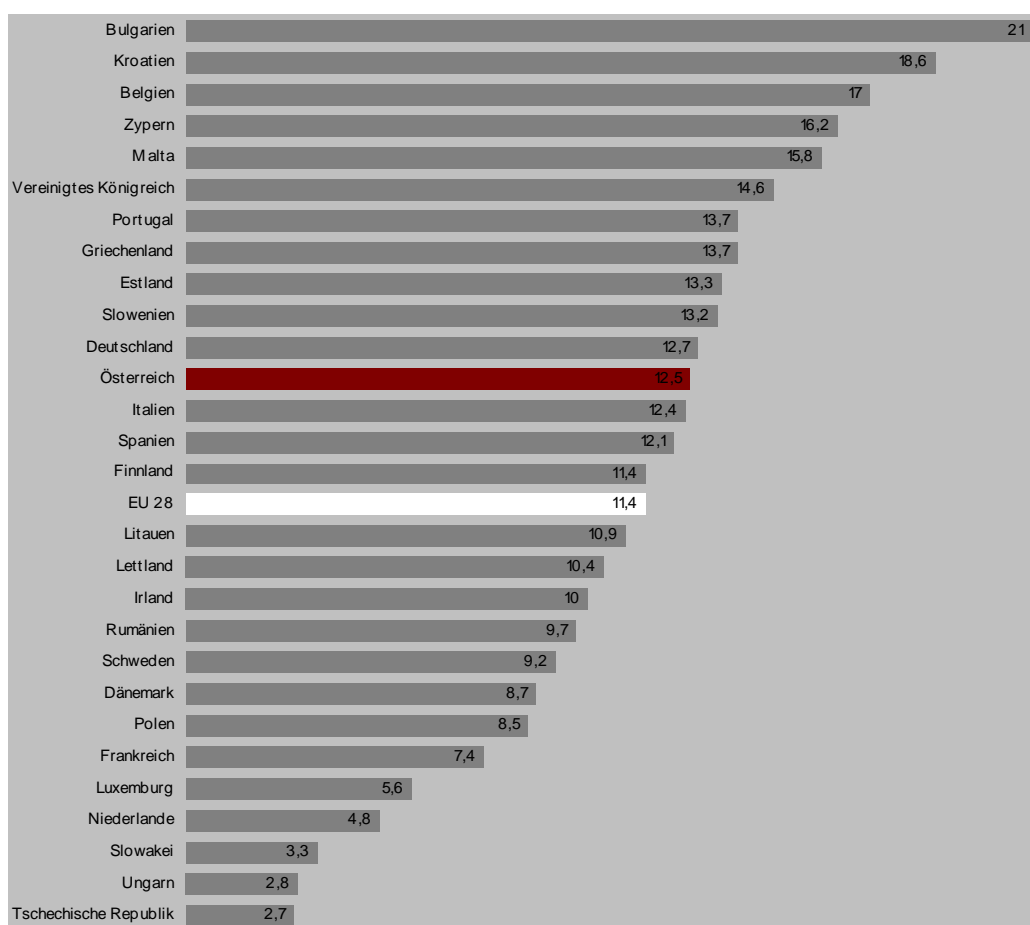


Abbildung 25: Armutgefährdung: ältere Männer, EU-Staaten, 2013¹²¹

¹²⁰ vgl. Statistik Austria: EU-SILC 2013: 68

¹²¹ Eurostat: Armutgefährdung von älteren Personen, nach Geschlecht

Männer hoch:
Bulgarien
Kroatien

Männer über 65 Jahre wiesen im Jahr 2013 in Bulgarien (21 Prozent), Kroatien (18,6 Prozent), Belgien (17 Prozent) und den beiden Mittelmeerinseln Zypern (16,2 Prozent) und Malta (14,6 Prozent) das höchste Armutsrisiko auf.

Männer niedrig:
Tschechien
Ungarn

Die geringste Wahrscheinlichkeit armutsgefährdet zu sein, hatten ältere Männer in der Tschechischen Republik (2,7 Prozent), Ungarn (2,8 Prozent) und der Slowakei (3,3 Prozent).

In Österreich hatten Männer über 65 Jahren ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko von 12,5 Prozent. Im EU-Vergleich lag Österreich damit aber über dem Durchschnitt.

Frauen

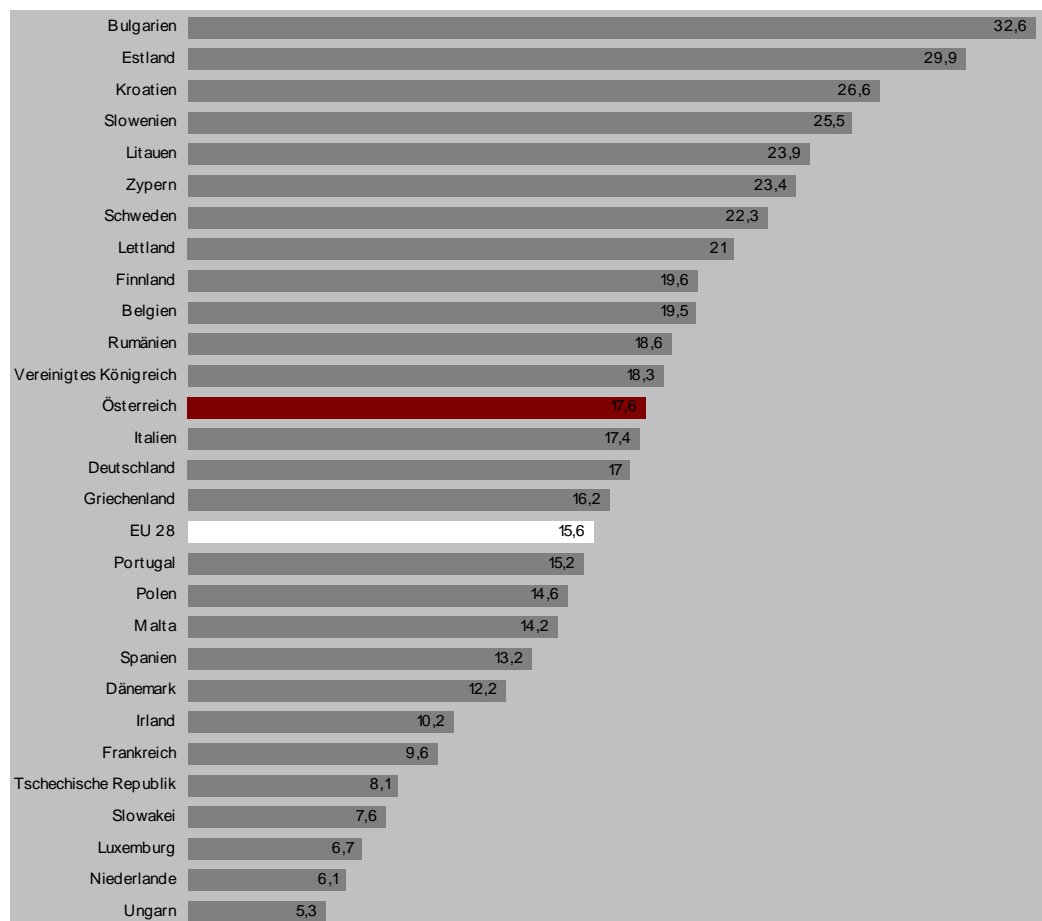


Abbildung 26: Armutsgefährdung: ältere Frauen, EU-Staaten, 2013¹²²

Frauen hoch:
Bulgarien
Estland

So wie bei den Männern hatten auch Frauen über 65 Jahre das höchste Armutsrisiko in Bulgarien. Ein Drittel der älteren Frauen war 2013 armutsgefährdet. Ein überdurchschnittliches Risiko hatten Frauen in den baltischen Staaten, wobei Estland (mit 29,9 Prozent) die zweithöchste Gefährdungsquote aufwies. Für Män-

¹²² Eurostat: Armutsgefährdung von älteren Personen, nach Geschlecht

ner lag das Armutsrisiko (mit 13,3 Prozent) hingegen nur knapp über dem EU-Durchschnitt. In keinem anderen EU-Land war die Differenz der Armutsgefährdung von älteren Personen zwischen Männern und Frauen so groß wie in Estland (16,6 Prozentpunkte).

Am geringsten war das Armutsrisiko von älteren Frauen in Ungarn (5,3 Prozent), den Niederlanden (6,1 Prozent), Luxemburg (6,7 Prozent) und der Slowakei (7,6 Prozent).

*Frauen niedrig:
Ungarn
Niederlande*

Die Armutsgefährdung von über 65-jährigen Österreicherinnen lag bei 17,6 Prozent und war (um 5,1 Prozentpunkte) höher als jene der Männer. Das lag sowohl über dem österreichischen Landesdurchschnitt als auch über dem EU-Durchschnitt.

8.2. Armutsgefährdung einer alleinlebenden Person über 65 Jahre

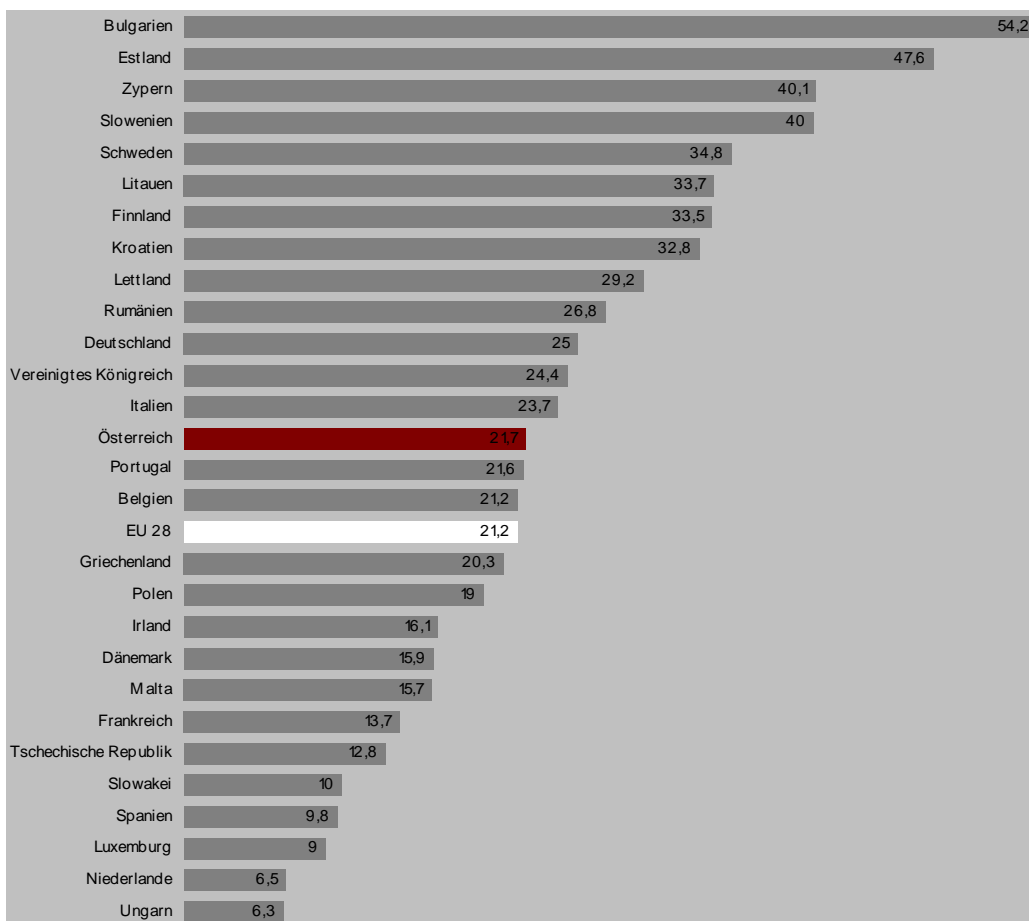


Abbildung 27: Armutsgefährdung: alleinlebende ältere Person (über 65 Jahre), EU-Staaten, 2013¹²³

Alleinlebende Personen weisen in der Regel eine höhere Armutsgefährdung auf, da die Kosten der Lebenshaltung (wie Wohnen, Essen, Reparaturen, ...) alleine getragen wer-

¹²³ Eurostat: Armutsgefährdungsquote, nach Haushaltstyp

*alleinlebende
ältere Menschen
überdurchschnittlich oft arm*

den müssen. Dies kann man auch (in den meisten EU-Staaten) bei Alleinlebenden über 65 Jahren beobachten. Frauen sind in stärkerem Ausmaß betroffen. In der Europäischen Union war im Jahr 2013 etwas mehr als ein Fünftel (21,2 Prozent) aller alleinlebenden älteren Personen armutsgefährdet.

In Bulgarien war mehr als und in Zypern beinahe die Hälfte der alleinlebenden Personen über 65 Jahre armutsgefährdet, in Zypern und Slowenien jeweils zwei Fünftel.

Relativ gut vor Armut geschützt waren dagegen alleinlebende ältere Menschen in Ungarn (6,3 Prozent), den Niederlanden (6,5 Prozent), Luxemburg (9 Prozent) und Spanien (9,8 Prozent)

Das Armutsrisiko von älteren Personen in Einpersonenhaushalten lag in Österreich im EU-Durchschnitt (bei 21,7 Prozent). Diese Personen hatten demnach eine (um 7,3 Prozentpunkte) höhere Armutsgefährdung als der österreichische Durchschnitt.

TEIL 3: ARMUT IN DEN EU-REGIONEN

Ein Blick auf die Regionen (auf NUTS-2-Ebene) der Europäischen Union zeigt Unterschiede auf einer kleineren Ebene und oft auch innerhalb eines Landes auf. Nicht alle Regionen in einem Land sind in gleichem Maße von Armutsgefährdung betroffen. In vielen EU-Staaten zeigen sich regionale Unterschiede, egal ob die durchschnittliche Armutsgefährdung des jeweiligen Landes hoch oder niedrig ist. In Regionen, die besonders von Armut betroffen sind, zeigt sich oft ein Zusammenhang mit hoher Arbeitslosigkeit und/oder geringer Erwerbstätigkeit.

1. Definition NUTS-2-Region

Die Regionen Europas wurden in erster Linie zur Datenerfassung von der Statistik auf drei Ebenen klassifiziert. „Anhand der Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS) wird jeder Mitgliedstaat in eine Reihe von NUTS-1-Regionen untergliedert, von denen wiederum jede in eine Reihe von NUTS-2-Regionen usw. unterteilt wird. Falls verfügbar, werden Verwaltungsstrukturen für die verschiedenen NUTS-Ebenen herangezogen. Gibt es für eine bestimmte Ebene keine Verwaltungsebene, werden künstliche Regionen geschaffen, indem kleine Verwaltungsregionen aggregiert werden.“¹²⁴ Zur Klassifikation der NUTS-Regionen werden diverse Kriterien wie etwa die EinwohnerInnenzahl herangezogen.¹²⁵

Definition:
NUTS-2-Ebene

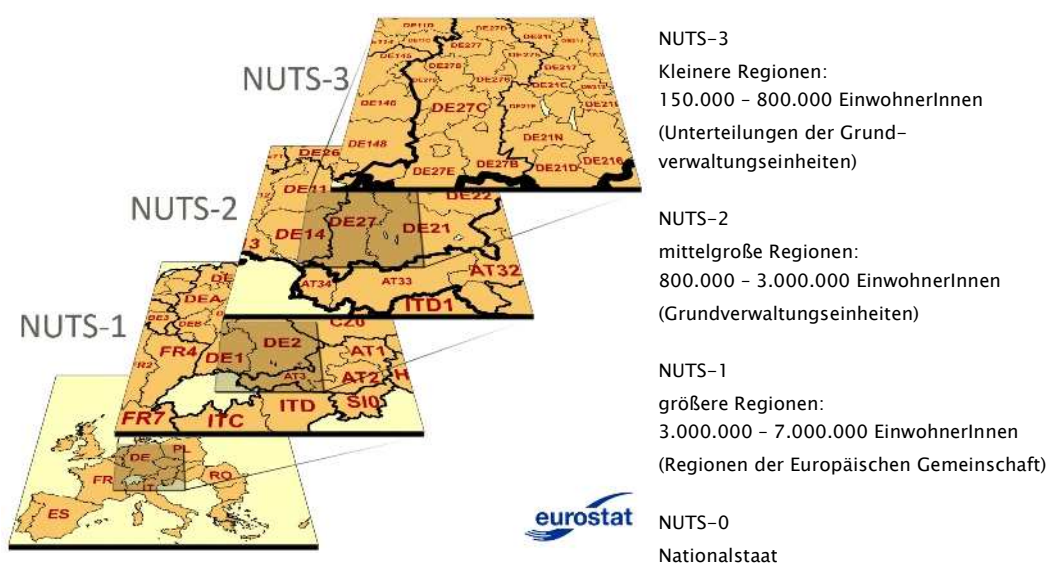


Abbildung 28: NUTS-Ebenen¹²⁶

¹²⁴ Eurostat: Jahrbuch der Regionen 2010: 13

¹²⁵ vgl. Eurostat: Eurostat regional yearbook 2014: 13

¹²⁶ Eurostat: NUTS-Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik

Die Einteilung in die verschiedenen NUTS-Regionen ist veränderbar und wird alle paar Jahre angepasst „um neuen administrativen Gliederungen oder Grenzziehungen Rechnung zu tragen, jedoch nicht häufiger als alle drei Jahre.“¹²⁷ Die Klassifikation 2010 galt vom 1. Jänner 2012 bis zum 31. Dezember 2014. Seit dem 1. Jänner 2015 gilt eine neue Klassifikation. Die in dieser Studie zur Anwendung kommende Klassifikation 2010 umfasst auf NUTS-2-Ebene 270 Regionen. Bei Ländern, deren EinwohnerInnenzahl relativ gering ist, ist „der Wert der Ebene NUTS 2 für diese Länder identisch mit dem nationalen Wert.“¹²⁸ Das trifft auf Estland, Lettland, Litauen, Zypern, Luxemburg und Malta zu. Die folgende Grafik gibt einen Überblick über die NUTS-2-Regionen in Europa.

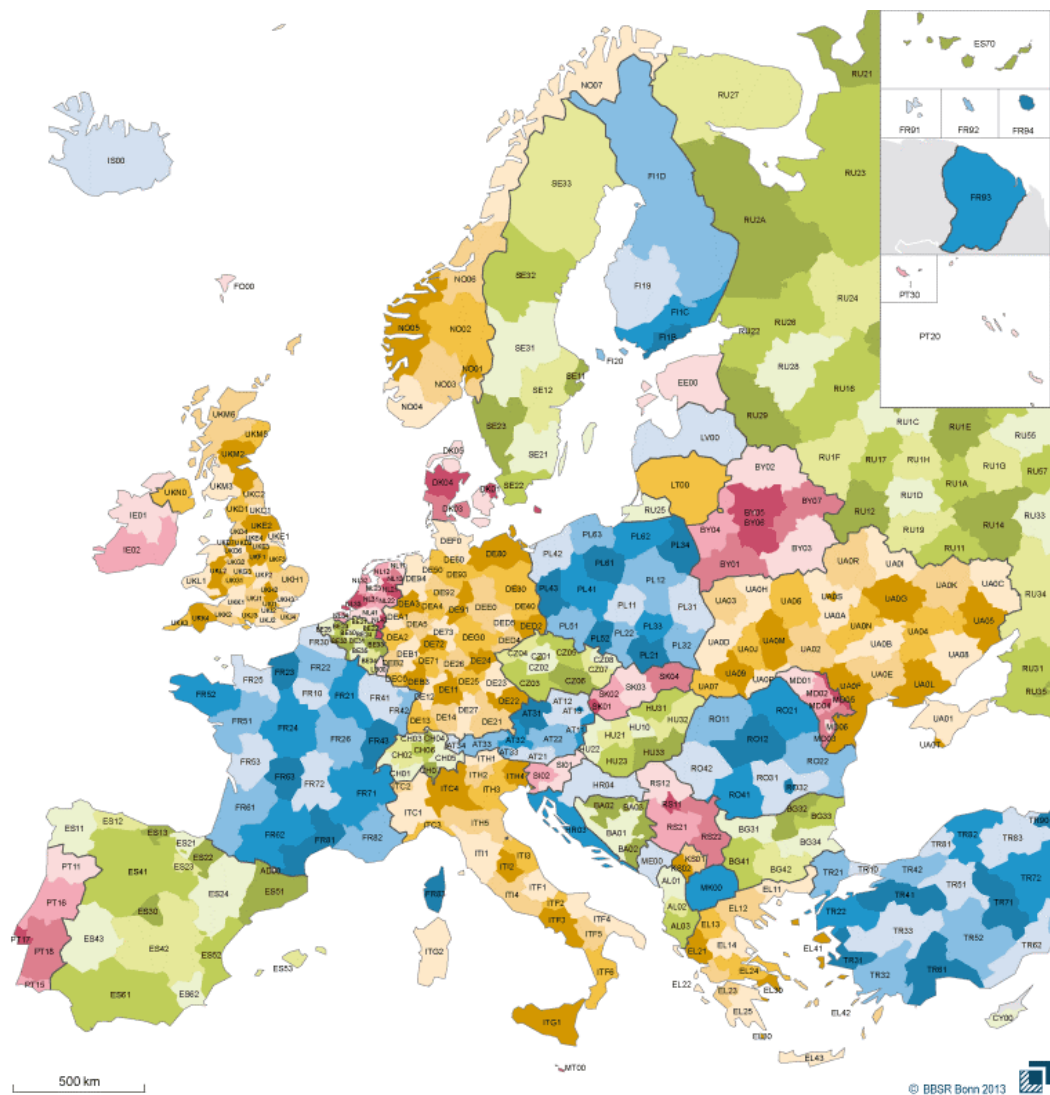


Abbildung 29: NUTS-2-Regionen¹²⁹

¹²⁷ Eurostat: Jahrbuch der Regionen 2010: 14

¹²⁸ Eurostat: Jahrbuch der Regionen 2010: 13

¹²⁹ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung: Europäische Raumbearbeitung – Raumabgrenzung

2. Arbeitsmarktdaten und Armutsgefährdung

Die NUTS-2-Regionen weisen in Bezug auf Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Armutsgefährdung sehr große Unterschiede auf. Die Erwerbstätigenquote lag im Jahr 2013 zwischen sehr niedrigen 38,9 und hohen 78,7 Prozent. Die Arbeitslosenquote bewegte sich zwischen 2,5 und 36,2 Prozent. Und schließlich die Armutsgefährdung zwischen 3,9 und 41,1 Prozent.

Die nachfolgende Tabelle weist, sofern verfügbar, die Erwerbstätigen-, Arbeitslosen- und Armutsgefährdungsquoten aller NUTS-2-Regionen aus.

	Armuts- gefährdungsquote			Erwerbstätigen- quote			Arbeitslosenquote		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Belgien	15,3	15,3	15,1	61,9	61,8	61,8	7,2	7,6	8,4
BE10 Région de Bruxelles- Capitale/Brussels Hoofdstedelijk Gewest	33,7	-	-	53,8	54,0	52,5	16,9	17,4	19,2
BE21 Prov. Antwerpen	-	-	-	63,8	64,0	64,0	5,7	5,3	6,2
BE22 Prov. Limburg (B)	-	-	-	65,1	64,0	64,1	4,6	4,7	5,5
BE23 Prov. Oost-Vlaanderen	-	-	-	67,4	67,5	68,5	3,8	4,1	4
BE24 Prov. Vlaams-Brabant	-	-	-	68,0	67,6	67,2	3,5	4,4	5,5
BE25 Prov. West-Vlaanderen	-	-	-	67,4	66,6	67,3	3,2	3,9	3,9
BE31 Prov. Brabant Wallon	-	-	-	62,0	62,6	62,9	6,7	7	8,2
BE32 Prov. Hainaut	-	-	-	53,8	54,0	53,8	11,7	12,1	13,2
BE33 Prov. Liège	-	-	-	57,0	56,9	57,0	9,5	10,7	11,7
BE34 Prov. Luxembourg (B)	-	-	-	62,1	62,7	63,3	6,2	7,6	7,9
BE35 Prov. Namur	-	-	-	58,7	59,8	57,7	8	7,3	10,4
Bulgarien	22,2	21,2	21,0	58,4	58,8	59,5	11,3	12,3	13
BG31 Severozapaden	31,4	29,4	27,4	53,6	53,6	54,6	12,8	12,3	14
BG32 Severen tsentralen	28,0	23,6	17,9	54,9	55,5	55,5	12,8	14,3	15,3
BG33 Severoiztochen	26,0	24,0	25,8	55,8	55,0	56,5	15,4	18,2	16,8
BG34 Yugoiztochen	23,9	24,0	25,0	57,7	58,5	57,5	11,5	11,9	13
BG41 Yugozapaden	11,2	10,9	10,3	65,0	65,1	65,0	7,5	8,2	9,8
BG42 Yuzhen tsentralen	25,3	26,1	28,6	55,5	56,9	59,4	12,9	13,8	13,5
Dänemark	13,0	13,1	12,3	73,1	72,6	72,5	7,6	7,5	7
DK01 Hovedstaden	11,8	12,0	8,6	74,2	73,9	74,4	8,1	8,2	7,4
DK02 Sjælland	12,5	13,4	6,3	73,1	72,0	71,6	7,2	6,4	6,8
DK03 Syddanmark	14,6	14,4	12,6	72,1	71,6	70,7	7,7	7,9	7,2
DK04 Midtjylland	12,6	13,6	16,6	73,5	72,6	72,6	6,7	6,8	6,5
DK05 Nordjylland	14,0	12,1	18,3	71,4	71,5	71,6	8	7,9	6,4

	Armuts- gefährdungsquote			Erwerbstätigen- quote			Arbeitslosenquote		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Deutschland	15,8	16,1	16,1	72,7	73,0	73,5	5,8	5,4	5,2
DE11 Stuttgart	-	-	-	75,4	75,6	76,0	3,6	3,4	3,6
DE12 Karlsruhe	-	-	-	73,8	74,3	75,3	4,2	4	3,6
DE13 Freiburg	-	-	-	77,5	77,8	78,4	3	2,8	2,9
DE14 Tübingen	-	-	-	76,7	76,5	77,7	3,1	2,7	2,9
DE21 Oberbayern	-	-	-	77,1	77,6	78,6	2,7	2,7	2,5
DE22 Niederbayern	-	-	-	76,4	76,3	76,9	2,8	3,3	3,2
DE23 Oberpfalz	-	-	-	75,1	75,0	75,9	3,4	3,2	3,4
DE24 Oberfranken	-	-	-	75,0	75,9	76,3	4,2	3,3	3,9
DE25 Mittelfranken	-	-	-	75,9	76,4	76,2	4	3,7	3,1
DE26 Unterfranken	-	-	-	75,1	75,5	76,3	3,5	3,4	3,3
DE27 Schwaben	-	-	-	76,1	76,9	77,2	3,4	3,2	3,3
DE30 Berlin	-	-	-	67,3	68,4	68,6	11,6	10,4	10,4
DE40 Brandenburg	-	-	-	74,3	74,1	74,8	8,8	8,2	7,3
DE50 Bremen	-	-	-	67,1	68,3	67,5	7,7	6,6	7
DE60 Hamburg	-	-	-	73,5	73,5	73,8	5,3	5,3	4,7
DE71 Darmstadt	-	-	-	73,4	73,6	74,0	4,7	4,8	4,3
DE72 Gießen	-	-	-	71,9	71,6	72,5	5,1	5	4,5
DE73 Kassel	-	-	-	73,3	73,1	73,8	4,4	4,5	4,3
DE80 Mecklenburg-Vorpommern	-	-	-	71,4	70,5	70,5	10,1	10,8	10
DE91 Braunschweig	-	-	-	70,7	70,3	70,0	6,2	5,5	6,2
DE92 Hannover	-	-	-	70,5	72,5	73,1	6,7	5,4	5,4
DE93 Lüneburg	-	-	-	74,2	73,9	74,8	5,3	4,4	4,3
DE94 Weser-Ems	-	-	-	72,9	73,0	74,4	4,2	4,3	4
DEA1 Düsseldorf	-	-	-	69,2	69,2	69,3	6,7	6,5	6,3
DEA2 Köln	-	-	-	69,3	69,6	69,6	6	5,4	5,8
DEA3 Münster	-	-	-	70,3	70,5	70,1	5,3	4,9	5,1
DEA4 Detmold	-	-	-	71,3	72,5	72,9	5,5	4,7	5
DEA5 Arnsherg	-	-	-	68,6	68,7	69,2	7,1	6,6	6,5
DEB1 Koblenz	-	-	-	73,8	73,5	74,2	4,4	4	3,8
DEB2 Trier	-	-	-	74,8	75,6	75,8	4,1	2,7	3
DEB3 Rheinhessen-Pfalz	-	-	-	71,6	72,6	73,2	5,2	4,3	4,4
DECO Saarland	-	-	-	68,4	69,0	69,9	5,8	6,2	5,9
DED2 Dresden	-	-	-	74,6	74,5	74,7	8,6	7,5	7,2
DED4 Chemnitz	-	-	-	73,6	73,9	75,2	8,8	7,9	7,4
DED5 Leipzig	-	-	-	72,2	72,3	73,3	11,1	9,5	9,2
DEE0 Sachsen-Anhalt	-	-	-	72,9	72,4	73,3	10,4	9,5	9,1
DEF0 Schleswig-Holstein	-	-	-	72,7	73,5	73,7	5,8	5	4,9
DEG0 Thüringen	-	-	-	74,9	74,7	75,5	7,6	7,2	6
EE00 Estland	17,5	17,5	18,6	65,3	67,1	68,5	12,3	10	8,6
Finnland	13,7	13,2	11,8	69,0	69,4	68,9	7,8	7,7	8,2
F119 Länsi-Suomi	-	-	-	68,1	68,5	68,1	8,3	8,2	8,5
F11B Helsinki-Uusimaa	8,5	7,1	7,5	74,3	74,1	73,4	5,8	6,3	6,7
F11C Etelä-Suomi	15,5	15,2	13,0	67,4	68,8	67,0	8,5	7,5	8,4
F11D Pohjois- ja Itä-Suomi	16,8	17,0	15,2	64,5	64,5	65,3	9,4	9,5	9,9
F120 Aland	9,3	15,3	16,3	78,5	80,7	78,7	-	-	-

	Armuts- gefährdungsquote			Erwerbstätigen- quote			Arbeitslosenquote		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Frankreich	14,0	14,1	13,7	63,4	63,4	63,6	9,2	9,8	10,3
FR10 Île-de-France	13,5	-	-	65,6	66,2	66,5	8,6	8,5	8,9
FR21 Champagne-Ardenne	15,5	-	-	60,6	61,4	60,7	10,6	11,2	10,4
FR22 Picardie	15,5	-	-	63,8	61,3	59,5	9,3	11,1	11,4
FR23 Haute-Normandie	13,8	-	-	63,4	61,6	61,1	9,3	11,4	11,5
FR24 Centre	12,5	-	-	64,7	64,1	63,7	8,7	11,2	10,6
FR25 Basse-Normandie	13,7	-	-	62,1	64,9	64,3	9,5	9,2	9,1
FR26 Bourgogne	13,2	-	-	64,2	63,9	63,3	9,3	9,2	10,5
FR30 Nord - Pas-de-Calais	19,7	-	-	57,6	57,9	57,5	12,8	13,6	14,6
FR41 Lorraine	14,7	-	-	62,9	61,1	60,2	10,4	12,1	12,1
FR42 Alsace	12,2	-	-	67,2	65,9	65,9	7,6	8,8	9,7
FR43 Franche-Comté	13,1	-	-	65,7	65,2	64,2	8,3	9,4	9,5
FR51 Pays de la Loire	11,6	-	-	65,4	67,0	66,7	8,8	8,8	8,8
FR52 Bretagne	11,5	-	-	64,6	65,3	67,1	7,4	8,4	7,9
FR53 Poitou-Charentes	14,3	-	-	64,8	65,9	65,9	8,4	8,7	9,8
FR61 Aquitaine	13,5	-	-	63,6	63,6	64,7	9,3	9,9	8,8
FR62 Midi-Pyrénées	14,6	-	-	67,1	66,4	67,5	8,4	8,7	8,5
FR63 Limousin	15,4	-	-	65,9	66,4	67,4	7,8	7,1	6,9
FR71 Rhône-Alpes	12,4	-	-	65,4	66,3	66,5	8	8,3	8,4
FR72 Auvergne	14,3	-	-	64,5	63,9	64,5	8,7	10,6	8,9
FR81 Languedoc-Roussillon	19,6	-	-	57,7	55,0	56,7	12,5	15,6	12,8
FR82 Provence-Alpes-Côte d'Azur	16,4	-	-	61,8	62,1	62,0	10,2	10	10,8
FR83 Corse	19,2	-	-	64,2	59,9	58,0	-	8,3	12,4
FR91 Guadeloupe	-	-	-	49,1	48,7	48,5	22,6	23	26,2
FR92 Martinique	-	-	-	51,5	51,3	51,8	20,8	21	22,8
FR93 Guyane	-	-	-	44,7	45,4	45,7	21	22,3	21,3
FR94 Réunion	-	-	-	43,3	43,8	44,5	29,6	28,6	28,9
Griechenland	21,4	23,1	23,1	55,1	50,8	48,8	17,9	24,5	27,5
EL11 Anatoliki Makedonia, Thraki	-	-	-	52,4	50,1	47,7	20,2	22,8	26,8
EL12 Kentriki Makedonia	-	-	-	52,0	47,8	45,2	19,7	26,2	30,2
EL13 Dytiki Makedonia	-	-	-	50,1	44,8	43,2	23,1	29,7	31,6
EL14 Thessalia	-	-	-	55,4	51,8	49,6	16,8	22,6	25,4
EL21 Ipeiros	-	-	-	54,4	51,3	48,1	16,5	22,5	27,4
EL22 Ionia Nisia	-	-	-	60,3	59,9	57,1	14,1	14,7	18,1
EL23 Dytiki Ellada	-	-	-	53,0	47,8	46,1	17,6	25,6	28,4
EL24 Sterea Ellada	-	-	-	55,0	48,0	48,2	19	27,9	28,2
EL25 Peloponnisos	-	-	-	60,4	56,0	54,7	13,8	19,2	21,9
EL30 Attiki	-	-	20,1	56,0	51,3	49,2	18	25,8	28,7
EL41 Voreio Aigaio	-	-	-	53,2	51,9	51,1	15	21,8	22
EL42 Notio Aigaio	-	-	-	57,1	56,0	53,4	15,2	15,4	21,3
EL43 Kriti	-	-	23,6	58,8	53,7	52,0	15,8	22,3	24,9
Irland	15,2	15,7	14,1	58,9	58,8	60,5	14,7	14,7	13,1
IE01 Border, Midland and Western	19,9	20,9	18,8	56,1	55,5	58,2	15,9	16,5	14,2
IE02 Southern and Eastern	13,4	13,9	12,3	59,9	60,0	61,3	14,2	14,1	12,6

	Armuts- gefährdungsquote			Erwerbstätigen- quote			Arbeitslosenquote		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Italien	19,6	19,4	19,1	56,8	56,6	55,5	8,4	10,7	12,1
ITC1 Piemonte	13,2	13,6	11,6	64,2	63,6	62,2	7,6	9,2	10,5
ITC2 Valle d'Aosta/Vallée d'Aoste	8,4	7,9	7,5	66,9	66,3	65,6	5,3	7,1	8,3
ITC3 Liguria	12,2	16,8	16,7	63,0	62,0	60,6	6,4	8,1	9,8
ITC4 Lombardia	9,2	8,5	8,4	64,6	64,5	64,8	5,7	7,4	8
ITD1 Provincia Autonoma Bolzano/Bozen	7,9	11,5	8,9	71,0	71,8	71,4	3,3	4,1	4,4
ITD2 Provincia Autonoma Trento	11,9	13,5	11,3	65,9	65,4	65,5	4,4	6,1	6,5
ITD3 Veneto	10,8	11,0	10,5	64,9	64,9	63,1	4,9	6,4	7,6
ITD4 Friuli-Venezia Giulia	9,8	13,2	10,1	64,2	63,6	63,0	5,2	6,7	7,7
ITD5 Emilia-Romagna	8,2	8,8	10,8	67,8	67,5	66,2	5,2	7	8,4
ITE1 Toscana	11,8	12,3	11,5	63,6	63,7	63,7	6,3	7,8	8,7
ITE2 Umbria	13,5	13,2	15,0	62,2	61,5	60,9	6,4	9,5	10,3
ITE3 Marche	14,0	14,0	12,6	62,4	62,6	61,1	6,8	9,1	10,9
ITE4 Lazio	17,6	18,3	18,5	58,8	58,8	57,7	8,7	10,6	12
ITF1 Abruzzo	21,7	21,6	19,2	56,6	56,7	55,0	8,6	10,8	11,3
ITF2 Molise	24,1	27,0	30,6	50,3	50,6	47,6	9,9	12	15,6
ITF3 Campania	37,3	36,4	36,8	39,4	39,9	39,7	15,4	19,2	21,5
ITF4 Puglia	30,7	29,1	28,5	44,7	44,9	42,3	13,2	15,7	19,7
ITF5 Basilicata	31,6	32,6	33,6	47,6	46,8	46,2	11,9	14,5	15,2
ITF6 Calabria	32,0	30,4	32,0	42,4	41,5	38,9	12,7	19,4	22,3
ITG1 Sicilia	44,3	42,3	41,1	42,4	41,3	39,3	14,3	18,4	21
ITG2 Sardegna	22,6	20,4	20,0	51,7	51,7	48,3	13,5	15,4	17,5
Kroatien	20,9	20,4	19,5	55,2	53,5	52,5	13,7	16	17,3
HR03 Jadranska Hrvatska	-	-	-	53,7	52,7	51,5	13,3	14,8	15
HR04 Kontinentalna Hrvatska	-	-	-	55,9	53,9	53,0	13,9	16,5	18,3
LV00 Lettland	19,0	19,2	19,4	60,8	63,0	65,0	16,2	15	11,9
LT00 Litauen	19,2	18,6	20,6	60,2	62,0	63,7	15,4	13,4	11,8
LU00 Luxemburg	13,6	15,1	15,9	64,6	65,8	65,7	4,9	5,1	5,8
MT00 Malta	15,6	15,1	15,7	57,9	59,1	60,8	6,4	6,3	6,4
Niederlande	11,0	10,1	10,4	74,9	75,1	74,3	5	5,8	7,3
NL11 Groningen	-	-	-	71,4	71,6	70,6	5,9	6,2	7,5
NL12 Friesland (NL)	-	-	-	73,9	74,2	73,7	4,5	5,7	7,8
NL13 Drenthe	-	-	-	72,6	74,1	73,6	4,6	5,7	6,5
NL21 Overijssel	-	-	-	76,1	75,5	74,7	4,4	5,1	6,7
NL22 Gelderland	-	-	-	75,6	75,7	76,0	4,2	4,8	6,1
NL23 Flevoland	-	-	-	74,8	74,5	73,3	4,8	6,6	9,2
NL31 Utrecht	-	-	-	77,8	78,5	77,4	3,8	4,7	5,8
NL32 Noord-Holland	-	-	-	75,7	76,0	75,4	4,4	5	6,6
NL33 Zuid-Holland	-	-	-	73,6	73,4	72,7	5,1	6,3	7,4
NL34 Zeeland	-	-	-	74,6	76,1	74,9	2,7	3,1	4,7
NL41 Noord-Brabant	-	-	-	76,1	76,4	75,2	4	4,7	6,1
NL42 Limburg (NL)	-	-	-	71,8	72,8	71,0	4,3	4,9	6,7

	Armuts- gefährdungsquote			Erwerbstätigen- quote			Arbeitslosenquote		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Österreich	14,5	14,4	14,4	71,1	71,4	71,4	4,6	4,9	5,4
AT11 Burgenland (A)	14,3	5,6	-	70,3	70,4	69,9	3,8	4,6	4,3
AT12 Niederösterreich	9,9	10,6	-	72,4	72,6	72,4	4,5	4,6	5
AT13 Wien	19,2	24,7	-	65,9	65,9	66,0	8	8,9	9,2
AT21 Kärnten	18,4	14,9	-	68,7	69,0	69,4	4,3	5	5,5
AT22 Steiermark	10,9	13,7	-	71,4	71,0	71,1	3,6	4	4,7
AT31 Oberösterreich	8,9	9,9	-	74,3	74,9	74,4	3,4	3,3	4,3
AT32 Salzburg	9,9	10,1	-	74,1	75,2	75,4	2,9	2,9	3,2
AT33 Tirol	12,6	13,1	-	72,9	74,2	74,8	2,7	2,8	3,1
AT34 Vorarlberg	8,5	17,5	-	73,0	73,8	74,1	4,1	4	3,6
Polen	17,7	17,1	17,3	59,3	59,7	60,0	9,7	10,1	10,3
PL11 Łódzkie	-	-	-	61,8	61,0	61,6	9,3	11,1	11,1
PL12 Mazowieckie	-	-	-	65,1	65,8	65,6	7,9	8	8
PL21 Małopolskie	-	-	-	59,5	59,1	59,5	9,3	10,4	10,9
PL22 Śląskie	-	-	-	57,5	57,6	58,0	9,2	9,4	9,7
PL31 Lubelskie	-	-	-	59,7	60,2	60,6	10,3	10,5	10,3
PL32 Podkarpackie	-	-	-	56,8	57,0	56,7	12,4	13,2	14,4
PL33 Świętokrzyskie	-	-	-	58,4	59,1	58,1	12,9	13,1	13
PL34 Podlaskie	-	-	-	60,4	61,6	61,4	9,3	9,2	9,9
PL41 Wielkopolskie	-	-	-	60,4	61,0	62,2	8,6	8,5	8,8
PL42 Zachodniopomorskie	-	-	-	53,9	55,9	57,1	11,8	10,9	10,1
PL43 Lubuskie	-	-	-	57,4	57,2	58,1	9,4	9	9,7
PL51 Dolnośląskie	-	-	-	57,4	57,6	58,2	10,6	11,1	11,3
PL52 Opolskie	-	-	-	58,8	59,7	59,6	9,3	9,5	9,4
PL61 Kujawsko-pomorskie	-	-	-	56,7	58,2	58,2	11	11,9	12,4
PL62 Warmińsko-mazurskie	-	-	-	54,6	53,6	54,5	9,6	11	11,4
PL63 Pomorskie	-	-	-	58,8	59,3	59,2	8,5	9,5	10
Portugal	18,0	17,9	18,7	63,8	61,4	60,6	12,9	15,8	16,4
PT11 Norte	-	-	-	62,9	60,4	58,7	13	16	17,1
PT15 Algarve	-	-	-	64,2	62,0	61,9	15,4	17,6	16,9
PT16 Centro (P)	-	-	-	65,7	64,3	64,8	10	11,7	11,4
PT17 Lisboa	-	-	-	63,8	61,2	60,4	14,1	17,6	18,5
PT18 Alentejo	-	-	-	64,2	61,1	60,9	12,4	16	16,9
PT20 Região Autónoma dos Açores	-	-	-	60,6	57,1	55,7	11,3	15,1	17
PT30 Região Autónoma da Madeira	-	-	-	61,7	57,8	56,6	13,5	17,2	18,1
Rumänien	22,2	22,6	22,4	59,3	60,2	60,1	7,2	6,8	7,1
RO11 Nord-Vest	20,0	15,9	15,9	60,1	62,3	62,9	5,1	4,6	4,1
RO12 Centru	18,0	18,6	15,9	52,8	53,6	54,2	10,8	9,5	9,5
RO21 Nord-Est	30,5	32,1	32,9	64,9	65,7	65,9	4,7	4,2	4,4
RO22 Sud-Est	32,4	33,7	33,5	55,2	55,9	54,9	9,6	9,4	9,5
RO31 Sud - Muntenia	28,0	29,7	32,0	56,4	58,1	59,4	10	9,5	9,5
RO32 București - Ilfov	3,4	2,7	3,9	64,4	63,8	62,6	5,6	6,5	8
RO41 Sud-Vest Oltenia	28,9	29,9	30,1	61,6	62,3	60,2	6,6	6,1	7
RO42 Vest	18,8	20,5	22,9	58,1	58,4	58,6	5,7	5,1	5,2

	Armuts- gefährdungsquote			Erwerbstätigen- quote			Arbeitslosenquote		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Schweden	14,0	14,2	14,8	73,6	73,8	74,4	7,8	8	8
SE11 Stockholm	11,0	10,1	10,8	76,6	76,7	77,5	6,6	6,8	6,9
SE12 Östra Mellansverige	14,3	15,2	15,3	71,3	71,6	72,0	8,4	8,6	8,8
SE21 Småland med öarna	15,2	14,4	16,8	74,6	74,8	75,2	7,1	7,4	7,1
SE22 Sydsverige	15,0	16,8	18,2	71,6	71,4	72,2	9,2	9,4	9,9
SE23 Västsverige	15,0	13,8	14,0	74,2	74,6	74,8	7,4	7,7	8
SE31 Norra Mellansverige	14,8	15,8	18,5	72,0	72,8	73,3	8,8	8,6	8,8
SE32 Mellersta Norrland	15,1	15,5	16,9	72,5	72,8	74,6	8,8	8,4	7,2
SE33 Övre Norrland	12,7	17,0	11,8	72,4	72,1	73,5	8	7,7	7,2
Slowakei	13,0	13,2	12,8	59,3	59,7	59,9	13,7	14	14,2
SK01 Bratislavský kraj	7,2	6,3	8,0	70,3	71,6	70,6	5,8	5,7	6,4
SK02 Západné Slovensko	11,4	11,9	11,5	61,8	61,9	61,8	10,7	11,3	11,7
SK03 Stredné Slovensko	13,1	14,1	13,3	57,6	58,0	58,1	15,9	16,2	16,8
SK04 Východné Slovensko	16,9	16,7	15,8	53,7	54,0	55,0	18,7	19	18,5
Slowenien	13,6	13,5	14,5	64,4	64,1	63,3	8,2	8,9	10,1
SI01 Vzhodna Slovenija	16,2	16,1	16,6	62,9	62,8	61,2	9,2	10	11,4
SI02 Zahodna Slovenija	10,8	10,7	12,2	66,1	65,5	65,6	7	7,6	8,7
Spanien	20,6	20,8	20,4	58,0	55,8	54,8	21,4	24,8	26,1
ES11 Galicia	16,1	18,3	17,2	59,5	57,7	56,1	17,3	20,5	22
ES12 Principado de Asturias	14,1	13,0	14,1	55,6	53,5	52,4	17,8	21,8	24,1
ES13 Cantabria	16,7	17,7	17,8	59,7	58,3	56,3	15,3	17,8	20,4
ES21 País Vasco	13,8	13,3	10,5	65,5	62,6	61,6	12,4	15,6	16,6
ES22 Comunidad Foral de Navarra	8,1	7,0	9,9	65,5	62,5	61,1	13	16,2	17,9
ES23 La Rioja	20,6	16,8	19,3	62,4	59,7	59,9	17,2	20,6	20
ES24 Aragón	15,5	14,5	16,1	62,1	62,1	59,3	17,1	18,7	21,4
ES30 Comunidad de Madrid	14,0	14,2	13,4	64,9	63,4	62,5	16,3	18,5	19,8
ES41 Castilla y León	17,6	15,9	17,5	60,3	58,5	56,9	16,9	19,8	21,7
ES42 Castilla-La Mancha	29,4	30,0	31,3	55,9	51,9	51,2	23,1	28,6	30
ES43 Extremadura	31,7	29,4	30,9	51,0	46,4	46,6	25,1	33,1	33,9
ES51 Cataluña	14,2	15,8	13,9	63,0	60,1	59,8	19,2	22,5	23,1
ES52 Comunidad Valenciana	22,0	25,0	23,6	55,7	53,5	53,1	24	27,2	28
ES53 Illes Balears	21,0	19,9	19,8	60,1	60,5	60,9	21,9	23,2	22,3
ES61 Andalucía	30,7	28,3	29,1	48,9	46,6	45,3	30,1	34,4	36,2
ES62 Región de Murcia	25,8	25,2	26,8	54,6	52,9	51,7	25	27,6	29
ES63 Ciudad Autónoma de Ceuta	26,3	32,2	40,8	46,3	43,0	45,1	27,7	37	34,8
ES64 Ciudad Autónoma de Melilla	26,5	8,6	21,7	49,6	45,6	43,8	22,4	26,9	32,5
ES70 Canarias	30,1	33,6	28,4	51,7	49,5	48,5	29,3	32,6	33,7

	Armuts- gefährdungsquote			Erwerbstätigen- quote			Arbeitslosenquote		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Tschechische Republik	9,8	9,6	8,6	65,7	66,5	67,7	6,7	7	7
CZ01 Praha	4,6	6,2	4,4	71,5	72,7	73,7	3,6	3,1	3,1
CZ02 Střední Čechy	6,1	7,3	4,8	68,1	69,6	70,0	5,1	4,6	5,2
CZ03 Jihozápad	7,3	7,0	6,9	67,8	68,1	69,0	5,3	5,3	5,2
CZ04 Severozápad	17,1	14,5	12,9	62,8	62,1	64,4	9,5	10,7	9,6
CZ05 Severovýchod	7,9	8,2	8,8	65,1	65,5	66,7	6,6	8	8,3
CZ06 Jihovýchod	10,0	9,1	6,6	64,9	65,8	68,2	7,2	7,6	6,8
CZ07 Střední Morava	11,3	11,0	10,3	63,7	65,4	65,7	7,6	7,5	8
CZ08 Moravskoslezsko	15,1	14,7	15,3	62,2	63,1	63,9	9,3	9,5	9,9
Ungarn	13,8	14,0	14,3	55,4	56,7	58,1	11	11	10,2
HU10 Közép-Magyarország	8,3	9,2	10,6	60,2	61,7	62,7	9	9,5	8,7
HU21 Közép-Dunántúl	-	-	-	59,1	59,2	60,7	9,5	9,9	8,7
HU22 Nyugat-Dunántúl	-	-	-	59,9	61,0	61,8	7,3	7,5	7,7
HU23 Dél-Dunántúl	-	-	-	51,1	51,9	54,8	12,9	12,1	9,3
HU31 Észak-Magyarország	-	-	-	48,4	49,1	51,6	16,4	16,1	12,6
HU32 Észak-Alföld	18,9	18,8	18,9	49,9	51,8	53,2	14,6	13,9	14,2
HU33 Dél-Alföld	-	-	-	54,1	55,5	56,3	10,5	10,3	11
Vereinigtes Königreich	16,2	16,0	15,9	69,3	69,9	70,5	8,1	7,9	7,6
UKC1 Tees Valley and Durham	-	-	-	63,6	63,8	64,3	11,8	11,5	10,9
UKC2 Northumberland and Tyne and Wear	-	-	-	65,4	67,9	67,3	9,8	9	9,2
UKD1 Cumbria	-	-	-	72,2	73,2	74,3	7	6,3	5,1
UKD3 Greater Manchester	-	-	-	66,2	66,3	65,8	9,7	10,1	9,4
UKD4 Lancashire	-	-	-	69,0	69,3	67,6	6,8	7,8	7,2
UKD6 Cheshire	-	-	-	72,8	73,4	72,6	5,7	5,9	5,2
UKD7 Merseyside	-	-	-	64,3	66,0	66,5	10	9,7	8,9
UKE1 East Yorkshire and Northern Lincolnshire	-	-	-	68,9	68,3	70,5	8,9	9,7	8,4
UKE2 North Yorkshire	-	-	-	72,8	75,3	74,8	6,5	5	4,3
UKE3 South Yorkshire	-	-	-	65,2	66,6	68,5	10,6	10,4	10,5
UKE4 West Yorkshire	-	-	-	65,2	67,0	68,0	9,7	9,4	9,3
UKF1 Derbyshire and Nottinghamshire	-	-	-	68,1	69,7	68,9	8,8	8,3	7,2
UKF2 Leicestershire, Rutland and Nottinghamshire	-	-	-	72,3	72,1	71,8	7,5	7	7,8
UKF3 Lincolnshire	-	-	-	73,8	69,2	73,0	6,5	8,5	6,4
UKG1 Herefordshire, Worcestershire and Warwickshire	-	-	-	72,9	76,5	76,0	6	4,9	5,1
UKG2 Shropshire and Staffordshire	-	-	-	70,3	71,2	71,9	7,9	6,7	6,2
UKG3 West Midlands	-	-	-	62,2	63,1	62,4	11,3	11,7	13
UKH1 East Anglia	-	-	-	73,6	74,7	74,1	6,3	6,4	6,2
UKH2 Bedfordshire and Hertfordshire	-	-	-	73,0	74,1	75,1	6,7	6,3	5,6
UKH3 Essex	-	-	-	73,1	71,6	72,9	6,8	7,4	6,3
UKI1 Inner London	-	-	-	64,6	66,7	68,4	10,6	9,4	8,9
UKI2 Outer London	-	-	-	68,0	68,3	69,7	9,3	8,8	8,6
UKJ1 Berkshire, Buckinghamshire and Oxfordshire	-	-	-	75,5	76,4	77,0	5,2	5,7	5,2
UKJ2 Surrey, East and West Sussex	-	-	-	74,3	74,3	75,4	5,3	5,9	5,5
UKJ3 Hampshire and Isle of Wight	-	-	-	73,2	73,2	74,8	6	6,3	5,7
UKJ4 Kent	-	-	-	70,2	70,5	70,9	8,2	8	7,6

	Armuts- gefährdungsquote			Erwerbstätigen- quote			Arbeitslosenquote		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
UKK1 Gloucestershire, Wiltshire and Bristol/Bath area	-	-	-	73,6	74,0	74,0	6,5	6,1	6,2
UKK2 Dorset and Somerset	-	-	-	71,9	75,5	76,9	6	5,1	5,4
UKK3 Cornwall and Isles of Scilly	-	-	-	68,9	68,0	68,5	6,2	5,5	5,6
UKK4 Devon	-	-	-	72,9	72,5	71,0	6,5	5,8	7
UKL1 West Wales and the Valleys	-	-	-	65,3	66,4	68,1	9,9	9,2	7,8
UKL2 East Wales	-	-	-	70,7	68,8	70,4	6,5	7,6	7,4
UKM2 Eastern Scotland	-	-	-	71,5	70,9	71,8	7,4	7,6	7,3
UKM3 South Western Scotland	-	-	-	66,9	66,2	69,0	9,9	9,8	8,3
UKM5 North Eastern Scotland	-	-	-	75,7	77,8	75,5	4,6	4,7	4,7
UKM6 Highlands and Islands	-	-	-	76,4	74,8	77,4	4,8	4,6	4,4
UKN0 Northern Ireland	-	-	-	66,0	66,0	65,7	7,2	7,4	7,5
CY00 Zypern	14,8	14,7	15,3	67,6	64,6	61,7	5,3	6,2	7,7

Tabelle 9: Armutsgefährdung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit: NUTS-2-Regionen, 2011–2013¹³⁰

2.1. Erwerbstätigenquote

*NUTS-2:
Erwerbstätigen-
quote*

Die Erwerbstätigenquote war in der finnischen Region Aland (mit 78,7 Prozent) am höchsten. Aland ist eine autonome, schwedischsprachige Provinz in Finnland, die 6.500 Inseln umfasst, von denen lediglich 65 bewohnt sind. Dahinter folgen mit Oberbayern (78,6 Prozent), Freiburg (78,4 Prozent) und Tübingen (77,7 Prozent) gleich drei süddeutsche Regionen.

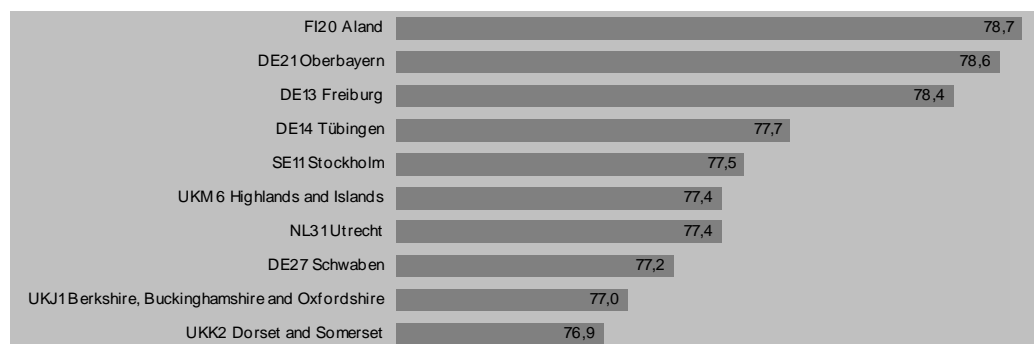


Abbildung 30: höchste Erwerbstätigkeit: NUTS-2-Regionen, 2013

Niedrige Erwerbstätigenquoten finden sich oftmals in den Regionen der südlichen europäischen Länder wie Italien, Spanien und Griechenland. Von geringer Erwerbsbeteiligung sind im besonderen Ausmaß die vier im Süden des Landes

¹³⁰ Eurostat: Quote der von Armut bedrohten Personen nach NUTS-2-Regionen; Eurostat: Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht, Alter und NUTS-2-Regionen; Eurostat: Arbeitslosenquote, nach NUTS-2-Regionen

liegenden italienischen Regionen Kalabrien¹³¹ (38,9 Prozent), Sizilien (39,3 Prozent), Kampanien¹³² (39,7 Prozent) und Apulien (42,3 Prozent) betroffen.

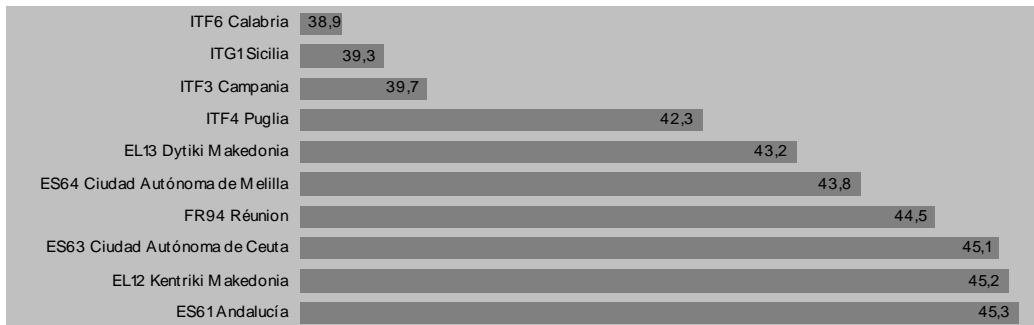


Abbildung 31: niedrigste Erwerbstätigkeit: NUTS-2-Regionen, 2013

2.2. Arbeitslosenquote

Spanien hatte die zweithöchste Arbeitslosenquote aller EU-Staaten. Auch sieben der zehn Regionen mit den höchsten Arbeitslosenquoten waren in Spanien. Am höchsten war die Arbeitslosenquote in Andalusien (36,2 Prozent), der an der nordafrikanischen Küste gelegenen autonomen Stadt Ceuta (34,8 Prozent) und Extremadura (33,9 Prozent). Griechenland wies die höchste Arbeitslosenquote in der EU auf. In den griechischen Regionen Westmakedonien (31,6 Prozent) und Zentralmakedonien (30,2 Prozent) war die Arbeitslosigkeit besonders hoch.

*NUTS-2:
Arbeitslosenquote*

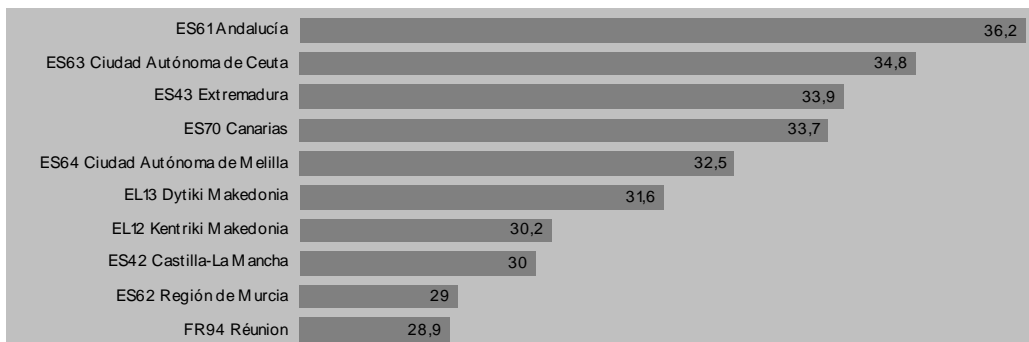


Abbildung 32: höchste Arbeitslosigkeit: NUTS-2-Regionen, 2013

Deutschland und Österreich waren im Jahr 2013 die Länder mit den geringsten Arbeitslosenquoten in der Europäischen Union. Dementsprechend zählten sieben deutsche und zwei österreichische NUTS-2-Einheiten zu den Regionen mit der geringsten Arbeitslosenquote. Gemessen am Anteil der Bevölkerung gab es in Oberbayern (2,5 Prozent), Tübingen und Freiburg (jeweils 2,9 Prozent) die wenigsten Arbeitslosen. In Österreich waren die Bundesländer Tirol (3,1 Prozent) und Salzburg (3,2 Prozent) die NUTS-2-Regionen mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten.

¹³¹ Kalabrien ist die südlichste Region des italienischen Festlandes.

¹³² Kampanien ist eine Region an der Westküste Italiens mit der Hauptstadt Neapel.

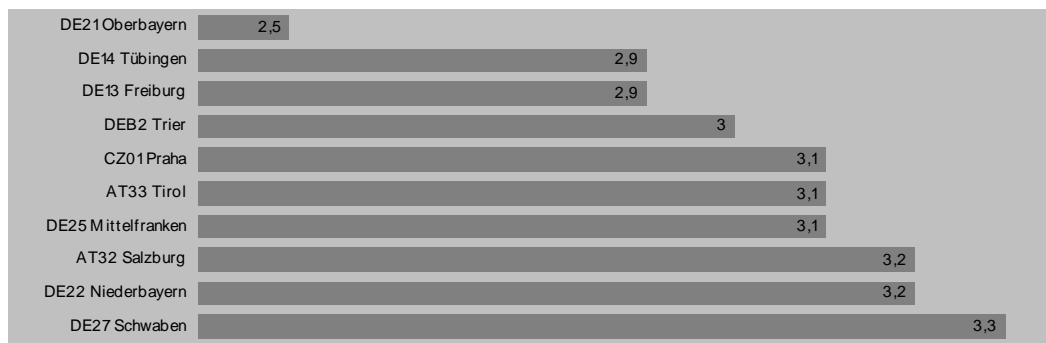


Abbildung 33: niedrigsten Arbeitslosigkeit: NUTS-2-Regionen, 2013

2.3. Armutsgefährdung

*NUTS-2:
Armutsgefährdung*

Unter den zehn NUTS-2-Regionen mit der höchsten Armutsgefährdungsquote befanden sich vier italienische und je drei spanische und rumänische. Viele Regionen mit hoher Armutsgefährdung wiesen problematische Arbeitsmarktverhältnisse auf. So zählten die italienischen Regionen Sizilien und Kalabrien auch zu jenen mit der geringsten Erwerbstätigkeit und die spanischen Regionen Ceuta und Extremadura¹³³ wiesen sehr hohe Arbeitslosenquoten auf. Am höchsten war die Armutsgefährdung in Sizilien (41,1 Prozent), Ceuta (40,8 Prozent) und Kampanien (36,8 Prozent).

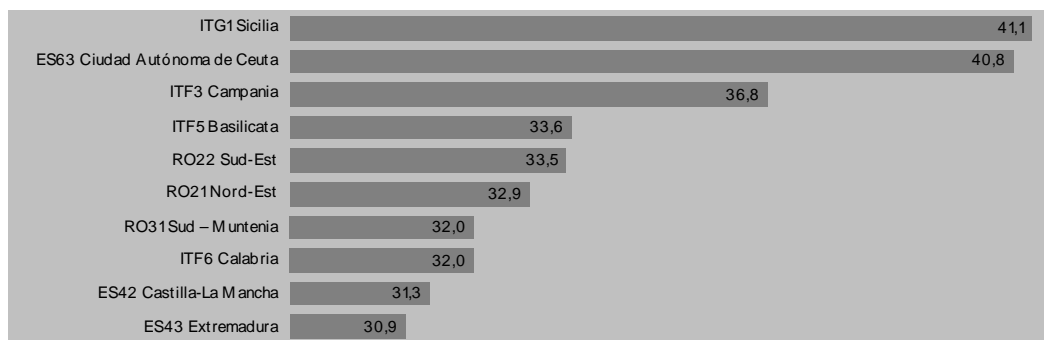


Abbildung 34: höchsten Armutsgefährdung: NUTS-2-Regionen, 2013

Obwohl Rumänien die zweithöchste Armutsgefährdungsquote aller EU-Länder aufwies, war die am wenigsten armutsgefährdete Region die rumänische Hauptstadt Bukarest plus Umgebung. Nur 3,9 Prozent der EinwohnerInnen waren hier im Jahr 2013 armutsgefährdet. Wie sehr die Lage innerhalb eines Landes ausschlaggebend für das Armutsgefährdungsrisiko sein kann, zeigt sich auch in Italien. Obwohl einige italienische Regionen zu den armutsgefährdetsten innerhalb der EU zählten, war die Armutsgefährdung etwa im Aostatal (7,5 Prozent) und der Lombardei (8,4 Prozent) gering.

¹³³ Extremadura liegt im Südwesten Spaniens. In dieser Region gibt es nur eine einzige Stadt mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen.

Die niedrigste Armutsgefährdungsquote hatte im Jahr 2013 die Tschechische Republik. Auch vier tschechischen Regionen befanden sich unter den NUTS-2-Regionen mit der niedrigsten Armutsgefährdung, darunter die Hauptstadt Prag (4,4 Prozent).

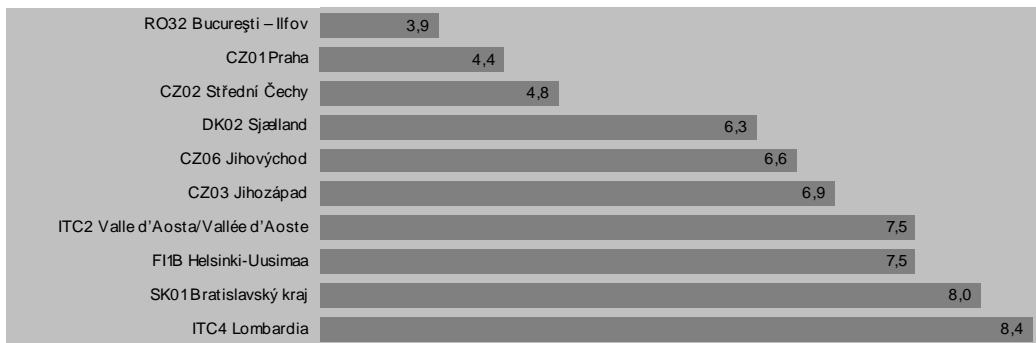


Abbildung 35: niedrigsten Armutsgefährdung: NUTS-2-Regionen, 2013



TEIL 4: ARMUT IN DEN EUROPÄISCHEN STÄDTEN

1. Armutsgefährdung nach Verstädterungsgrad

Der Verstädterungsgrad ist ein statistisches „Kriterium zur Charakterisierung eines Gebietes. Auf der Grundlage des Anteils der lokalen Bevölkerung in städtischen Ballungsgebieten und städtischen Zentren werden so genannte Lokale Verwaltungseinheiten der Ebene 2 (Local Administrative Units (LAU2) bzw. Gemeinden) in drei Gebietstypen eingeteilt.“¹³⁴ Diese Einteilung umfasst:

- Städte – dicht besiedelte Gebiete
- Kleinere Städte und Vororte – Gebiete mit mittlerer Bevölkerungsdichte
- Ländliche Gebiete – dünn besiedelte Gebiete

Innerhalb der Europäischen Union ergibt sich bei der Armutsgefährdung nach Verstädterungsgrad ein differenziertes Bild. Während in wirtschaftlich besser situierten Staaten die Armutsgefährdung in dicht besiedelten Gebieten, also in Städten, höher ist als in gering besiedelten, so ist es in wirtschaftlich schwachen Staaten genau umgekehrt.

Unterschiede bei Armut nach Verstädterungsgrad

In folgenden acht EU-Staaten ist die Armutsgefährdung in Städten höher als in ruralen Gebieten: Österreich (um 9,5 Prozentpunkte), Dänemark (um 6,3 Prozentpunkte), Belgien (um 5,7 Prozentpunkte), Vereinigtes Königreich (um 5,3 Prozentpunkte), Niederlande (um 3,5 Prozentpunkte), Luxemburg (um 3,2 Prozentpunkte), Frankreich (um 2,6 Prozentpunkte) und Deutschland (um 1,9 Prozentpunkte). In Schweden und Finnland ist zudem die Abweichung gering. Die Gründe warum in diesen Staaten die Armutsgefährdung höher ist als in ländlichen Regionen, sind mannigfaltig. Die sozialen Problemlagen, die in Städten geballt auftreten, kommen hier mehr zum Tragen. So ist im Allgemeinen der Anteil an Gruppen, die ein erhöhtes Armutsrisiko aufweisen – wie AlleinerzieherInnen, MigrantInnen und Arbeitslose – in Städten höher als in ruralen Gebieten. Einen Einfluss auf die Armutsgefährdung haben auch die Lebenshaltungskosten, die in Städten oft höher sind. Eine deutsche Studie hat „zur Analyse der relativen Einkommensarmut [...] die regionalen Preisniveaus mit einbezogen und so die Einkommens- in die Kaufkraftarmut überführt.“¹³⁵ Das Ergebnis der Studie: Das unterschiedliche Preisniveau zwischen städtischen und ländlichen Regionen zeigt, dass in den deutschen Städten die Kaufkraft deutlicher langsamer wuchs oder sogar sank.

wirtschaftlich gut situierte Länder: Armutsrisiko in Städten höher

Die sozialen Problemlagen sowie die Preisunterschiede dürften in den wirtschaftlich schwachen Staaten in Ost- und Südeuropa weniger zum Tragen kommen. Entscheidender scheint hier, dass in den Städten mehr Arbeitsplätze und vor allem besser entlohnte als am Land vorhanden sind. Die Armutsgefährdung in den Städten ist in diesen Ländern deutlich geringer als in ruralen Gebieten. Am stärksten zeigt sich dies in Rumänien (minus 23,7 Prozentpunkte), Bulgarien (minus 23,2 Prozentpunkte), Litauen

Ost- und Südeuropa: Armutsrisiko in Städten geringer

¹³⁴ Eurostat: Verstädterungsgrad

¹³⁵ Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Die Großstädte schneiden schlechter ab

(minus 17,6 Prozentpunkte), Polen (minus 14,4 Prozentpunkte) und Kroatien (minus 13,9 Prozentpunkte).

Österreich: Das Armutsrisiko in gering besiedelten Gebieten war im Jahr 2013 in Rumänien und Bulgarien, wo ein Drittel der ländlichen Bevölkerung betroffen war, am höchsten. Mehr als ein Viertel der ländlichen Bevölkerung war in Litauen (29,4 Prozent), Spanien (27,6 Prozent), Griechenland (26,7 Prozent) und Lettland (26 Prozent) armutsgefährdet.

Am besten vor Armut geschützt waren die BewohnerInnen ländlichen Regionen in den Niederlanden (8,7 Prozent), der Tschechischen Republik (9,5 Prozent), Dänemark (9,9 Prozent) und Österreich (11,4 Prozent).

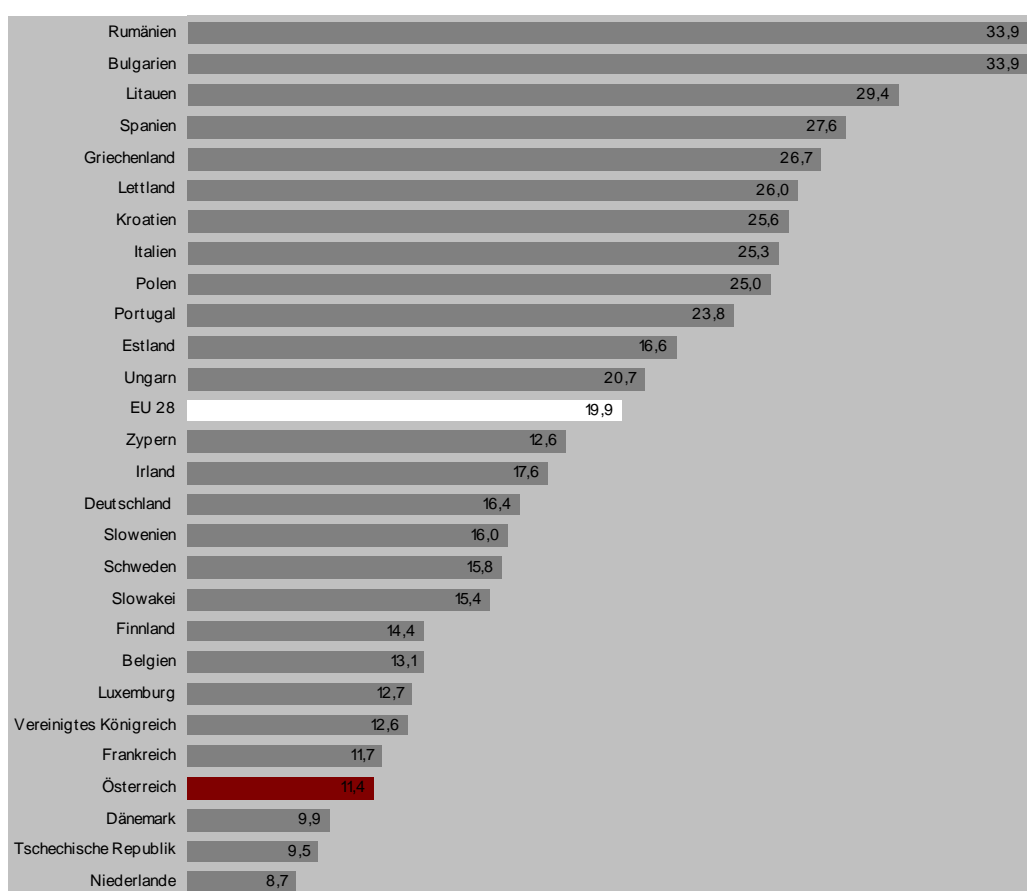


Abbildung 36: Armutsgefährdung: gering besiedeltes Gebiet, 2013¹³⁶

Österreich: Während im EU-Vergleich die Armutsgefährdung in Österreich in den gering besiedelten Gebieten eher niedrig war, so war das Armutsrisiko in den dicht besiedelten Gebieten am höchsten. Jede/r fünfte EinwohnerIn in den österreichischen Städten Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck und Klagenfurt¹³⁷ war armutsgefährdet. So viel wie auch in den griechischen Städten. Sehr hoch ist das Armutsrisiko in den Städten auch in Belgien (18,8 Prozent), Deutschland (18,3 Prozent) und Italien (18 Prozent).

¹³⁶ Eurostat: Quote der von Armut bedrohten Personen nach Verstärterungsgrad

¹³⁷ vgl. Eurostat: Lokale Verwaltungseinheiten (LAU)

Die niedrigste Armutsgefährdung hatten städtische BewohnerInnen in der Tschechischen Republik (7,6 Prozent), Ungarn (7,9 Prozent), der Slowakei (8 Prozent) und Rumänien (10,2 Prozent).

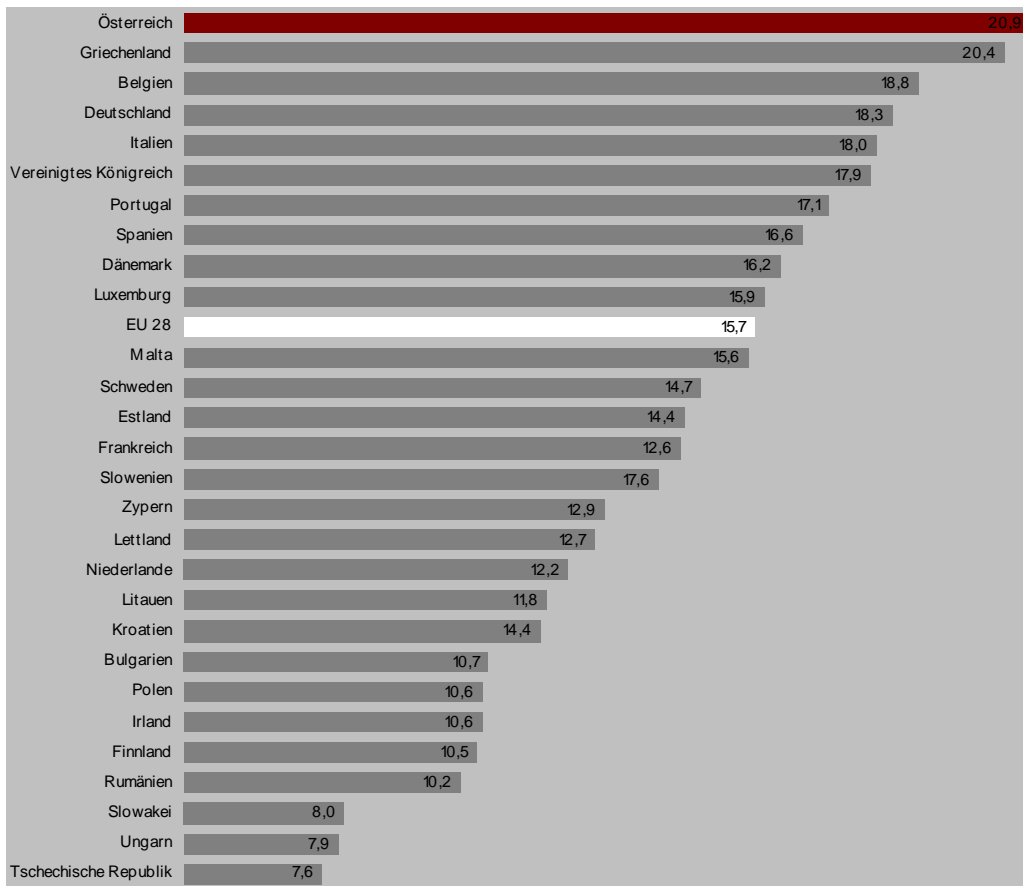


Abbildung 37: Armutsgefährdung: dicht besiedeltes Gebiet, 2013¹³⁸

2. Armutsgefährdung in ausgewählten Städten

In Europa stehen nur für wenige Städte Daten zur Armutsgefährdung zur Verfügung. Eine umfassende Datensammlung wie bei den Ländern und NUTS-2-Regionen gibt es für Städte bisher nicht. Der Vergleich beschränkt sich daher auf einige wenige Städte.

In Wien betrug im Jahr 2011 das Armutsrisiko 19,2 Prozent, 2012 ist es auf 24,7 Prozent gestiegen und im Jahr 2013 wieder leicht auf 23 Prozent gefallen. Gemessen an der EinwohnerInnenzahl von Wien (1,8 Mio.) eignet sich von den angeführten Städten Hamburg (1,8 Mio.) am besten für einen Vergleich. Das Armutsrisiko lag in der Hansestadt im Jahr 2013 bei 16,9 Prozent und war damit (um 6,1 Prozentpunkte) niedriger als in Wien. Auch in der deutschen Hauptstadt Berlin, mit 3,5 Mio. EinwohnerInnen, war die Armutsgefährdung (21,5 Prozent) hoch, aber leicht niedriger als in Wien.

*Wien:
jede/r Vierte
armutsgefährdet*

¹³⁸ Eurostat: Quote der von Armut bedrohten Personen nach Verstärkerungsgrad

In Städten, deren EinwohnerInnenzahl niedriger – zwischen 1 und 1,5 Mio. – war, war das Armutsrisiko sehr unterschiedlich. In der belgischen Hauptstadt Brüssel (1,1 Mio. EW) war im Jahr 2011 ein Drittel der Bevölkerung armutsgefährdet und damit weit mehr als in Wien. In der bulgarischen Hauptstadt Sofia (1,3 Mio. EW) lag das Armutsrisiko im Jahr 2013 bei 22 Prozent und in etwa im Bereich von Wien. Ähnlich in der deutschen Stadt Köln (1,05 Mio. EW), wo es bei 21,5 Prozent lag. Weitaus geringer war die Armutsgefährdung in München, wo nur 10,3 Prozent der 1,4 Mio. EinwohnerInnen armutsgefährdet waren, und in der tschechischen Hauptstadt Prag (1,25 Mio. EW), die mit 4,4 Prozent eine sehr geringe Armutsgefährdungsquote auswies.

		EW in Mio.	2011	2012	2013
Belgien	Brüssel	1,1	32,5	-	-
Bulgarien	Sofia	1,3	18,6	18,4	22
Finnland	Helsinki	0,6	14,5	14	13,3
Deutschland	Leipzig	0,55	-	-	25,1
	Dortmund	0,6	-	-	25
	Duisburg	0,5	-	-	24,3
	Bremen	0,55	-	-	23
	Köln	1,05	-	-	21,5
	Berlin	3,5	-	-	21,4
	Hannover	0,5	-	-	20,8
	Essen	0,6	-	-	20,6
	Nürnberg	0,5	-	-	19
	Dresden	0,55	-	-	18,5
	Hamburg	1,8	-	-	16,9
	Düsseldorf	0,6	-	-	16,7
	Stuttgart	0,6	-	-	15,2
	Frankfurt am Main	0,7	-	-	14,7
	München	1,4	-	-	10,3
Lettland	Riga	0,7	12,9	10,7	13,7
Österreich	Wien	1,8	19,2	24,7	23
Tschechische Republik	Prag	1,25	4,6	6,2	4,4

Tabelle 10: Armutsgefährdung: ausgewählte europäische Städte 2010–2013¹³⁹

¹³⁹ Observatoire de la santé du social Bruxelles: Baromètre social, Rapport Bruxellois sur l'état de la pauvreté 2014; Republic of Bulgaria National statistical institute: Poverty and Social inclusion Indicators by District; Anfrage an City of Helsinki Urban Facts; statista: Armutsgefährdungsquote in den 15 größten Städten Deutschlands im Jahr 2013; Centralas statistikas parvaldes datubazes: At-risk-of-poverty rate in regions of Latvia by age and gender; Eurostat: Quote der von Armut bedrohten Personen nach NUTS-2-Regionen

ZUSAMMENFASSUNG

Die Europäische Union griff die Armutsbekämpfung bereits im Jahr 1975 zum ersten Mal auf. Dem „Ersten Europäischen Programm zur Armutsbekämpfung“ folgten in den Jahren 1986–1989 und 1990–1994 zwei weitere. Richtung in Schwung kam die Politik der europäischen Armutsbekämpfung aber erst mit der Jahrtausendwende.

In der „Lissabon-Strategie 2000“ wurde vom Rat der Europäischen Union festgehalten, dass die Zahl der Armutsgefährdeten nicht hingenommen werden kann und erstmals versucht *„nationale Maßnahmen gegen Armut zu koordinieren und der Armut [...] aktiv entgegenzutreten.“*¹⁴⁰

Die Situation der von Armut betroffenen Menschen veränderte sich trotz der unternommenen Anstrengungen kaum. Deshalb wurde das Jahr 2010 zum europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt. Das Ziel war eine Schärfung und Sensibilisierung des Bewusstseins der BürgerInnen und InteressensträgerInnen für die Situation, der von Armut betroffenen Menschen.

Schließlich wurde im Jahr 2010 mit der „Strategie Europa 2020“ von Rat und Kommission ein neues Konzept zur Armutsbekämpfung vorgelegt. Ziel ist, die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen EU-weit um mindestens 20 Millionen zu senken. Dabei sieht sich die EU in erster Linie durch das Erstellen von Vorschriften, der Bereitstellung von Finanzmitteln und der Ermittlung von vorbildlichen Verfahren in einer koordinierenden Funktion. Den nationalen Regierungen obliegt die Aufgabe, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in den jeweiligen Ländern umzusetzen.

Die Armut ist in der Europäischen Union ungleich verteilt:

Armutsgefährdungsquote	EU-28	höchste AG-Quote	niedrigste AG-Quote	AG-Quote Österreich
Armutsgefährdung	16,6	23,1 Griechenland	8,6 Tschechien	14,4
Armuts- oder Ausgrenzunggefährdung	24,5	48 Bulgarien	14,6 Tschechien	18,8
Einpersonenhaushalte	24,9	41,4 Bulgarien	13,9 Ungarn	22
erwerbstätiger Personen	8,9	18 Rumänien	3,7 Finnland	7,9
Vollzeit erwerbstätiger Personen	7,2	13,1 Rumänien	2,7 Dänemark/Finnland	6,8
Teilzeit erwerbstätiger Personen	14,6	57,3 Rumänien	4,5 Niederlande	9,5
arbeitslose Personen	46,4	69,3 Deutschland	33,6 Zypern	45,8
Bildungsstufe 0–2	23,7	43,3 Bulgarien	10,4 Niederlande	20,5
Bildungsstufe 3–4	14,5	23,2 Griechenland	7,2 Malta	11,3
Bildungsstufe 5–6	7,5	12,3 Österreich	1,6 Rumänien	12,3
AlleinerzieherInnen-Haushalte	31,9	46,1 Luxemburg	13,3 Dänemark	27,4
Eltern mit 3 oder mehr Kindern	23,9	68,1 Bulgarien	9,5 Finnland	22,1
Kinder und Jugendliche (bis 18 Jahre)	20,2	32,1 Rumänien	8,5 Dänemark	18,6
Personen über 65 Jahre	13,8	27,9 Bulgarien	4,4 Ungarn	15,4
Person über 65 Jahre alleinlebend	21,2	54,2 Bulgarien	6,3 Ungarn	21,7

Tabelle 11: Übersicht Armutsgefährdungsquoten: EU-Staaten, 2013

¹⁴⁰ Armutskonferenz: Die EU im Lichte von Armut und Sozialer Ausgrenzung

Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote in der Europäischen Union ist in den letzten Jahren konstant und betrug zuletzt (2013) 16,6 Prozent. Das heißt, dass in der EU 83,5 Mio. armutsgefährdete Menschen lebten. Am höchsten war das Armutsrisiko im krisengeschüttelten Griechenland (23,1 Prozent), am niedrigsten in der Tschechischen Republik (8,6 Prozent). Fast die Hälfte aller Armutsgefährdeten (in Summe 43,8 Mio.) lebten allerdings in den bevölkerungsreichen Staaten Deutschland, Italien, UK und Spanien. In Österreich waren 14,4 Prozent, das waren 1,2 Mio. Menschen, armutsgefährdet. Damit hatte Österreich die neuntiefste Armutsgefährdungsquote in der EU.

Als armuts- und ausgrenzungsgefährdet werden Personen bezeichnet, die entweder armutsgefährdet oder materiell depriviert sind oder in einem Haushalt mit geringer Erwerbsintensität leben. Diese Gruppe umfasst demnach mehr Menschen als die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote. In der Europäischen Union war im Jahr 2013 ein Viertel der Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das waren 122,9 Mio. Menschen. Am höchsten war die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Bulgarien (48 Prozent), am niedrigsten in der Tschechischen Republik (14,6 Prozent). In Österreich waren fast 1,6 Mio. Menschen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet (18,8 Prozent).

Sozialleistungen leisten einen wesentlichen zur Reduktion von Armut. Je nach Ausbau des Sozialsystems in den einzelnen Staaten der Europäischen Union können sie mehr oder weniger helfen, Armut einzudämmen. Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote vor Sozialleistungen betrug in der EU im Jahr 2013 25,5 Prozent. Durch Sozialleistungen konnte die Armutsgefährdungsquote (um 9,3 Prozentpunkte) auf 16,6 Prozent gesenkt werden. Auch in Österreich wären ohne Sozialleistungen 25,9 Prozent (2,2 Mio. Menschen) armutsgefährdet, durch sie sind es nur mehr 14,4 Prozent (1,2 Mio.).

Leben Menschen alleine, so nimmt in der Regel die Armutsgefährdung zu. EU-weit waren ein Viertel der alleinlebenden Menschen armutsgefährdet. Am schlimmsten betroffen waren Alleinlebende in Rumänien (41,4 Prozent), am wenigsten in Ungarn (13,9 Prozent). Österreich lag (mit 22 Prozent) leicht unter dem EU-Durchschnitt. Etwa 300.000 alleinlebende Menschen in Österreich waren armutsgefährdet.

Erwerbsarbeit senkt das Armutsrisiko deutlich. Jedoch bot sie im Jahr 2013 dennoch 21 Mio. Erwerbstätigen (8,9 Prozent) keinen ausreichenden Schutz vor Armut. Am meisten „working poor“ gab es in Rumänien (18 Prozent), am wenigsten in Finnland (3,7 Prozent). In Österreich waren 7,9 Prozent und damit über 300.000 der Erwerbstätigen working poor.

Je höher die Erwerbsintensität, desto besser wirkt man Armut entgegen. So hatten Vollzeitbeschäftigte in der Europäischen Union ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko von 7,2 Prozent. Das waren dennoch 12,2 Mio. Menschen. Das Armutsrisiko von Vollzeitarbeitenden war in Rumänien (13,1 Prozent) am höchsten, in Dänemark und Finnland (jeweils 2,7 Prozent) am niedrigsten. In Österreich waren 6,8 Prozent bzw. über 220.000 der Vollzeiterwerbstätigen armutsgefährdet.

Die Armutsgefährdung von Teilzeitbeschäftigten lag mit 14,6 Prozent unter dem EU-Durchschnitt, konnte aber nicht in allen EU-Staaten ausreichend vor Armut schützen. 2013 waren in der EU 41,3 Mio. Menschen nur teilzeitbeschäftigt. So waren in Rumänien 57,3 Prozent der Teilzeitbeschäftigten armutsgefährdet, in den Niederlanden hingegen nur 4,5 Prozent. In Österreich war das Armutsrisiko von Teilzeiterwerbstätigen mit 9,5 Prozent unterdurchschnittlich. Dennoch waren mehr als 80.000 Menschen aufgrund von Teilzeitarbeit armutsgefährdet. Frauen, von denen ein Drittel Teilzeit arbeitet, verringern ihre Arbeitszeit in erster Linie aufgrund familiärer Verpflichtungen. Männer, von denen nur jeder zehnte Teilzeit arbeitet, verringern die Arbeitszeit mangels eines Vollzeitjobs oder einer (Zusatz)Ausbildung.

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht die Armutsgefährdung drastisch. So waren mit 12 der 26 Mio. fast die Hälfte (46,4 Prozent) der arbeitslosen Menschen in der Europäischen Union armutsgefährdet. Fast 70 Prozent der Arbeitlosen waren in Deutschland armutsgefährdet. Das geringste Risiko gab es in Zypern, wo allerdings immer noch ein Drittel armutsgefährdet war. In Österreich betrug die Armutsgefährdungsquote von arbeitslosen Menschen 45,8 Prozent (also nur knapp weniger als im EU-Durchschnitt).

Je höher die Bildung desto niedriger das Armutsrisiko. So lag die Armutsgefährdung in der Europäischen Union im Jahr 2013 bei AbsolventInnen im höchsten Bildungssegment bei 7,5 Prozent, bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss hingegen bei 23,7 Prozent. Österreich hatte 2013 europaweit (mit 12,3 Prozent) die höchste Armutsgefährdung von Menschen mit Hochschulabschlüssen. 108.000 Menschen waren trotz einem Universitätsabschluss armutsgefährdet.

Alleinerziehende, Familien mit drei oder mehr Kinder und Kinder und Jugendliche sind in höherem Ausmaß von Armut betroffen.

In der Europäischen Union war 2013 fast ein Drittel aller Eineltern-Haushalte armutsgefährdet. Am schlimmsten war die Situation in Luxemburg, wo fast die Hälfte aller Alleinerziehenden armutsgefährdet war. Am geringsten war das Armutsrisiko in Dänemark (13,3 Prozent). Österreich wies zwar die sechsniedrige Gefährdungsquote für diese Bevölkerungsgruppe auf, allerdings war mehr als ein Viertel der AlleinerzieherInnen-Haushalte und damit 88.000 Personen armutsgefährdet.

Familien mit drei oder mehr Kindern hatten in der Europäischen Union ein Armutsrisiko von 23,9 Prozent. In Bulgarien waren zwei von drei dieser Familien armutsgefährdet, in Finnland dagegen nur jede zehnte. In Österreich lag das Armutsrisiko im europäischen Mittel bei 22,1 Prozent. Das bedeutete aber 195.000 armutsgefährdete Personen in diesen Haushalten.

Armut wird vererbt. Kinder, die in armutsgefährdeten Haushalten aufwachsen, sind als Erwachsene häufiger von Armut betroffen als Kinder aus nicht armutsgefährdeten Haushalten. Deshalb ist die Kinder- und Jugendarmut besonders dramatisch. In 24 der 28 EU-Staaten war das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen höher als im jeweiligen Landesdurchschnitt. Jedes fünfte Kind war im Jahr 2013 in der Europäischen Union armutsgefährdet. Das waren insgesamt 19,3 Mio. Kinder.

In Rumänien war die Kinderarmut am höchsten, jedes dritte Kind war betroffen. In Dänemark dagegen nicht einmal jedes zehnte. Auch in Österreich war beinahe jedes fünfte Kind armutsgefährdet, in Summe waren das 313.000 Kinder und Jugendliche, davon 124.000 manifest arm. Um Armut einzudämmen, müssen Maßnahmen daher bereits bei Kindern und Jugendlichen greifen.

Ältere Personen (über 65 Jahre) haben in den meisten Ländern der Europäischen Union kein erhöhtes Armutsrisiko. Im EU-Durchschnitt betrug die Gefährdungsquote 13,8 Prozent. Am höchsten war die Armutsgefährdung in Bulgarien (27,9 Prozent), am niedrigsten in Ungarn (4,4 Prozent). In Österreich hatten ältere Menschen mit 15,4 Prozent ein leicht erhöhtes Armutsrisiko. Das waren 226.000 armutsgefährdete Menschen über 65 Jahren.

Überdurchschnittlich hoch ist das Armutsrisiko von Menschen über 65 Jahren dann, wenn sie alleine leben. EU-weit war – wie auch in Österreich – mehr als jeder fünfte alleinlebende über 65-Jährige armutsgefährdet. In Österreich waren daher etwa 100.000 alleinstehende ältere Menschen armutsgefährdet. In Bulgarien war es jede/r zweite, in Ungarn hingegen nur jede/r zwanzigste.

Ein Blick auf die Regionen (auf NUTS-2-Ebene) der Europäischen Union zeigt Unterschiede auf einer kleineren Ebene und oft auch innerhalb eines Landes. Die niedrigste Armutsgefährdungsquote hatte die rumänische Region Bukarest plus Umgebung (3,9 Prozent), obwohl Rumänien die zweithöchste Armutsgefährdung aller EU-Länder aufwies. Unter den zehn Regionen mit dem höchsten Armutsgefährdungsrisiko befanden sich vier italienische und je drei spanische und rumänische. Viele Regionen mit hoher Armutsgefährdung wiesen geringe Erwerbsbeteiligung und hohe Arbeitslosigkeit auf. Am höchsten war das Armutsrisiko in Sizilien (41,1 Prozent).

Armut ist in den Städten höher. Das trifft jedoch nur auf wirtschaftliche gut situierte Staaten wie Österreich, Deutschland, das Vereinigte Königreich oder Frankreich zu. In den Städten treten soziale Problemlagen geballter auf und erhöhen das Armutsrisiko. So weisen viele Millionenstädte Armutsgefährdungsquoten um die 20 Prozent aus. In wirtschaftlich schwachen Staaten wird dies in den Hintergrund gedrängt und die besseren Verdienstmöglichkeiten in den Städten sorgen auch für eine geringere Armutsgefährdung.

ANHANG

EU-Ziele/Ziele der Mitgliedstaaten	Beschäftigungsquote	FuE in % des BIP	Ziele zur Verringerung des CO2 Ausstoßes	Erneuerbare Energien	Energie-effizienz – Verringerung des Energieverbrauchs in Mio. T RÖE	Schulabbrecherquote	Hochschulabsolventen	Senkung des Anteils der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Personen
EU-Kernziel	75%	3%	-20% (gegenüber dem Stand von 1990)	20%	Anstieg der Energieeffizienz um 20%, d.h. um 368 Mio t RÖE	10%	40%	20.000.000
Schätzung für die EU	73, 70–74%	2,65–2,72%	-20% (gegenüber dem Stand von 1990)	20%	206,9 Mill. t RÖE	10,3–10,5%	37,5–38%	aufgrund der unterschiedlichen nationalen Methoden kann kein Ergebnis berechnet werden
AT	77–78%	3,76%	-16%	34%	7,16	9,5%	38%	235.000
BE	73%	3%	-15%	13%	9,8	9,5%	47%	380.000
BG	76%	1,5%	20%	16%	3,2	11%	36%	260.000
CY	75–77%	0,5%	-5%	13%	0,46	10%	46%	27.000
CZ	75%	1% (nur öffentlicher Sektor)	9%	13%	entfällt	5,5%	32%	Stabilisierung der Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen aus dem Stand von 2008 (15,3% der Gesamtbevölkerung) mit Bestrebungen, diesen um 30.000 Personen zu reduzieren
DE	77%	3%	-14%	18%	38,3	<10%	42%	330.000 (langfristig Arbeitsl.)
DK	80%	3%	-20%	30%	0,83	<10%	mindestens 40%	22.000 (Haushalte mit geringer Erwerbstätigkeit)
EE	76%	3%	11%	25%	0,71	9,5%	40%	Verringerung des Armutsrisikos (nach Sozialleistungen) auf 15% (von 17,5% 2010)
EL	70%	zu überarbeiten	-4%	18%	2,7	9,7%	32%	450.000
ES	74%	3%	-10%	20%	25,2	15%	44%	1.400.00–1.500.000
FI	78%	4%	-16%	38%	4,21	8%	42% (enge nationale Definition)	150.000
FR	75%	3%	-14%	23%	34	9,5%	50%	Reduzierung der verankerten Armutsgefährdungsquote um ein Drittel für den Zeitraum 2007–2012 oder um 1,6 Mio. Personen
HU	75%	1,8%	10%	14,65%	2,96	10%	30,3%	450.000

EU-Ziele/Ziele der Mitgliedstaaten	Beschäftigungsquote	FuE in % des BIP	Ziele zur Verringerung des CO2 Ausstoßes	Erneuerbare Energien	Energie-effizienz – Verringerung des Energieverbrauchs in Mio. T RÖE	Schulabbrecherquote	Hochschulabsolventen	Senkung des Anteils der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Personen
IE	69–71%	rund 2% (2,5% des BSP)	–20%	16%	2,75	8%	60%	186.000 bis 2016
IT	67–69%	1,53%	–13%	17%	27,9	15–16%	26–27%	2.200.000
LT	72,8%	1,9%	15%	23%	1,14	<9%	40%	170.000
LU	73%	2,3–2,6%	–20%	11%	0,2	<10%	40%	kein Ziel
LV	73%	1,5%	17%	40%	0,67	13,4%	34–36%	121.000
MT	62,9%	0,67%	5%	10%	0,24	29%	33%	6.560
NL	80%	2,5%	–16%	14%	entfällt	<8%	>40%; voraussichtlich 45% im Jahr 2020	100.000
PL	71%	1,7%	14%	15,48%	14	4,5%	45%	1.500.000
PT	75%	2,7–3,3%	1%	31%	6	10%	40%	200.000
RO	70%	2%	19%	24%	10	11,3%	26,7%	580.000
SE	deutlich über 80%	4%	–17%	49%	12,8	<10%	40–45%	Verringerung der Quote der nicht erwerbstätigen Frauen und Männer (außer Vollzeitstudenten), der Langzeitarbeitslosen und der langfristig Krankgeschriebenen auf unter 14% bis 2020
SI	75%	3%	4%	25%	entfällt	5%	40%	40.000
SK	72%	1%	13%	14%	1,65	6%	40%	170.000
UK	kein Ziel im NRP	kein Ziel im NRP	–16%	15%	entfällt	kein Ziel im NRP	kein Ziel im NRP	bestehende numerische Ziele des Gesetzes über die Kindesarmut von 2010

Tabelle Anhang 1: Nationale Ziele der Strategie Europa 2020¹⁴¹¹⁴¹ Europäische Kommission: Ziele der Strategie „Europa 2020“

ANHANG

	konnte nicht einen ganztägigen Arbeitsplatz finden		in Ausbildung oder in beruflicher Fortbildung		Betreuung von Kindern oder erwerbsunfähigen Erwachsenen		andere familiäre oder persönliche Verantwortungsbereiche		Krankheit oder Unfähigkeit besitzen		andere Gründe	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Belgien	13,7	8,5	5,8	2,1	5,2	21,1	22,5	29,4	8,4	4,6	44,4	34,3
Bulgarien	65,8	58,6	-	-	-	-	-	15,7	-	-	17,7	9,7
Dänemark	15,2	19,7	55,5	34,1	-	3,9	10,5	26,0	9,4	6,9	9,2	9,4
Deutschland	24,2	13,8	27,1	6,5	3,9	27,7	5,4	21,9	7,8	2,5	31,6	27,5
Estland	19,5	18,1	22,0	19,4	-	12,0	-	7,0	6,6	7,5	45,5	35,9
Finnland	28,7	24,7	29,1	27,3	-	14,9	29,2	22,7	11,3	10,3	-	-
Frankreich	45,6	38,0	12,1	3,6	5,4	30,4	13,8	16,7	10,0	5,6	13,1	5,7
Griechenland	70,7	66,7	6,4	2,3	-	6,6	3,9	9,3	-	-	18,2	14,8
Irland	61,7	35,1	20,3	10,4	-	22,4	5,1	22,6	1,6	0,9	10,1	8,5
Italien	76,5	58,4	3,0	1,5	1,0	21,9	1,3	5,6	2,8	1,2	15,4	11,4
Kroatien	29,3	21,0	-	-	-	8,0	4,5	15,8	9,6	8,7	52,4	44,5
Lettland	40,0	41,0	10,9	9,2	-	4,9	10,6	14,0	-	-	34,5	28,1
Litauen	32,7	32,7	-	10,4	-	-	-	16,9	-	7,0	40,3	28,3
Luxemburg	9,8	10,8	17,6	3,5	-	25,1	31,3	43,4	7,4	3,4	28,3	13,8
Malta	25,9	11,9	25,9	11,5	-	22,6	-	38,2	-	-	38,4	14,7
Niederlande	13,5	8,6	42,3	15,6	8,3	36,8	0,6	5,4	6,0	3,3	29,2	30,2
Österreich	17,2	10,6	27,1	8,1	4,7	37,9	15,3	18,1	5,9	2,7	29,9	22,7
Polen	30,4	31,2	13,9	7,2	-	9,0	1,8	3,7	10,6	4,0	42,6	44,8
Portugal	42,2	52,8	8,6	4,9	-	5,0	-	7,1	8,2	6,3	38,9	23,9
Rumänien	66,6	43,3	-	-	-	4,7	2,3	11,6	4,2	2,9	25,2	35,8
Schweden	31,6	29,0	19,3	10,7	7,7	20,5	8,9	11,2	12,4	9,3	20,0	19,3
Slowakei	34,2	31,2	-	-	-	4,3	-	-	10,3	10,5	51,6	49,3
Slowenien	8,8	11,8	33,0	24,9	4,5	12,1	-	2,9	20,7	20,8	32,1	27,6
Spanien	70,1	60,8	7,8	3,9	2,2	15,1	1,1	5,0	1,8	1,0	17,2	14,1
Tschechische Republik	8,6	19,5	26,9	11,9	3,2	25,2	12,0	12,8	21,6	12,4	27,6	18,1
Ungarn	46,6	41,3	8,7	3,2	-	12,3	-	6,5	20,4	13,5	21,0	23,1
Vereinigtes Königreich	38,3	14,9	20,8	8,9	6,6	40,7	15,8	18,8	3,8	1,6	14,8	15,1
Zypern	62,5	51,9	5,7	4,8	-	17,1	7,9	11,7	7,3	3,2	15,9	11,4
EU 28	39,8	26,0	19,3	7,3	4,0	27,8	7,5	15,6	6,3	3,2	23,1	20,1

Tabelle Anhang 2: Gründe für Teilzeitbeschäftigung: nach Geschlecht, EU-Staaten, 2013¹⁴²

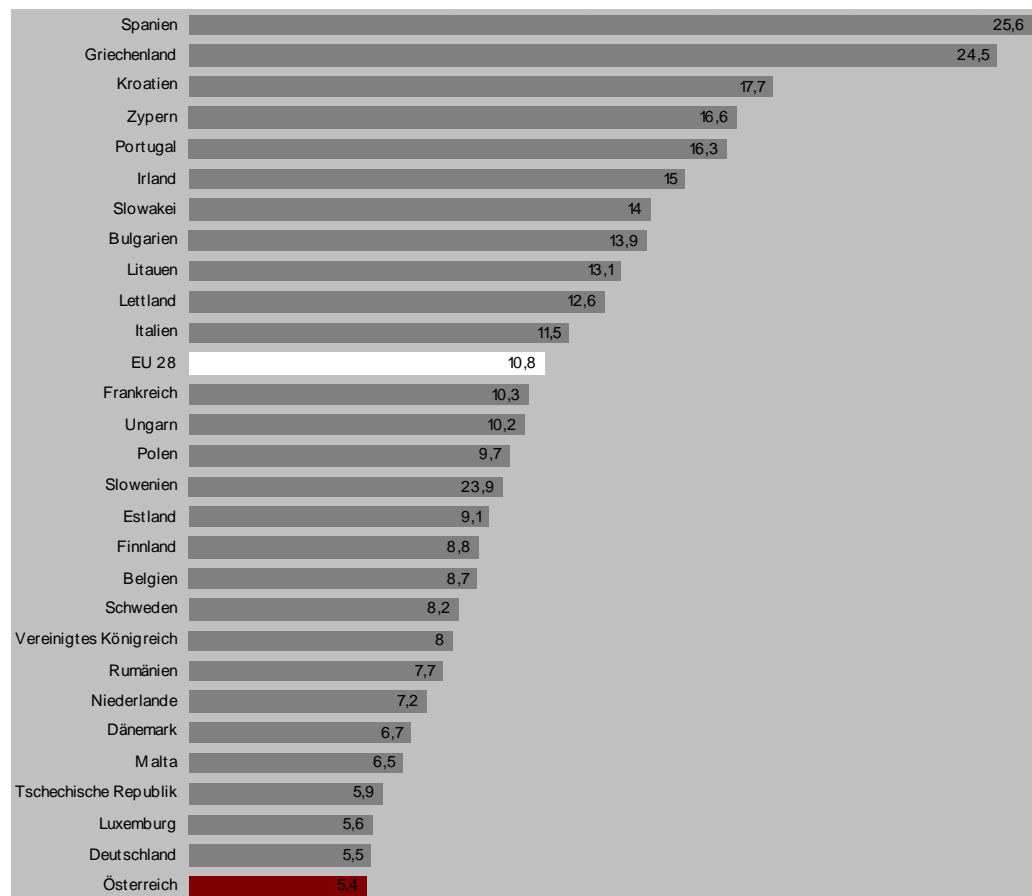


Abbildung Anhang 1: Arbeitslosenquote: Männer, EU-Staaten, 2013¹⁴³

¹⁴² Eurostat: Hauptgrund für Teilzeitbeschäftigung – Verteilung nach Geschlecht und Alter

¹⁴³ Eurostat: Arbeitslosenquote nach Geschlecht

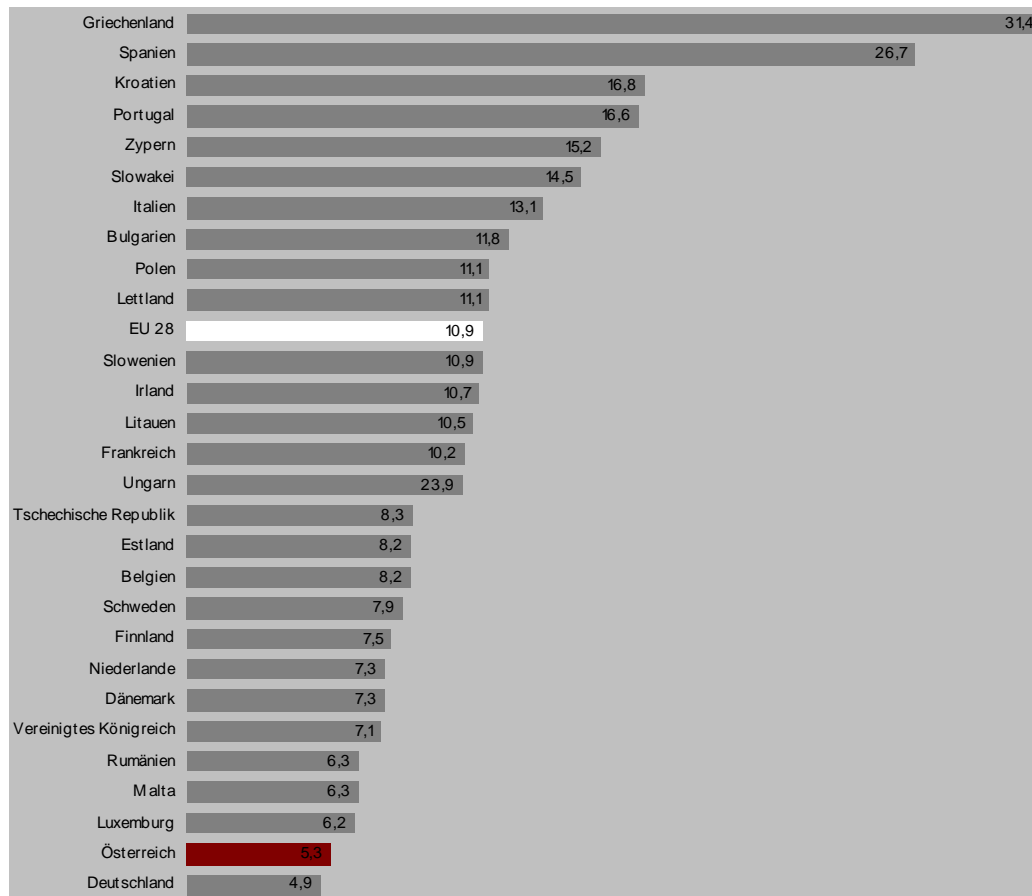


Abbildung Anhang 2: Arbeitslosenquote: Frauen, EU-Staaten, 2013¹⁴⁴

¹⁴⁴ Eurostat: Arbeitslosenquote nach Geschlecht

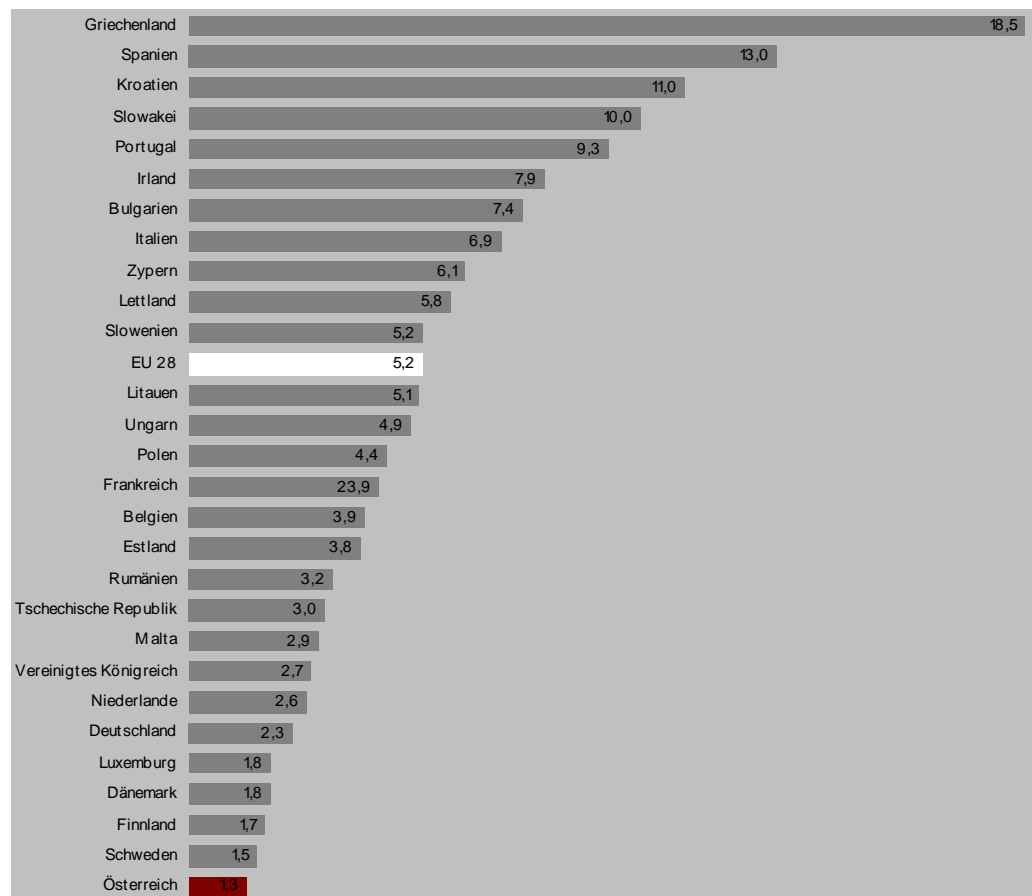


Abbildung Anhang 3: Langzeitarbeitslosenquote: EU-Staaten, 2013¹⁴⁵

¹⁴⁵ Eurostat: Langzeitarbeitslose nach Geschlecht – Jahresdurchschnitte

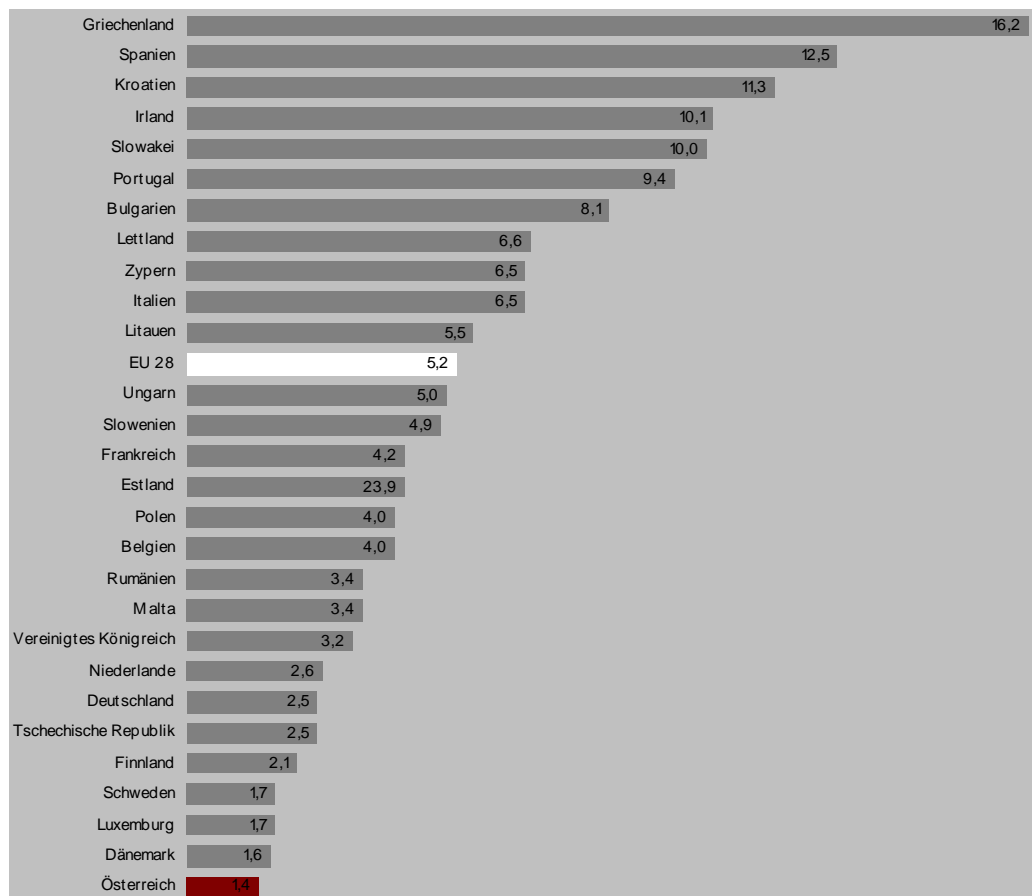


Abbildung Anhang 4: Langzeitarbeitslosenquote: Männer, EU-Staaten, 2013¹⁴⁶

¹⁴⁶ Eurostat: Langzeitarbeitslose nach Geschlecht – Jahresdurchschnitte

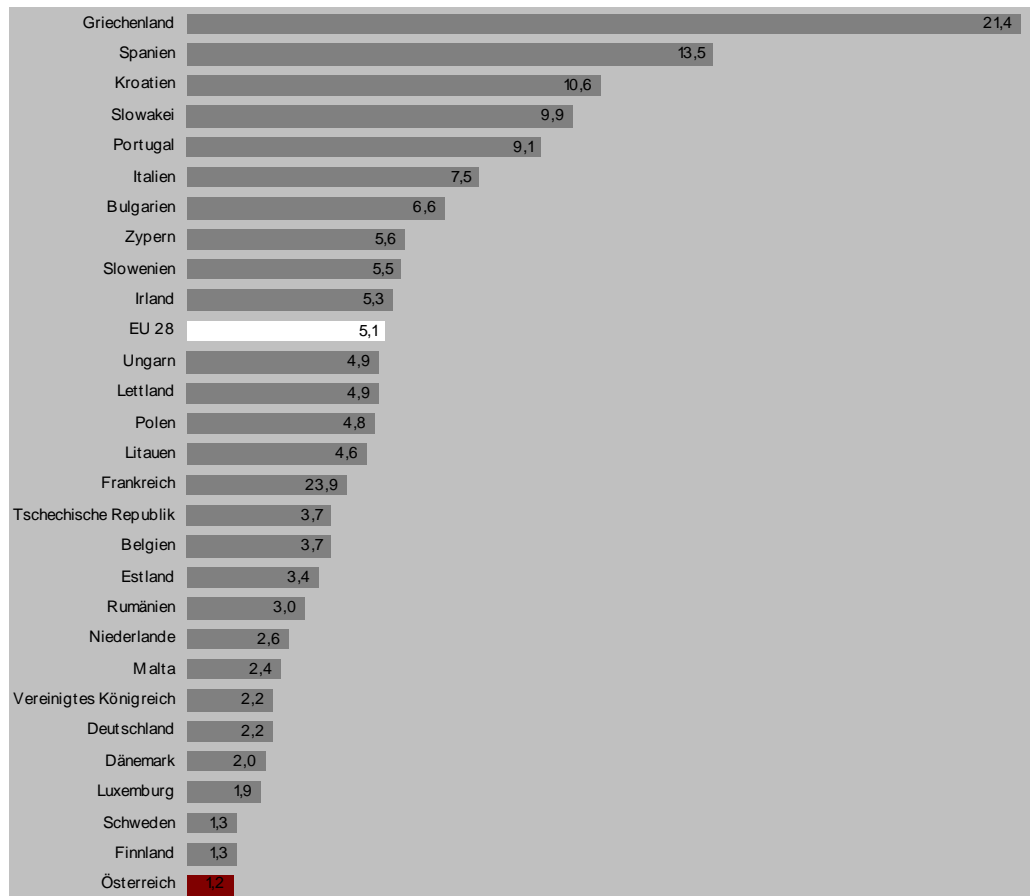


Abbildung Anhang 5: Langzeitarbeitslosenquote: Frauen, EU-Staaten, 2013¹⁴⁷

¹⁴⁷ Eurostat: Langzeitarbeitslose nach Geschlecht – Jahresdurchschnitte

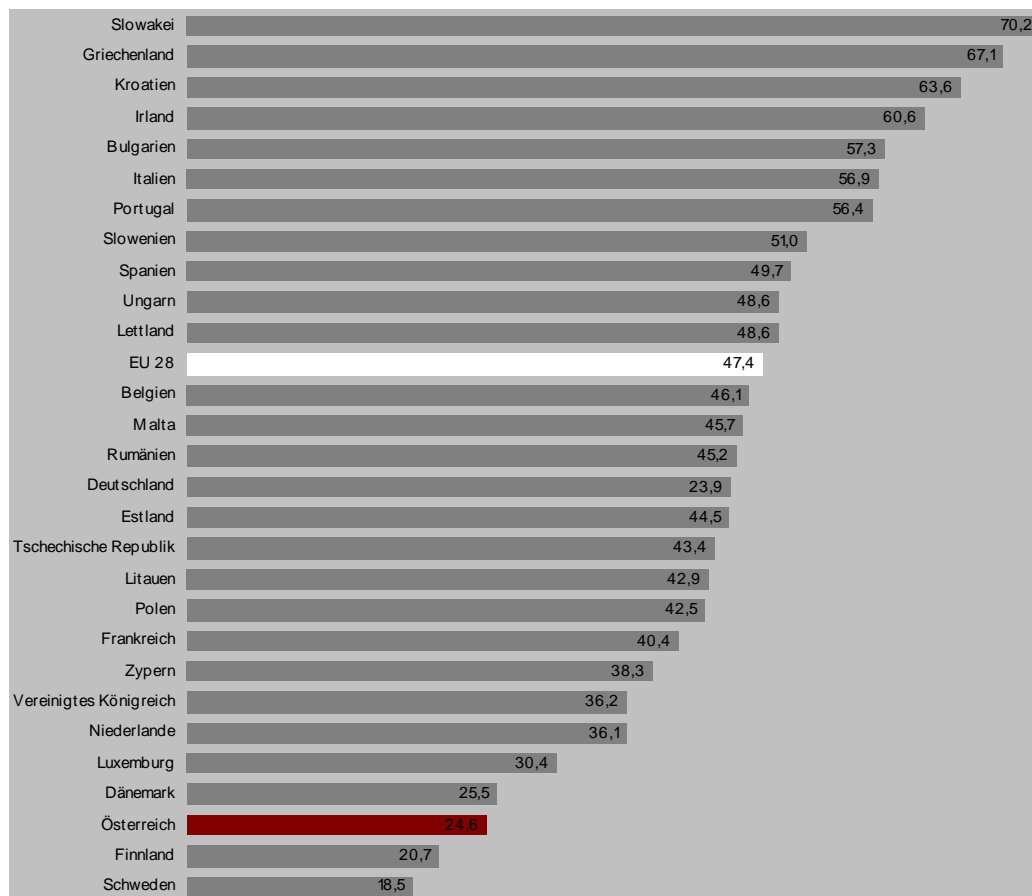


Abbildung Anhang 6: Langzeitarbeitslosigkeit: Anteil an Arbeitslosigkeit, EU-Staaten, 2013¹⁴⁸

¹⁴⁸ Eurostat: Langzeitarbeitslose nach Geschlecht – Jahresdurchschnitte

QUELLENVERZEICHNIS

Altgeld, Thomas: Gesundheitliche Chancengleichheit; In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung.

http://www.leitbegriffe.bzga.de/bot_angebote_idx-30.html (Stand: 07/2015)

AMS: Arbeitsmarkt & Bildung Jahr 2013

http://www.ams.at/_docs/001_am_bildungJahr2013.pdf (Stand: 07/2015)

Anfrage an City of Helsinki Urban Facts

Armutskonferenz: Die EU im Lichte von Armut und Sozialer Ausgrenzung.

http://www.armutskonferenz.at/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=398&Itemid=69 (Stand: 07/2015)

BMASK: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2009

BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010

BMASK: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich – Ergebnisse aus EU-SILC 2011

BMASK: Sozialbericht 2013–2014

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung: Europäische Raumbewertung – Raumabgrenzung

http://www.bbr.bund.de/BBSR/DE/Raumbewertung/Raumabgrenzungen/SiedlungsstrukturelleRegionstypenEuropa/NUTSRegionen/NUTS_2_Regionen.html?nn=443270 (Stand: 07/2015)

Bundeskanzleramt Österreich: Fünf Kernziele für Europa und Österreich

<http://www.bka.gv.at/site/4890/default.aspx> (Stand: 07/2015)

Centralas statistikas parvaldes datubazes: At-risk-of-poverty rate in regions of Latvia by age and gender

http://data.csb.gov.lv/pxweb/en/Sociala/Sociala__ikgad__monetara_nab/NI0150.px/table/tableViewLayout1/?rxid=cdcb978c-22b0-416a-aacc-aa650d3e2ce0

Destatis: Armut und soziale Ausgrenzung in Europa.

http://nationalearmutskonferenz.de/data/Armut_und_soziale_Ausgrenzung_in_Europa.pdf (Stand: 07/2015)

Die Armutskonferenz: Kinderarmut in Österreich/Positionen der österreichischen Armutskonferenz

http://www.armutskonferenz.at/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=94&Itemid=69 (Stand: 07/2015)

Dimmel, Nikolaus; Heitzmann, Karin; Schenk, Martin (Hrsg.), 2009: Handbuch Armut in Österreich, Studienverlag

Europäische Kommission: Armut und soziale Ausgrenzung

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=751&langId=de> (Stand: 07/2015)

Europäische Kommission: Europa-2020-Ziele

http://ec.europa.eu/europe2020/targets/eu-targets/index_de.htm (Stand: 07/2015)

Europäische Kommission: Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=961&langId=de> (Stand: 07/2015)

Europäische Kommission: Factsheet: 2010, Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=1694&langId=de (Stand: 07/2015)

Europäische Kommission: Über das europäische Jahr

http://ec.europa.eu/employment_social/2010againstpoverity/about/index_de.htm (Stand: 07/2015)

Europäische Kommission: Ziele der Strategie „Europa 2020“

http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/targets_de.pdf (Stand: 07/2015)

Europäischer Rat 23. und 24. März 2000, Lissabon. Schlussfolgerungen des Vorsitzes.

http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm (Stand: 07/2015)

Eurostat: Arbeits-Armutsgefährdungsquote

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tesov110> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Arbeits-Armutsgefährdungsquote nach der Arbeitszeit

<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=teSSI250> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Arbeitslosenquote nach Geschlecht

<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdec450&plugin=1> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit

http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfsa_urgan&lang=de (Stand: 07/2015)

Eurostat: Arbeitslosenquote, nach NUTS-2-Regionen

<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tgs00010&plugin=1> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Arbeitslosigkeit nach Geschlecht, Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit

http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfsa_ugad&lang=de (Stand: 07/2015)

Eurostat: Armutsgefährdung nach höchstem erreichten Bildungsstand

<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdsc420&plugin=1> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Armutsgefährdung nach Sozialleistungen nach detaillierter Altersgruppe

<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tessi120> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Armutsgefährdung von älteren Personen, nach Geschlecht

<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsdde320> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Armutsgefährdung vor Sozialleistungen nach Geschlecht

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tesov250&plugin=1> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Armutsgefährdungsquote nach Aktivitätsstatus

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tessi124&language=de> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Armutsgefährdungsquote, nach Haushaltstyp

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tessi121&language=de> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Armutsgefährdungsschwelle

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tessi014> (Stand: 07/2015)

Eurostat: At-risk-of-poverty rate by sex

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=en&pcode=tessi010> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Bevölkerung am 1. Januar

<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tps00001&plugin=1> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Bevölkerung nach Bildungsabschluss, Geschlecht und Alter

http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=edat_ifs_9903&lang=de (Stand: 07/2015)

Eurostat: Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit und Erwerbsstatus

<http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Erwerbspersonen nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit

http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ifsa_agan&lang=de (Stand: 07/2015)

Eurostat: Erwerbstätigenquote nach Geschlecht

<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdec420&plugin=1> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht, Alter und NUTS-2-Regionen

http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=lfst_r_lfe2emprrt&lang=de (Stand: 07/2015)

Eurostat: Eurostat regional yearbook 2014

Eurostat: Hauptgrund für Teilzeitbeschäftigung - Verteilung nach Geschlecht und Alter

<http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Langzeitarbeitslose nach Geschlecht - Jahresdurchschnitte

http://ec.europa.eu/eurostat/web/ifs/data/database?p_p_id=NavTreeportletprod_WAR_NavTreeportletprod_INSTANCE_IFjhoVbmPFHt&p_p_lifecycle=0&p_p_state=normal&p_p_mode=view&p_p_col_id=column-2&p_p_col_count=1 (Stand: 07/2015)

Eurostat: Lokale Verwaltungseinheiten (LAU)

<http://ec.europa.eu/eurostat/web/nuts/local-administrative-units>

Eurostat: Jahrbuch der Regionen 2010

Eurostat: NUTS-Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik

<http://ec.europa.eu/eurostat/web/nuts/overview> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Quote der von Armut bedrohten Kinder nach dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern (Personen im Alter von 0 bis 17 Jahren)

http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_li60&lang=de (Stand: 07/2015)

Eurostat: Quote der von Armut bedrohten Personen nach NUTS-2-Regionen

<http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Quote der von Armut bedrohten Personen nach Verstädterungsgrad

<http://ec.europa.eu/eurostat/web/degree-of-urbanisation/data/database>

Eurostat: Teilzeitbeschäftigte Personen

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tps00159&plugin=1> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Verstädterungsgrad

<http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/degree-of-urbanisation>

Eurostat: Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung nach Geschlecht, Alter und Bildungsabschluss

<http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do> (Stand: 07/2015)

Eurostat: Von Armut bedrohte Personen, nach Sozialleistungen

http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=t2020_52&plugin=1 (Stand: 07/2015)

Eurostat: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen

http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=t2020_50&language=de (Stand: 07/2015)

Eurostat: Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Bevölkerung nach Alter und Geschlecht

http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_peps01&lang=de (Stand: 07/2015)

Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Die Großstädte schneiden schlechter ab

<http://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/beitrag/regionaler-armutsvergleich-grossstaedte-schneiden-schlecht-ab-179372>

Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985–1989

Kurier: Über 400.000 Kinder von Armut betroffen

<http://kurier.at/politik/inland/ueber-400-000-kinder-in-oesterreich-von-armut-betroffen-laut-statistik-austria/137.574.506> (Stand: 07/2015)

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt

Observatoire de la santé du social Bruxelles: Baromètre social, Rapport Bruxellois sur l'état de la pauvreté 2014

Rat der Europäischen Union. 14110/00/SOC 470

http://ec.europa.eu/employment_social/social_inclusion/docs/approb_de.pdf (Stand: 07/2015)

Republic of Bulgaria National statistical institute: Poverty and Social Inclusion Indicators by District

<http://www.nsi.bg/en/content/8298/poverty-and-social-inclusion-indicators-district>

statista: Armutsgefährdungsquote in den 15 größten Städten Deutschlands im Jahr 2013

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/159848/umfrage/armutsgefaehrungsquote-in-deutschland-2008/>

Statistik Austria: Arbeitslose (internationale und nationale Definition), Nicht-Erwerbspersonen mit Arbeitswunsch

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/019604.html (Stand: 07/2015)

Statistik Austria: Bildungsklassifikation. International Standard Classification of Education – ISCED 1997

http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/klassifikationsdatenbank/weitere_klassifikationen/bildungsklassifikation/index.html (Stand: 07/2015)

Statistik Austria: Tabellenband EU–SILC 2013

Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU–SILC).

eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:165:0001:0009:DE:PDF (Stand: 07/2015)

Zeit: Ich mach mal halblang. <http://www.zeit.de/campus/2013/02/berufsanfaenger-teilzeit> (Stand: 07/2015)

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Die "Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung" (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten kostenlos auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

Die Autorin der Studie

Mag.^a Susanne Halmer, BA

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Studium der Soziologie und Politikwissenschaft

Kontakt: susanne.halmer@politikberatung.or.at